links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

Debatte um Offene Grenzen

Hochschulpolitik und SIfKI

Interview mit Agnes Heller

Integration der Tiger

Chile · El Salvador · Nicaragua

ABGRÜNDE DER ENTWICKLUNG

Offenbach Nr. 282 25. Jahrgang W: DM 7,—/ O: DM 4,— NOVEMBER 1993

Liebe Leserinnen und Leser,

„Es muß doch in diesem Land achtzig Menschen geben, die je eintausend Mark für die *links* übrig haben...

...ich jedenfalls spende tausend!", teilte uns ein Leser aus Süddeutschland mit. Diese und andere Aussagen ermutigen uns natürlich, dennoch reicht die Unterstützung bislang nicht aus. Um unser Ziel, bis Ende des Jahres 80000 DM über Spenden und Darlehen zu bekommen, zu erreichen, müssen sich noch einige der von unserem Leser vermuteten achtzig SpenderInnen finden. Daher nochmals die dringende Bitte an alle, die sich der *links* verbunden fühlen, Unterstützung in Form einer Spende oder eines Darlehens zu gewähren (Spenden auf unser Sonderkonto AFP 500131756, BLZ 50090000 bei der Frankfurter Volksbank; über Bedingungen von Spenden und Krediten gibt Uwe Wolf im Büro Auskunft, Tel. 069/88 50 06).

Im Jahr 1992 gab es eine breite Debatte über „Entwicklung" und die damit zusammenhängenden Probleme und Konzepte, was nicht zuletzt mit der UNO-Konferenz in Rio de Janeiro zu tun hatte. Doch die breite Debatte hatte wenig Tiefgang, und wie wenig die in der Geschichte aufwendigste Veranstaltung gebracht hat, zeigt sich an den dürftigen Konsequenzen und dem Verschwinden des Themas aus der öffentlichen Diskussion. Auf wissenschaftlicher Seite herrscht — von wenigen Ausnahmen wie der Zeitschrift PROKLA abgesehen — das „Schweigen im Walde", politisch dominieren die „Weiter so oder wenigstens so ähnlich"-Strategien. Grund genug für die *links*, das Thema unter dem Begriff „Abgründe der Entwicklung" zuzuspitzen und zu versuchen, eine breitere Diskussion über das „Soli-Spektrum" hinaus zu führen.

Im Kommentar empfiehlt Ulrich Brand den dringend notwendigen Abschied vom Begriff der „Entwicklung" und seinen modischen Abarten mit Zusätzen wie „nachhaltig" oder „sozial". Uwe Jungfer gibt einen einführenden Überblick über die historische und aktuelle entwicklungspolitische Diskussion, woran Bernd Röttger mit einer Analyse der aktuellen Triadisierungs- und Regionalisierungstendenzen anschließt. Claudia von Braunmühl verdeutlicht in ihrem Beitrag, wie diffus die Grenze von „Entwicklungspolitik" und offener militärischer Intervention geworden ist.

Auch wenn wir nicht vorschnell das Lied vom „Abschied von der großen Theorie" (oder gar von Theorie überhaupt) mitsingen, sollten neben dem Ganzen auch immer einzelne Verhältnisse im Blickfeld bleiben, denn die Artikulation des sich globalisierenden Kapitalismus erfolgt in verschiedenen Teilen der Welt höchst unterschiedlich. Um den Blick darauf zu lenken, werden in vier spezielleren Analysen verschiedene Aspekte aus unterschiedlichen Regionen dieser Welt dargestellt. Einige Länder in Südostasien haben am nachhaltigsten das Paradigma der „Dritten Welt" in Frage gestellt: Die „vier Tiger" werden häufig als Musterbeispiele erfolgreicher Weltmarktintegration bezeichnet, ohne die konkreten Bedingungen zu untersuchen. Dies macht Frieder Dittmar mit seinem Beitrag zum Thema. Zu Nicaragua interviewte die *links* Wilfredo Santana; Albert Sterr zeichnet die jüngsten Entwicklungen in El Salvador nach und gibt einen Ausblick auf die Wahlen im kommenden Jahr. Boris Scharlowski beschreibt exemplarisch die Situation der Medien in Chile unter diktatorischen und formal-demokratischen Verhältnissen.

Neben dem Schwerpunkt nehmen wir zwei Themen aus den vorigen Ausgaben wieder auf. Christoph Görg antwortet auf einen Beitrag der autonomen l.u.p.u.s.-Gruppe (*links* Nr. 280) zum Zustand linksradikaler Opposition im „Neuen Deutschland". Reiner Hartel stellt einen interessanten Versuch vor, studentisches Forschen zu organisieren, und knüpft damit an unseren Schwerpunkt in der letzten Nummer an. Eine interessante Lektüre wünscht

Die links-Redaktion

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069/88 50 06, Fax 069/82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Holm-Detlev Köhler, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Luka Radenski, Felix Schneider, Sigrid Schönecker, Urban Weber, Jens Winter

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick, Gilbert Ziebura

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Dieter Maier, Lothar Baier

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstr. 5/7,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch,
Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: David Alfaro Siqueiros, Das Echo des Weinens (El eco del llanto)

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Scholl & Klug GmbH
Mörfelden-Walldorf

ERSCHEINUNGSWEISE: monatlich,
10 Ausgaben im Jahr
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Dez./Jan.-Ausgabe '93/94 ist der 18. Nov.1993

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Einzelexemplar W: DM 7,—/O: DM 4,—
Jahresabonnement W: DM 68,—/O: DM 40,—
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage

Abbestellungen müssen spätestens bis 31.10. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen. Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages. Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

KOMMENTAR

Ulrich Brand
Das Ende der Entwicklung
Eine noch zu haltende Grabrede 4

TAG X und danach?

Christoph Görg
In geschlossener Gesellschaft
(Teil III) 5

HOCHSCHULPOLITIK

Reiner Hartel
Zwischen Scylla und Charybdis
Odysee durch die Hochschulpolitik 7

NATIONALSOZIALISMUS

Rolf Gössner
Eine deutsche Juristen-Karriere
Roland Freisler —
Mörder im Dienste Hitlers 38

NACHRUF

Joachim Perels
Christian Riechers (1936 — 1993)
Ein Vermittler des
italienischen Marxismus 40

Zum Tode von Helmut Gollwitzer 44

THEMA: Abgründe der Entwicklung

Uwe Jungfer
Die Krise als Chance?
Zum Stand der Debatte
um Weltmarktintegration 11

Bernd Röttger
Rezessiver Triade-Kapitalismus
und weltgeschichtliche Entwicklung
Nackenschläge erfolgreicher
Weltmarktintegration 13

Mohssen Massarrat
Der Mythos vom Freihandel
Süd-Nord-Einkommenstransfer
durch Dumpingpreise 16

Claudia von Braunmühl
Von Braunschweig nach Belet Huen
oder: Eine zeitgeistig erstaunlich
passende Wortmeldung 20

RUBRIKEN

Editorial 2

Presseerklärung:
Erklärung von AStA und
KoZ-Kollektiv 42

Termine 41

Leserbriefe 41, 42

cosa nostra:
Abonnement 43

INTERNATIONAL

Frieder Dittmar
Dem Tiger auf der Spur
Der ökonomische Erfolg
Südostasiens 23

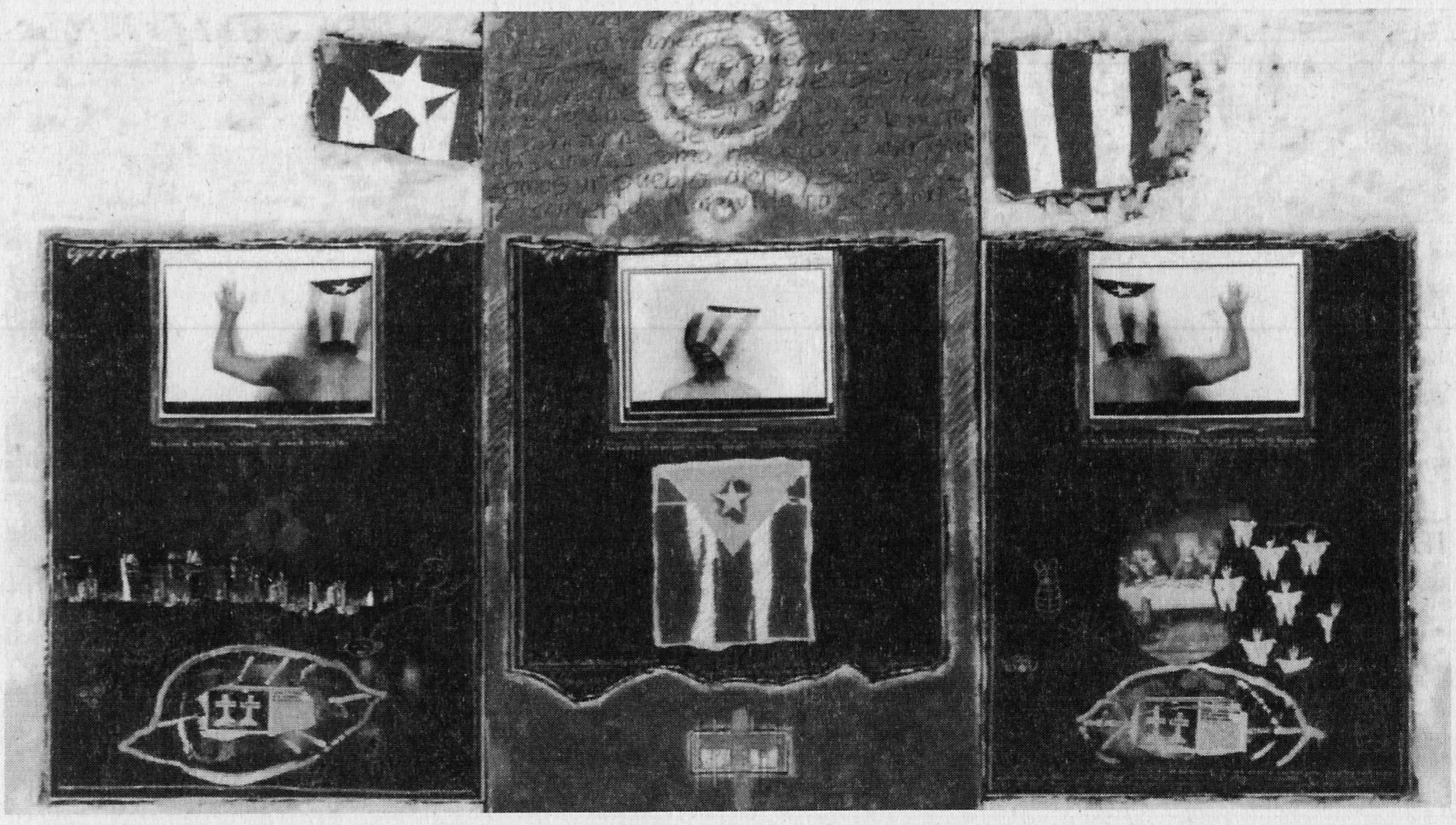
Ulrich Brand / Jens Winter
„Wir alle haben das Recht,
uns zu täuschen"
Interview mit Wilfredo Santana
von der FSLN 25

Albert Sterr
El Salvador im Übergang 28

Boris Scharlowski
Bald nichts als Wüste hier...
...oder die Auswirkungen von Diktatur
und neoliberalem Modell auf die
chilenische Medienlandschaft 31

EURO - LINKE?

Holm-Detlev Köhler
„Nichts ist absurd!"
Ein Gespräch mit Agnes Heller
über die Situation der Linken heute
und über den Umbruch in Ungarn 34



Juan Sánchez, Gemischte Erklärung (Declaración mixta)

Errata: Im Kommentar der letzten *links* von Sophinette Becker zum Israel-PLO-Abkommen sind folgende Satzfehler zu berichtigen: Statt „israelitischer" muß es „israelischer" Soldat heißen (S.4, 1. Spalte) und in dem Satz: „In dem Fall wird der zionistische Charakter des Staates..." endet mit „auch wenn zunächst das Gegenteil der Fall scheint" (S.4, 3. Spalte).

ULRICH BRAND

Das Ende der Entwicklung

Eine noch zu haltende Grabrede

Wann die Idee endgültig sterben wird, das ist noch ungewiß. Sie siecht dahin, kann vielleicht nochmal für kurze Zeit und an bestimmten Orten ihre alte Kraft entfalten oder wie in besten Tagen die ganze Welt in ihren Bann ziehen. Dann hat sie die Oberhand im Kampf um die Köpfe und in jenem um reale Lebenschancen, dann wird sie ein weiteres Mal von interessierter Seite eingesetzt, um weltweite Herrschaft und Ausbeutung zu kaschieren und zu legitimieren.

Überleben wird ihre mächtige Familie, die sich auf der ganzen Welt eingerichtet hat unter dem hübschen Namen ,,entwicklungspolitische Organisationen". Da sind die dick gewordenen Vettern namens Weltwährungsfonds und Weltbank, die vielen nahen und entfernten Verwandten in reicheren und weniger reicheren Ländern, die mit ständigem Geben und Nehmen dafür sorgen, daß die Familie wächst und gedeiht. Die Idee muß überleben damit die Funktionäre leben.

Überleben werden auch die kräftiger werdenden Nachfahren des Entwicklungsclans, ob sie nun die Zusätze ,,nachhaltig", ,,sozial" oder ,,ökologisch" tragen. Oder aber unter den Namen Treuhandschaft, UNO-Mission und Ähnlichem fungieren.

Erinnern wir uns an das Leben einer verlockenden Idee, die so viele Interessen befriedigte, außer jenen für die sie immer vorgab, einzustehen: Die Lebensinteressen von Millionen von Menschen auf der Schattenseite des Kapitalismus. Bei ,,Entwicklung" und den dazugehörigen Politiken handelte es sich nicht um das Leitbild der Zivilisationsgeschichte, wie uns heute mancherorts suggeriert wird. Die Idee der ,,Entwicklung" hat ein relativ deutlich bestimmbares Geburtsdatum, und zwar liegt es in der zweiten Hälfte der 40er Jahre dieses Jahrhunderts. Der US-amerikanische Präsident Truman war im Januar 1949 Geburtshelfer als er in einer Rede erstmals von ,,unterentwickelten Gebieten" sprach. Bald schon konnten die nichtkriegerischen Interventionen der imperialistischen Mächte als ,,Entwicklungspolitik" bezeichnet werden, wobei sich die permanent bekräftigten guten Absichten übertrafen.

Dafür wurde in den 50er Jahren ein großartiges Bild vermittelt: Die neuerdings so bezeichneten unterentwickelten Länder sollten sich auf die ,,pax americana", die der Zweite Weltkrieg und die Entkolonialisierung nach 1945 erst so richtig festklopften, einlassen und dem Vorbild USA in politischer und ökonomischer Hinsicht folgen. Daß es sich dabei um ein wesentliches Instrument des Kalten Krieges handelte, ging bei so viel Entwicklungseuphorie fast unter. Außerdem machte das Pendant im Westen Alaskas mit und propagierte die Aufnahme in die Internationale Sozialistische Arbeitsteilung, um das Heißersehnte zu erreichen. Die UNO rief ganze ,,Entwicklungsdekaden" aus. Der zweite magische Begriff war jener von der ,,Modernisierung", woran sich eine ganze Generation theoretisch und praktisch abarbeitete.

Der ungebrochene Fortschrittsoptimismus Fordscher oder Leninscher Prägung stieß auch noch nicht an ökologische Grenzen, patriarchale Geschlechterverhältnisse waren zwar ein Problem, aber noch kein Thema, und die Termini Entwicklung und Modernisierung, um die sich alles drehte, wurden auf eine scheinbar leicht operationalisierbare Kenngröße reduziert: Jährliches Wirtschaftswachstum.

Wir erinnern uns an die ersten Schwächeanfälle der geliebten Idee. Denn schon nach kurzer Zeit wollten immer mehr ,,unterentwickelte Regionen" nicht mehr so recht glauben, daß die großen Vorbilder nur das Beste im Sinn hatten. Hier die Entstalinisierung und neue Verhärtungen, dort der Vietnamkrieg und die sogenannte Ölpreiskrise. Die Blockfreienbewegung wurde stärker und erhielt ihr theoretisches Rüstzeug in der Dependenztheorie: Darin wurde die Politik der Industrieländer und (in der realkapitalistischen Sphäre) deren Vorherrschaft auf dem Weltmarkt zum Hindernis erklärt.

Dies alles schadete zuallererst der ,,pax americana", wobei die Idee der Entwicklung wenig Schaden nahm, sondern einfach nur uminterpretiert wurde. ,,Autozentriert" war nun das Schlagwort und spiegelte das gestiegene Selbstbewußtsein der ,,Entwicklungs"-Länder, die in einigen Regionen mit den Versuchen einer ,,Importsubstituierenden Industrialisierung" keine schlechten Erfahrungen gemacht hatten. Die 4. Internationale Welthandels- und Entwicklungskonferenz in Nairobi im Jahr 1976 war der Höhepunkt des ,,peripheren Selbstbewußtseins" mit Forderungen zu integrierten Rohstoffprogrammen, zu Preisstabilisierungen, zu einem Verhaltenskodex für Transnationale Konzerne und sogar zur Demokratisierung der ,,Bretton-Woodes-Institutionen", Weltbank und Währungsfonds.

Wie es weiterging, ist uns noch gegenwärtig. Die reichen Industrieländer blockierten jahrelang die Umsetzung der Ergebnisse und erlangten spätestens nach dem ,,Ausbruch" der Schuldenkrise wieder die Oberhand. Nach einigen Jahren des Krisenmanagements ist die Sache wieder im Lot, das internationale Finanzsystem stabilisiert, und das magische Wort lautet heute: ,,Strukturanpassung", das in Washington ausbuchstabiert wird.

Auch die Idee der Entwicklung ist aus diesen dramatischen Veränderungen nicht ohne Blessuren herausgekommen. Wie gesagt, finden die jüngsten Nachkommen wie ,,nachhaltige Entwicklung" mehr Anklang in ansonsten recht tauben Ohren. Doch die Funktion bleibt dieselbe: Nämlich das schlechtere Heute einer wachsenden Zahl von Menschen mit einem angeblich besseren Morgen zu rechtfertigen.

Hat sich die Idee oder gar Utopie der Entwicklung erschöpft? Ja. Die Antwort ist eindeutig und es ist sinnlos, sich auf die Wortgeschöpfe mit den wohlklingenden Adjektiven ,,sozial" oder ,,nachhaltig" einzulassen. Denn auch sie verdecken die wirklichen Ursachen und dienen vor allem als Muntermacher in Sonntagsreden, und halten unterschwellig die Lüge aufrecht, die Produktions- und Konsumformen des westlichen Kapitalismus sei global verallgemeinerbar, was weder möglich noch wünschbar ist. Deshalb müssen wir die Worthülsen schnellstmöglich beerdigen. Wolfgang Sachs schreibt treffend: ,,Entwicklung ist heute eine begriffliche Amöbe: gestaltlos, aber unausrottbar. Die Umrisse des Begriffs sind so undeutlich geworden, daß er fast gar nichts mehr bedeutet." Verzichten wir also auf den alten Begriffsschrott, der nicht nur von Realitäten geprägt wurde, sondern auch Realitäten schaffte und schafft. ,,Progressiv" umdefinieren können wir ihn ohnehin nicht. Die Weltbank und die staatlichen Entwicklungshäuptlinge werden ihn weiterhin für ihre Zwecke gebrauchen, genauso wie die ,,global player" namens Nestlé oder Hoechst.

Das haben die reaktionären Wohlstandsbürger längst erkannt und reden daher, begrifflich viel präziser, der offenen Intervention das Wort, nachdem vorher das Bild vom Chaos der Zweiten und Dritten Welt sowie den hiesigen zivilisierten Verhältnissen sorgsam entworfen wurde. Entgegenzusetzen sind dem, schwierig genug, die radikale Kritik der Realität und die schwierige Suche nach neuen Politiken — und das heißt auch: nach neuen Begriffen. Mischen wir uns ein in diese Suche nach den Erben der ehemals so schillernden und heute so dürftigen Idee von der Entwicklung und ihren unheilvollen realen Konsequenzen!

,,Ein Gespenst geht um in Europa", schrieben vor fast 150 Jahren der Trierer und sein wohlhabender Genosse Fabrikbesitzer. Heute scheint wieder eines umzugehen, nachdem der damals gemeinte Kommunismus endgültig gebannt wurde. Das heutige Gespenst ist die reale und gleichzeitig inszenierte Angst, nicht mehr ,,oben" zu sein, ,,im Norden', ,,das Vorbild", der ,,zivilisierte Westen". Darin liegt ein zentraler Ansatzpunkt, um den Entwicklungsbegriff, der ja immer für die ,,unterentwickelten Regionen" gedacht war, zu zerstören. Und bitte nicht durch eine neue Schöpfung wie ,,globale Entwicklung" zu ersetzen. ●

CHRISTOPH GÖRG

In geschlossener Gesellschaft (Teil III)

Der Tag X, die Durchsetzung der Grundgesetzänderung zum Asylrecht und die Aktionen in Bonn, haben zu sehr unterschiedlichen Interpretationen Anlaß gegeben. Den ersten Einschätzungen von J. Hirsch und C. Görg in der Juli/August-Nummer der *links* folgte in der September-Nummer von der 'Autonomen Lupus-Gruppe' eine Kritik an diesen beiden Artikeln. Der folgende Beitrag ist eine Erwiderung auf diese Kritik.

Es ist mir nicht gerade leicht gefallen, zu den von der 'Lupus-Gruppe' vorgebrachten Vorwürfen Stellung zu nehmen. Zwar hat man es sich als Autor auch immer selbst zuzurechnen, wenn der explizite und implizite Sinn eigener Äußerungen so sehr, häufig sogar bis ins Gegenteil verkannt wird. Doch noch mehr als mögliche „Mißverständnisse", die oft vielleicht gar keine sind, sind es der Duktus und die Sprache des Artikels, die mir eine Antwort erschwerten. Statt den Vorwurf der drohenden Selbstmarginalisierung von Teilen des linksradikalen Spektrums aufzunehmen und zurückzuweisen, bestätigen sie ihn nur noch — und zwar auf eine bezeichnende Weise. Wie jede Kritik von dem Kritisierten affiziert wird, gerade dann, wenn sie sich ganz unberührt davon gibt, so spiegelt die im Artikel geübte radikale Ideologiekritik am rassistischen Konsens von Herrschenden und Beherrschten in der Bundesrepublik das Grundmuster der Ausgrenzung wieder. Dies zeigt sich schon in der Sprache, die ich als Sprache der Denunziation empfinde: Ihr — so wird den Verfassern der beiden kritisierten Artikel klargemacht — gehört nicht dazu zum moralisch integren Kern des Widerstands! In weitschweifender und oftmals peinlich belehrender Weise wird doch immer wieder nur das Eine wiederholt: Wer diesen Konsens nicht in der von uns einzig akzeptierten Form kritisiert, wer in mehr oder weniger wichtigen Einzelpunkten anderer Auffassung ist oder andere Erklärungen anführt als erlaubt, gehört willentlich oder unwillentlich mit zur Volksgemeinschaft, gibt ihrer Ideologie zumindest Raum oder spielt mit 'rassistischen Annahmen'. Wahrlich: Ganz Gallien ist besetzt, oder besser: vom rassistischen Virus angesteckt, und die, 'die sich dem 'Siegeszug' des Kapitalismus — und den zu erwartenden Gewinnprämien — verweigert haben, (sind) an einer Hand zusammenzuzählen ...'

Nun ist es keine Frage, daß die Bedingungen radikaler politischer Opposition in der Bundesrepublik so schlecht sind wie wohl schon einige Jahrzehnte nicht mehr. Das gerade zeigte sich am Tag X: Dort protestierte zwar ein relativ breites Spektrum sehr unterschiedlicher Gruppen und Einzelpersonen, deren innere Heterogenität und politische Ohnmacht allerdings auch nicht zu übersehen war. Gerade angesichts dieser Situation halte ich es für fatal, wenn statt einer illusionslosen Selbstverständigung über politische Gräben hinweg nur die jeweiligen Befindlichkeiten (!) gepflegt werden. Sonst wiederholt sich das die Gesellschaft prägende Muster der Immunisierung gegen Andere, die Tendenz zur partikularistischen Selbstabschließung gerade auch unter denen, die es zu bekämpfen beanspruchen. Nur diesen einen Punkt will ich im folgenden am Artikel der 'Lupus-Gruppe' zu belegen versuchen und deshalb auf die vielen anderen strittigen Einzelpunkte nicht weiter eingehen (dafür sei die nochmalige Lektüre der drei Artikel empfohlen).

Daß sich das Muster der Selbstabschließung so bruchlos in seiner Kritik wiederholt, hat zwei Gründe: Zum einen in der Diagnose die problematische Verwendung des Rassismusbegriffs, zum anderen im politischen Anspruch eine schon fatale Realitätsverkennung. Beide Themen hängen jedoch eng miteinander zusammen. Was die Verwendung des Rassismusbegriffs angeht, so hat Uli Bielefeld in der *links* vom Februar '92 schon Wichtiges gesagt. Werden sehr unterschiedliche Reaktionsformen und Verhaltensweisen wie Fremdenangst, Fremdenfeindlichkeit und diskriminierende Ausgrenzung anderer Ethnien alle gleichermaßen als Rassismus bezeichnet, dann werden Sachverhalte zusammengeworfen, zwischen denen gerade unterschieden werden muß. Dadurch wird aber eine Entlarvungstrategie möglich, die identitätsstiftend wirkt: Wer mag sich schon mit dem ambivalenten Verhältnis zum Fremden, dem eigenen und dem von anderen, auseinandersetzen, wenn er doch als Antirassist allemal auf der moralisch richtigen Seite steht? Die Weigerung nicht nur der 'Lupus-Gruppe', sich mit den subjektiven wie objektiven Bedingungen rassistischer Politik überhaupt abzugeben, ihre Neigung, sich statt dessen lieber von den eigenen Projektionen leiten zu lassen, ist in diesem Defizit angelegt.

In meinem Artikel vom Juli/August war zur Forderung nach offenen Grenzen zu lesen gewesen: 'Wer weiß aber, ob wir mit dieser Forderung nicht nur die Tendenzen zur Deregulierung kapitalistischer Verhältnisse (und damit auch die Ängste der Menschen) verschärfen?' Nun ist diese Formulierung sicherlich unglücklich insoweit, als unter den 'Ängsten der Menschen' die Ängste vor den Fremden verstanden werden könnten. Allerdings wird dies im Kontext klargestellt: Ängste waren im Artikel vorher als subjektive Symptome einer sozialen und politischen Krisensituation definiert worden, für deren Entstehung Flüchtlinge oder andere Migranten gerade nicht verantwortlich sind, in der das Thema Asyl lediglich als Katalysator herrschaftsstabilisierend „benutzt" wurde (und wozu es aus anderen Gründen besonders geeignet ist). Dies wird von 'Lupus' an einer der Stellen, an der Kritik an oben zitierter Passage geübt wird, auch durchaus aufgenommen. Dort heißt es in denunziatorischer Weise: „Mensch ist schon nur noch, wer Angst vor Deregulierung innerhalb geschlossener (deutscher) Grenzen hat." Ich bitte um Verzeihung: Es gibt in der Tat noch andere Menschen, als die angesprochenen. Doch der Sinn wird erfaßt, wenn auch etwas verkürzt auf die Angst vor der Deregulierung: Die weitere Deregulierung kapitalistischer Verhältnisse ist angesichts „einer sich zuspitzenden ökonomischen Krise eine phobienträchtige Konstellation."

Ängste in dieser Hinsicht sollten durchaus ernstgenommen werden — und sie sind gerade nicht zu verwechseln mit Ängsten vor Fremden, noch viel weniger mit tatsächlichen oder vermeintlichen „Ängsten" vor einer „Überfremdung Deutschlands durch Asylanten" oder ähnlichen in der Tat rassistisch motivierten Äußerungen. Neben besonderen historischen Rahmenbedingungen wie dem Vereinigungsprozeß ist diese Konstellation, d.h. das Zusammenspiel subjektiver und objektiver Momente in einer

sozialen Krisensituation, einer der Hintergründe der politischen Formierung zur geschlossenen Gesellschaft und insofern auch für rassistisch motivierte Gewalttaten — auch wenn ich nicht beanspruchen will, eine einfache, ausreichende und politisch griffige Erklärung dafür parat zu haben. Die Formel vom rassistischen Konsens ist in diesem Zusammenhang durchaus wichtig, aber eben als Erklärung zum Teil selbst wieder erklärungsbedürftig: Was motiviert den Konsens, welche Rahmenbedingungen beispielsweise im politischen System sind wichtig, wie also wird der Konsens politisch „organisiert" etc...

Aber auf solche Feinheiten läßt sich ein Wolf nicht ein, er beißt lieber zu. An anderer Stelle formuliert die 'Lupus-Gruppe' die sich auf die gleiche Passage beziehende Anklage, ich würde mit „der rassistischen Annahme... spielen, die Forderung nach offenen Grenzen würde die 'Ängste der Menschen' verschärfen — anstatt klar und eindeutig die rassistische Gleichung von mehr Fremden = mehr Ängste zurückzuweisen." Nun wurde diese Gleichung in der Tat im Rahmen der Grundgesetzänderung von sehr vielen Politikern vertreten — aber nicht in der *links* und nicht von mir. Daß ich etwas anderes meinte, ist von der 'Lupus-Gruppe' ja durchaus an der anderen Stelle auch gesehen worden. Offensichtlich wird schon durch die skeptische Frage nach den Konsequenzen, die sich aus der Forderung nach offenen Grenzen ergeben könnten, ein wichtiges identitätsstiftendes Motiv getroffen. Durch das gewollte „Mißverständnis" hindurch tritt eine fatale Fehlentwicklung zutage, die diese Diskussionen generell prägt: Nur wer die völlige Freiheit des Zuzugs bzw. des Verbleibens in der BRD als Gretchenfrage nach dem was heute noch links und radikale Opposition ist akzeptiert, gilt noch als nicht vom rassistischen Konsens angesteckt. Der Rest hat sich schon als infiziert bloßgestellt und muß entlarvt werden.

Diese Kritik hat also nicht allein deshalb einen denunziatorischen Charakter, weil der Vorwurf alle die trifft, die für ein liberaleres Verhältnis zu Migrantinnen und Migranten sich engagieren, auch wenn sie sich der Forderung nach offenen Grenzen nicht anschließen wollen. Darüberhinaus wird politische Opposition in einer falschen Weise auf die Frage der Zuwanderung fixiert. Wenn man zurecht die 'Das -Boot-ist-voll'-Metapher für den Kern des rassistischen Konsenses in der Bundesrepublik hält, dann ist es borniert, ihr einfach die Umkehrung entgegenzuhalten. Ich halte das zudem in der Umkehrung für eine gefährliche Reproduktion der (dann kritisch gemeinten) deutschtümelnden Fiktion eines ethnisch homogenen Nationalstaats — als ob der Rassismus der bundesdeutschen Gesellschaft dadurch zu bekämpfen wäre, daß Menschen anderer Herkunft in die BRD kommen. Wer aber im Ernst die Interessen von Migrantinnen und Migranten verteidigen will, der sollte die Frage nach ihren Lebensbedingungen nicht so leichtfertig übergehen. So aber wirkt es so, als solle mal wieder wie gehabt eine neue Projektion die Selbstreflexion linker Politik ersetzten!

Erst jenseits dieser Fiktionen fängt das Problem an. Zu untersuchen wäre gerade, unter welchen Bedingungen der rassistische Konsens zustande kam und wie er funktionieren kann. Dann aber sollten die Krise des politischen Systems wie die ökonomische Krise ernstgenommen und weniger hochtrabend über die allgemeine Irrationalität kapitalistischer Akkumulation daherschwadroniert werden — schließlich können einige Kapitalfraktionen durchaus sehr gut mit der Forderung nach 'Grenzen auf für Alle' leben! So verfehlt die Kritik das eigentliche Problem, das sich hinter Migration, Rassismus und neuem Nationalismus verbirgt und jeder diskursiven Formierung eines herrschaftsstabilisierenden Konsenses den Rahmen vorgibt: die Krise nationalstaatlicher Regulierung (vgl. dazu den Essay von J. Hirsch in der Juli/August-Nummer der *links*). In der Radikalität der Forderung wird aber damit auch von den politischen Handlungsbedingungen abstrahiert. Was soll es dann heißen, „die Deregulierung gegen das Kapital" zurückzukämpfen, wenn Regulierung anders als im nationalstaatlichen Rahmen noch niemals funktioniert hat und keinerlei Ideen in dieser Hinsicht praktikabel erscheinen? Nur eins ist in diesem Zusammenhang sicher, ob es uns gefällt oder nicht: Offene Grenzen würden die Gewalt kapitalistischer Vergesellschaftung ihrer letzten Regulierungsformen entledigen. Auch wenn es stimmt, daß die nationalstaatliche Regulierung die Grundlage weltweiter Ausbeutung und innerstaatlicher Repression ist, so ist die Forderung nach offenen Grenzen mit Sicherheit zur Bekämpfung kapitalistischer Deregulierung ungeeignet. Indem diese Forderung lediglich ein Symptom der Krise nationalstaatlicher Politik, nämlich die zunehmenden Migrationsbewegungen, zum Inhalt einer antikapitalistischen Politik macht, drückt sie sich darum, Inhalte und Ziele der Politik definieren zu müssen — oder besser: sie ersetzt sie durch eine uneinholbare und letztlich auch paradoxe Maximalposition. Was soll dann vor diesem Hintergrund eigentlich noch „radikale gesellschaftliche Veränderung" heißen, die von der 'Lupus-Gruppe' so vehement beschworen wird?

Was nun die politischen Handlungsmöglichkeiten angeht, so ist der Eingangs von ihnen aufgestellten Analyse zunächst kaum zu widersprechen: der Auflösung einer kritischen, liberalen Öffentlichkeit auf dem Weg über Wiedervereinigung und Golfkrieg. Doch der ganze Duktus ihres Artikels bleibt davon merkwürdig unberührt, so als beträfe dies „die" Autonomen (und die Perspektive auf radikale Veränderung) überhaupt nicht. So, als wären die Spaltungen nur auf die 'angepaßten' Teile beschränkt, als wären nicht auch viele Gegenöffentlichkeiten zerfallen. Erst am Ende liest man wieder etwas von „Ratlosigkeit, Ohmacht und Verzagtheit", aber nur in der Praxis, der die „Schärfe und Unversöhnlichkeit unserer theoretischen Analysen" entgegengestellt wird. Dahinter wird eine gefährliche Realitätsverkennung sichtbar: Wenn liberale Öffentlichkeiten zerfallen, dann spüren dies alle radikalen und militanten Politikformen am eigenen Leib. Und daß „die 'Verteidigung von Grund- und Menschenrechten' eher eine autonome/militante Angelegenheit geworden ist", dürfte auch eher eine Fiktion von Linksintellektuellen sein denn adäquate Beschreibung politischer Realität (man lese nur die platten Bemerkungen zur Demokratie gegen Ende des 'Lupus'-Artikels, die nicht gerade davon zeugen, daß sie Grundrechte besonders zu schätzen wissen). Auch wenn es die 'Lupus'-Gruppe nicht wahrhaben will: Mehr denn je wird der 'lonesome figther' beschworen, von unversöhnlicher Schärfe in der theoretischen Weltsicht, unbestechlicher Moral bei so viel Anpassung an die Verhältnisse um ihn herum — und völlig unbeeindruckt, daß dies nach außen lediglich wie ein Pfeifen im dunklen Wald wirkt!

Der Dissens steckt also weniger in der Analyse, wiewohl der unscharfe Rassismusbegriff und die Verkennung der Krise des Nationalstaats hier schon seinen Teil beiträgt. Der eigentliche Dissens steckt im Sprachgestus und im dahinterstehenden Politikverständnis. Was der Redner aus dem autonomen Spektrum am Tag X schon ausgeführt hat, fällt auf die Lupus-Gruppe selbst zurück: „Die Demokratie braucht den Protest, der alles beim alten läßt ..." Bestens verträglich mit sozialer Herrschaft ist auch ein Radikalismus, der sich abstrahierend von den sozialen Verhältnissen mehr und mehr selbst aufhebt; der sich in der Analyse mehr von seinen Projektionen leiten läßt und offenkundige Paradoxien lieber stillschweigend in Kauf nimmt, als seine Forderungen zu überdenken; der mit der Rede von sozialen Ängsten auch die Wahrnehmung subjektiver Bedingungen eines herrschaftlich organisierten Konsenses ignoriert; der aus der Erfahrung verhärteter Verhältnisse keine andere Schlußfolgerung ziehen kann, als sich selbst zu verhärten. Denn der hat die Lektion der geschlossenen Gesellschaft bestens gelernt! ●

REINER HARTEL

Zwischen Scylla und Charybdis

— Odysee durch die Hochschulpolitik

Dies wirft nicht nur ein Licht auf den momentanen Zustand der Lähmung und politischen Schwäche linker Gruppierungen an den Universitäten, sondern verweist zugleich auf zwei grundsätzliche Schwierigkeiten einer hochschulpolitischen Praxis von Studierenden: zum einen auf die mangelnde politische Attraktivität, die ihr traditionell in einem vorwiegend auf Kampagnenpolitik und direkte Aktion angelegten linken universitären Spektrum beigemessen wurde. (Für Frankfurt kommt erschwerend hinzu, daß dieses Spektrum ohnehin nur noch als Residualkategorie zu existieren scheint, berücksichtigt man die Tatsache, daß seit dem endgültigen Split der Linken Liste (Lili) im Sommer 1992 weder das eine noch das andere zustande gebracht wurde. Dies gilt sowohl für deren Spaltprodukte als auch für den seit dem Frühjahr dieses Jahres amtierenden Regenbogen-AStA, der — nach dem Rückzug der Lili-Nachfolgegruppierungen — noch aus Jusos, Grünen und Feministisch-autonomen Unifrauen besteht, sich aber offenkundig im Zustand der Auflösung befindet. Stattdessen scheint ein ziemlich unolympischer Wettbewerb darüber im Gange, wer es am schnellsten schafft, das nächste Essential eines bisher auf dem Campus gültigen, innerlinken politischen Basiskonsenses für hinfällig zu erklären, dies als notwendigen 'linken Tabubruch' zu outen und sich dafür auch noch feiern zu lassen — vgl. dazu u.a. den Konflikt um das universitäre Kommunikationszentrum KoZ in der links von September und Oktober 1993.) Zum anderen kommt darin eine tieferliegende Problematik zum Ausdruck, die mit dem Status als StudierendeR und dem notwendigerweise befristeten Aufenthalt an der Hochschule verknüpft ist. Gemeint ist z.B. der Umstand, daß die von vielen (nicht nur Studierenden) vorgenommene Trennung von wissenschaftlicher und politischer Praxis — wenn überhaupt — erst ins Blickfeld gerät, wenn über die theoretischen Grundlagen eines kritischen und reflektierten Umgangs mit Methoden und Gegenstandsbeschreibungen der Einzeldisziplinen im wesentlichen verfügt wird. Meist geschieht dies im übrigen in einer fortgeschrittenen Phase des Studiums, just zu dem Zeitpunkt, wo politische und wissenschaftliche Prioritätensetzungen — der Zwang zum Sammeln akademischen Lorbeers, zur Erstellung von Examensarbeiten — allmählich auseinandertreten.

Doch selbst wenn StudentInnen aufgrund sozialer Erfahrungen außerhalb bzw. alternativer Wissensaneignung innerhalb der Hochschulen frühzeitig dazu in der Lage sind, Defizite bei der universitären Wahrnehmung und Bearbeitung gesellschaftlicher Konfliktlagen konkret zu benennen und es ihnen sogar gelingt, sich mit hochschulpolitischen Forderungen am Fachbereich punktuell durchzusetzen, profitieren sie selbst von Veränderungen kaum noch: verdeckter oder offener Widerstand durch professorale Seilschaften, Kompetenzwirrwarr und der lange Atem bürokratischer Hohlköpfe sorgen in der Regel dafür, daß die erhofften Innovationen zumindest so lange verhindert werden, bis die Akteure in der Zwischenzeit das Studium beendet haben.

Flaute auf Ithaka

Deshalb ließ die Motivation für hochschulpolitisches Engagement unter Studierenden stets ein wenig zu wünschen übrig. Andererseits bildet die relative Kontinuität in der Beschäftigung mit einem solchen komplexen Themenfeld häufig die Voraussetzung dafür, jenseits von historischen Boomphasen — wie sie etwa im Falle studentischer Vorlesungsstreiks mit Vollversammlungen, Demonstrationen u.ä. gegeben sind — in hochschul- und wissenschaftspolitische Kontroversen wirkungsvoll intervenieren zu können. Diese z.T. strukturell bedingten Schwierigkeiten, berufliche bzw. wissenschaftliche Sozialisation und politische Praxis miteinander zu verbinden, spiegelten sich ebenso in der nunmehr fünfjährigen Geschichte einer hochschulpolitischen Initiative an der Universität Frankfurt, der des SIfKI, des Studentischen Instituts für kritische Interdisziplinarität. Der prekäre Status, den das SIfKI als inzwischen nicht mehr ganz studentisches, aber zugleich nicht etabliertes und vergleichsweise kritisches Institut einnimmt, kommt auch darin zum Ausdruck, daß der vorliegende Beitrag von einem Autor verfaßt ist, der diesem seit sei-

Die Überzeugung, daß in einem Heft mit dem Schwerpunkt linke Hochschulpolitik ein Statement aus studentischer Perspektive nicht fehlen dürfe, entspricht gewiß einem verbreiteten politischen Credo, nicht nur in der links-Redaktion. Trotz eines vorsichtigen, angesichts der aktuellen Debatte um die Hochschulstrukturreform wieder reger gewordenen öffentlichen Interesses an Fragen der Bildung, der Hochschule und der Wissenschaft fand sich jedoch bislang kein studentischer Arbeitszusammenhang, der hierzu einen Diskussionsbeitrag hätte beisteuern können.

ner Gründung im Dezember 1988 angehört, das Studium jedoch inzwischen beendet hat. Die Entwicklung des Instituts soll hier ein Stück weit nachgezeichnet werden, ohne daß damit beabsichtigt wäre, dem bunten Familienalbum Frankfurter Alternativprojekte ein weiteres belangloses Kapitel hinzuzufügen oder ein öffentliches Informationsbedürfnis zu unterstellen, das nicht auch mit einem uni-internen Rundbrief oder vier bis fünf Telefongesprächen zum Ortstarif ebensogut abgedeckt werden könnte.

Stattdessen verfolgt der Beitrag zwei Intentionen: Zum einen zeichnet er die Aporien einer lange bevorzugten Vorstellung von linker studentischer Politik auf, die die Notwendigkeit sowohl eines Bezugs auf die Studienbedingungen als auch einer Kritik an den in Lehre und Forschung angewandten wissenschaftlichen Schulenbildungen systematisch negiert und unter linksradikalen Gruppierungen nicht nur an der Frankfurter Universität eine sehr lange Tradition besitzt. Demgegenüber soll dafür plädiert werden, die vielerorts praktizierte Trennung zwischen 'Hochschulpolitik' und 'Politik an der Hochschule' zu überwinden und eine Strategie zu entwickeln, die auch das komplexe Verhältnis Wissenschaft-Hochschule-Gesellschaft in den Blickpunkt rückt und zum Bestandteil der politischen Praxis macht.

Zum zweiten soll am Beispiel des SIfKI rekonstruiert werden, inwieweit sich durch einen solchen Ansatz zwar Reformoptionen ergeben, zugleich aber die Grenzen zwischen Politik und Wissenschaft im Laufe der Zeit verschoben haben. (Was in diesem Rahmen nicht geschehen kann, ist die Diskussion von inhaltlichen Positionen des SIfKI z.B. zur Interdisziplinaritätsdebatte, zum Kritikbegriff, zu einzelnen Facetten des bearbeiteten hochschulpolitischen Problemhorizonts etc. Zu letzterem verweise ich auf eine voraussichtlich im November '93 erscheinende SIfKI-Publikation.) Das SIfKI verfügte zum Zeitpunkt seiner Gründung im Dezember 1988 über eine enorme Legitimitation aus der streikenden studentischen Basis heraus — die berühmten „6000 aus der Kongreßhalle", die in den von ihnen verabschiedeten „Forderungen für eine neue Universität" (vgl. links 225) u.a. ein „studentisches Institut zur Förderung kritischer Interdisziplinarität" (vgl. ebenda) forderten —, von der es nach außen hin lange zehren konnte. Fünf Jahre später bezieht das SIfKI seine Reputation eher auf 'etablierte' Weise und auf institutionell anerkanntem Sektor: durch die Herausgabe von Veröffentlichungen, durch die Durchführung von landesfinanzierten Forschungsprojekten, durch die Ausrichtung von Diskussionsveranstaltungen, Kolloquien, Tutorien u.ä. Zugleich ist für einige MitarbeiterInnen ein Perspektivenwechsel eingetreten: aus der zu Beginn geübten Praxis einer *Kritik der Wissenschaften* wurde der Versuch, die formulierten Einwände in die eigene Arbeit einfließen zu lassen und — in Form von interdisziplinär, sozial-ökologisch, feministisch oder wie auch immer erweiterten, 'problemorientierten' Gegenstandsbeschreibungen — in die Forschungspraxis zu überführen: mithin ganz im 'traditionellen' Sinne die Produktion *kritischer Wissenschaft*.

Diese Entwicklung hatte zur Folge, daß sich die Politik des SIfKI ein Stück weit aus dem öffentlichen Raum in die Institutionen verlagerte, doch bildete die Institutionalisierung gleichwohl die Voraussetzung dafür, daß zwei der oben beschriebenen Dilemmata studentischer Hochschulpolitik — das der Kontingenz und Diskontinuität der AkteurInnen sowie der fehlenden Perspektive für eine Verbindung zwischen politischer und wissenschaftlicher Praxis — an Brisanz verloren und zugleich die infrastrukturellen Bedingungen dafür geschaffen werden konnten, die eine Fortführung des Instituts auch künftig — nach zweifellos anstehendem 'Generationenwechsel' — denkbar machen. Andererseits gingen damit auch eine gewisse Entradikalisierung und Abwendung vom Allgemein-politischen einher, die es zwar Anfang 1991 noch erlaubten, gegen die militärische Intervention der Alliierten im Golf-Konflikt zu protestieren, aber bereits zwei Jahre später verhinderten, einen autonomen Aufruf zur Bonner Bundestagsblockade anläßlich der Asylrechtsänderung mitzuunterzeichnen. (Andererseits kümmerte sich das SIfKI im Zuge des Konflikts um die künftige Nutzung des StudentInnenhauses an der Frankfurter Universität nachdrücklicher als zuvor um die Lösung seiner Raumprobleme, als es Ende September dieses Jahres einen freiwerdenden Raum in Abstimmung mit den anderen NutzerInnen besetzte und damit einer vom Uni-Präsidenten geplanten anderweitigen Verwendung zuvorkam. Zumindest hinsichtlich der Aktionsformen wurde damit an die Gründungsphase angeknüpft.)

Der Zauber der Calypso

Hochschulpolitik erwies sich in der Vergangenheit stets als ein eher dröges Thema, zu dem die hegemonialen linken Gruppierungen ein bestenfalls instrumentelles Verhältnis entwickelten: BAFÖG-Kürzungen, die Einführung von Regelstudienzeit und Studiengebühren oder verschärfte Prüfungsbedingungen wurden zwar pflichtgemäß als unsozial und selektionsverstärkend zurückgewiesen, studentische Proteste gegen überfüllte Hörsäle und Bibliotheken erweckten hingegen schnell den Eindruck bornierter ständischer Interessensvertretung. „Auch ich will ein Buch!" betitelte die Frankfurter Linke Liste ihre Streikanalyse (vgl. Linke Liste-Zeitung vom Winter 1989) und degradierte damit die Protestierenden zu begriffslosen Objekten und zur willfährigen Verfügungsmasse für die finsteren Pläne der jeweiligen Universitätsleitung. Die Vielschichtigkeit der zutage getretenen Handlungsmotive wie auch die Widersprüchlichkeit des eigenen Status an der Hochschule — als Privilegierte und zugleich Oppositionelle — wurden dabei ignoriert. Ebenso blieb das Spannungsverhältnis, in dem die Hochschule sich befindet, als dem Anspruch nach Ort kritischer Reflexion, als potentielle Produktionsstätte verallgemeinerungsfähiger Problembewältigungsstrategien, als Forum diskursiver Konfliktverarbeitung, aber auch als Arbeitslosenzwischenlager und als Sozialisationsinstanz zukünftiger gesellschaftlicher Eliten, ausgeblendet.

Dabei läßt sich mit Blick auf historische Erfahrungen z.B. in Frankfurt mühelos rekonstruieren, daß den Ausgangspunkt für die nach 1968 von der Universität ausgehenden und mit einer befristeten Unterbrechung des Lehrbetriebs verbundenen sozialen Bewegungen stets *hochschulpolitische* Themen bildeten. (Auch die immer wieder mythisch beschworene 68er StudentInnenbewegung bezog im übrigen einen Großteil ihrer Mobilisierungsstärke aus einem hochschulpolitischen Konflikt, dem Kampf gegen die Ordinarienuniversität. Eine der ersten schriftlichen Zeugnisse der theoretischen und politischen Arbeit des SDS bildete zudem die Anfang der 60er Jahre publizierte SDS-Hochschuldenkschrift.) Erst in der Folge entwickelte sich eine zuvor weitgehend unerwartete Eigendynamik, die schließlich auch außeruniversitäre gesellschaftliche Konfliktlagen in die Diskussionen und Aktionen der Studierenden einfließen ließ und auf diese Weise einen 'Politisierungsgrad' erreichte, der deutlich über den ursprünglichen Anlaß hinauswies. Dies galt sowohl für die Streiks 1977 als auch für den studentischen UNImut im Wintersemester 1988/89: Im ersten Falle waren es die Vorlesungen eines umstrittenen Mathematik-Professors bzw. ein vom AStA initiiertes musikalisches Happening im Hörsaalgebäude und ein sich daran anschließender Polizeieinsatz auf dem Campus, die die Proteste ausgelöst hatten. Eine Reihe von spontan gebildeten Arbeitsgruppen beschäftigten sich in diesem Rahmen u.a. mit dem Widerstand gegen das geplante AKW in Brokdorf, mit alternativen Energieversorgungssystemen oder den Haftbedingungen politischer Gefangener. Auch im zweiten Falle, dem letzten Uni-Streik, bedurfte es eines längeren Ring-Kampfes (sic!), bis neben den 'berechtigten', (un-)sinnigerweise von den Akteuren selbst 'materialistisch' genannten Forderungen nach mehr Büchern, mehr Lehrenden, mehr Tutorien etc. auch das defizitäre Aufgreifen gesellschaftlicher Widersprüche im universitären Lehrbetrieb (Ökologie, Geschlechterverhältnis, Nord-Süd-Konflikt, neue Technologien), die städtische Wohnungsnot und die soziale Situation Studierender zum thematischen Schwerpunkt

vieler AG's und zum Bestandteil der verabschiedeten Resolutionen werden konnten. Das 'Vermittlungsproblem' zwischen der konkreten Studiensituation und der Kritik gesellschaftlicher Mißstände mußte mithin zunächst angegangen werden, um beide einer öffentlichen Auseinandersetzung an der Hochschule zugänglich zu machen. Im übrigen darf in diesem Zusammenhang daran erinnert werden, daß noch zu Beginn der studentischen Aktionen im WS 88/89 die von der Uni-Linken gegenüber der als 'unpolitisch' identifizierten Basis vorgebrachte Skepsis fast dazu geführt hätte, sich von den rebellierenden Subjekten gänzlich zu distanzieren und die verblendeten „Tröpfe" (vgl. diskus 4/92) ihrem Schicksal zu überlassen.

Ein Bezug auf hochschulpolitische Konfliktfelder erhöht indes nicht nur die Erfolgschancen des traditionell von der Uni-Linken verfolgten Konzepts einer 'Politik an der Hochschule' und dessen Anliegen, die in der Gesellschaft, der Stadt, den internationalen Beziehungen etc. verorteten Widersprüche und Herrschaftsverhältnisse in die universitäre Öffentlichkeit zu tragen, ist mithin nicht nur politisch-strategisch motiviert. Zugleich besitzt die Verschränkung dieses Politikansatzes mit einer um die Felder Institutions- und Wissenschaftskritik erweiterten Hochschulpolitik einen weiteren, heute beinahe unverzichtbar scheinenden Vorteil: sie erfordert die theoretische Auseinandersetzung über den politischen Ort, an dem man sich bewegt. Die aktuellen Schlammschlachten z.B. an der Universität Frankfurt darüber, wer heute 'links' ist, ob die demokratische Legitimität des Allgemeinen StudentInnenausschusses gegenüber einem als Basis auftretenden, aber damit ebenfalls nur ungenau beschriebenen KoZ-Kollektiv eine höhere ist, ob administrative Mittel eingesetzt werden dürfen, um darüber eine Entscheidung herbeizuführen, aber auch der Streit über die Sinnhaftigkeit linker Politik jenseits autonomer Praxisformen und Skandalisierungsrituale, hätten möglicherweise — so die hier vertretene Behauptung — in dieser Schärfe nicht ausbrechen müssen, wenn z.B. über einen Institutionenbegriff, über den Stellenwert, den Wissenschaft bzw. Forschung und Lehre an der Hochschule/in der Gesellschaft einnehmen, oder über die Spannbreite in Frage kommender 'linker' Politikansätze an der Universität eine Debatte geführt worden wäre, die den Differenzierungsgrad aktueller gesellschaftstheoretischer Diskussionsstandards wenigstens ansatzweise zur Kenntnis genommen und berücksichtigt hätte. Auf diese Weise würden zugleich die klassischen, wenn auch falschen Dichotomisierungen und Schwarz-Weiß-Stilisierungen von Politik als Reformismus vs. (Links-)Radikalismus, als Systemstabilisierung vs. Subversion, als 'Verrat an der Bewegung' oder 'moralisches Sektierertum' u.v.m. drastisch an Liebreiz verlieren.

In diesen Kontext paßt auch eine Rezension des SIfKI in der links 229 vom Frühjahr 1989 („Garni Pension Zukunft"), die ein Paradebeispiel für die hier kritisierte Variante einer selffulfilling prophecy abgibt. Zweifelsohne bleiben Veränderungen nicht aus, wenn bei einem Projekt wie dem SIfKI Politik auch innerhalb von Institutionen gemacht wird. Dies gilt sowohl für die biographische Entwicklung und das politische Selbstverständnis seiner MitarbeiterInnen als auch für die Außenwirkungen des Instituts, so im Hinblick auf die finanziellen Vergabepraktiken öffentlicher Hände oder den strukturellen Aufbau des Wissenschaftssystems. Die Kette führt über institutionelle Förderung, die partielle Finanzierung von Forschung, beschleunigte Professionalisierung bis zur Akzeptanz in Teilen der scientific community. Dieser Prozeß kann jedoch ebenso — wie dies in bewährter funktionalistischer Manier in dem oben erwähnten Artikel passiert ist — als Bestandteil einer erfolgreichen 'Modernisierung des Systems' und damit als Beitrag zur 'Stabilisierung kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse' charakterisiert werden. Die daran beteiligten AkteurInnen erschienen nach dieser Lesart als opportunistisch gesonnene KarrieristInnen, die insofern nahtlos an eine Tradition linksradikaler Politik in Frankfurt (vom Taxi ins Ministerium, vom diskus ins Zeitgeistmagazin, vom SIfKI zum Universitätspräsidenten??) anknüpfen würden.

Es ist indes keineswegs daran gedacht, an dieser Stelle einen erneuten Aufruf zum Marsch in die Institutionen zu verkünden. Stattdessen ist der Beitrag als Plädoyer dafür gedacht, aus dem Verhältnis zum Staat, zum Parlament, zur Hochschule keinen Prinzipienstreit zu machen, sondern sie als Felder gesellschaftlicher Konfliktaustragung zu betrachten und ein *taktisches* Verhältnis dazu zu entwickeln, wozu jedoch ein Minimum an innerlinker Solidarität und eine differenzierte theoretische Analyse der oben genannten Institutionen vonnöten wären. Oder, wie ein Hausautor der links formulieren würde: Ride the Tiger! But before trying, learn a bit about it!

Das SIfKI

Am Beispiel des SIfKI soll gezeigt werden, daß eine kontinuierliche Arbeit über mehrere Jahre hinweg erst dadurch möglich wurde, daß es gelungen ist, eine zwar nur kurzzeitig verfügbare, dafür aber aufgrund der massiven Unterstützung durch die streikende studentische Basis von niemandem bestrittene Legitimation in eine recht stabile politische und finanzielle Rückenstärkung — durch sympathisierende WissenschaftlerInnen, durch den FB Gesellschaftswissenschaften der Frankfurter Universität, durch den letzten Lili-AStA, durch die Grünen, durch Teile der SPD — zu überführen, die

insbesondere dann wichtig wurde, als sich die rebellierenden StudentInnen wieder in die Hörsäle und Bibliotheken zurückgezogen hatten, das SIfKI nur noch dem harten Kern der Frankfurter Campus-Szene ein Begriff war und für den Großteil der StudentInnenschaft bereits etwas Schimärenhaftes angenommen hatte.

Dies soll nicht heißen, daß sich das Projekt aus der Hochschulpolitik herausgezogen hätte. Vielmehr übernahm das SIfKI das AStA-Referat Studentisches Forschen, war Mitveranstalter eines Ökologie-Symposions, beteiligte sich an der Diskussion um eine geplante Akademie der Wissenschaften in Hessen, hielt Beiträge auf dem Frankfurter Soziologentag und auf einem vom Frankfurter AStA vorbereiteten Hochschulkongreß. Außerdem organisierte das SIfKI öffentliche Diskussionen zum Golfkrieg, eine Veranstaltungsreihe mit mehreren interdisziplinär arbeitenden alternativen Forschungsinstituten und brachte bislang sechs Reader heraus, in denen die jeweils aktuellen thematischen Schwerpunkte dokumentiert wurden. Dennoch stellte sich rasch der Effekt ein, daß der Interessiertenkreis für die Arbeit des Instituts eher aus dem 'etablierten' wissenschaftlichen Fachpublikum der Universität sowie den MitarbeiterInnen außeruniversitärer Forschungsinstitute zusammengesetzt war als aus VertreterInnen der Hochschulgruppen, der Fachschaften oder jener Klientel, der man sich politisch immer nahestehend gewähnt hatte und deren Vernetzung in der Anfangsphase des SIfKI immerhin programmatischer Anspruch gewesen war. Die Begründungen für die Distanz dieses Spektrums gegenüber dem Institut glichen sich: kein konkreter Politikbezug, theoretische Überfliegerei, akademisierter Sprachduktus, hermetische In-Group.

Z.T. als Reaktion darauf, z.T. parallel dazu verstärkte sich daraufhin die Neigung, *studentisches Forschen* als den Schwerpunkt der weiteren hochschulpolitischen Praxis anzusehen und sich die finanzielle Förderung derartiger Projekte aus Landesmitteln zum Ziel zu setzen. Insbesondere vier Gründe waren dafür entscheidend:

- Bereits früh hatte sich die Erkenntnis durchgesetzt, daß eine auf ständische Interessenvertretung reduzierte Auffassung von Hochschulpolitik nicht sehr weit reicht. Zwar gab es meist hinreichend viele Funktionäre, aber keine Lobby, die z.B.

BAFÖG-Kürzungen tatsächlich hätte verhindern können. Außerdem blieben in vielen dieser Forderungen — auch der nach Drittelparität — die Inhalte von Forschung und Lehre völlig ausgeklammert. Gerade in Gremien wie Fachbereichsräten oder Berufungskommissionen hilft jedoch ein zusätzlicher Sitz für studentische VertreterInnen nur bedingt, wenn nicht geklärt werden kann, was kritisiert bzw. stattdessen favorisiert wird: warum z.B. vorgesehene Forschungs- und Lehrschwerpunkte defizitär sind, warum sie einer Erweiterung oder Modifizierung bedürfen, warum ein erweiterter KandidatInnenkreis berücksichtigt werden muß, der interdisziplinäre, ökologische, feministische Aspekte miteinbezieht. In diesem Kontext ist auf die Erfahrungen am Frankfurter FB Gesellschaftswissenschaften nach dem Ende des studentischen Protestwinters 1988/89 zu verweisen: Einer der zentralen Kritikpunkte bezog sich dort auf die fehlende Transparenz bei der Planung des Lehrangebots. Als diese jedoch offeriert und die entsprechenden Termine öffentlich angekündigt wurden, blieb die studentische Resonanz aus. Die Forderung nach mehr Mitbestimmung blieb somit abstrakt und ein wenig aufgesetzt.

● Bei den vom SIfKI problematisierten Fragestellungen (Wissenschaftsgeschichte, Technikforschung, Kognitionswissenschaften, Ökologie-Ökonomie, feministische Wissenschaftskritik) handelte es sich meist um relativ junge Forschungsfelder. Sie beschrieben die Konturen eines z.T. interdisziplinär angelegten Untersuchungsprogramms, das zunächst bearbeitet werden mußte, um hochschulpolitische Rückschlüsse ziehen, etwaige curriculare Reformvorschläge entwickeln zu können, die sich auf die Ergebnisse der Studien stützten.

● Auf diesem Weg konnten — wie bereits angedeutet — theoretische bzw. wissenschaftliche Interessen der MitarbeiterInnen mit hochschul- bzw. gesellschaftspolitischem Engagement verknüpft und die bereits angedeutete, für höchst problematisch gehaltene Trennung zwischen wissenschaftlicher und politischer Praxis ein Stück weit aufgehoben werden.

● Schließlich erwies sich für einige SIfKI-MitarbeiterInnen, die kurz vor dem Abschluß ihres Studiums standen, auch der Reproduktionsaspekt als zunehmend elementar. Sich dafür einzusetzen, innerhalb des institutionellen Bereiches selbstbestimmte, aber bezahlte (studentische) Forschung durchführen zu können, ohne dafür der 'Schirmherrschaft' eines Habilitierten zu bedürfen, wurde daher nicht nur als lohnenswertes hochschulpolitisches Ziel begriffen, sondern bedeutete für manche auch die befristete ökonomische Absicherung kurz vor und kurz nach der Beendigung des Studiums.

Die Stoßrichtung des Instituts verschob sich wieder stärker auf eine 'Politik in erster Person'. Signalisiert werden sollte damit zwar die Absage an verschiedene Formen von Stellvertreterpolitik, nicht aber das Umschwenken auf privatistische Interessenswahrnehmung. VertreterInnen des SIfKI nahmen z.B. am hochschulpolitischen Arbeitskreis der Landes-Grünen teil und wirkten — gemeinsam mit außeruniversitären Instituten wie dem ISOE, dem FIF und IANUS — darauf hin, daß hochschulpolitische Zielsetzungen wie „studentisches Forschen", „kritische Interdisziplinarität" und „forschendes Lernen" in das Wahlprogramm der hessischen Grünen einflossen. Diese Absichtserklärungen überdauerten zur allgemeinen Überraschung auch die rotgrünen Koalitionsverhandlungen und führten zur Einrichtung eines Haushaltspostens, in dem sie als exemplarisch für die Prinzipien angeführt wurden, die dem angestrebten Ziel einer „Verbesserung der Lehre" (Haushaltstitel) zugrunde liegen sollten.

Nach langen und quälenden Verhandlungen mit dem Wissenschaftsministerium wurden seit dem Juli 1992 zwei Projekte des SIfKI aus diesen Mitteln gefördert: eines zum Thema Ökologie und hochschulpolitisches Curriculum, das zweite zu Entwicklungen in den Kognitionswissenschaften. Die Abschlußfinanzierung der beiden Studien und die zusätzliche Förderung zweier Tutorien sowie eines Übersetzungsprojekts wurden bislang verweigert. Doch auch abgesehen von diesem jüngsten Ärgernis ist die Bilanz eher ernüchternd und bestätigt die These einer sehr begrenzten Reformbereitschaft der verkrusteten bildungspolitischen Apparate. Sichtbar wurde dies u.a. bei der Vergabe von Forschungsmitteln, die nur widerwillig an ein nicht hierarchisiertes Institut wie das SIfKI (statt eines habilitierten Projektnehmers) ergingen, als auch an der fehlenden Ernsthaftigkeit, die angekündigten Innovationen tatsächlich umzusetzen. So erwies sich der immerhin mit 2,5 Mio. DM ausgestattete Topf des Hessischen Ministeriums für Wissenschaft und Kunst, aus dem Projekte studentischen Forschens und Lernens bedient werden sollten, als ein verkappter Fonds für Überlastmittel, aus dem die so bedachten Fachbereiche Gelder für neue Computer, TutorInnnenstellen oder von ProfessorInnen angeworbene studentische Hilfskräfte beziehen durften. Die innovativen Momente blieben mithin weitgehend auf den Haushaltstitel beschränkt; weitere hochschulpolitische Initiativen wurden nicht bedacht.

Von studentischem Forschen bzw. forschendem Lernen kann überdies bei den vom SIfKI durchgeführten Projekten nur noch bedingt die Rede sein: bis auf eine besitzen alle ProjektmitarbeiterInnen einen Abschluß; einer ist sogar promoviert. Aus Wissenschaftskritik wurde mithin eine Art Mittelbauforschung mit dem Anspruch kritischer Wissenschaft. Die daraus erwachsenen Probleme liegen auf der Hand: für einen Teil wird das SIfKI-Label künftig nicht mehr zur Verfügung stehen könnnen. Umorientierungen stehen bevor: Dissertation, Jobsuche, wissenschaftliche Weiterqualifikation u.ä. Ein Verein namens Projektiv befindet sich in Gründung, der als Ort konzipiert ist, an dem wissenschaftspolitische Diskussionen fortgeführt und die Realisierung von Forschungsprojekten vorbereitet werden kann. Über dessen Perspektiven können freilich zur Zeit noch keine Aussagen getroffen werden. Inhaltlich finden sich weitgehend die Themenschwerpunkte des SIfKI (Naturverhältnisse und ihre Regulation, Wissenschafts- und Technikforschung, Gewerkschaften) repräsentiert.

Daneben geht es nun darum, die weitere Arbeit des SIfKI sicherzustellen und auf diese Weise Ressourcen, politische Kontakte und Kooperationsbeziehungen verschiedener Art auch weiterhin für studentische Forschung und Hochschulpolitik nutzbar zu machen. Entscheidend für das Gelingen des bevorstehenden Generationenwechsels wird — neben der Vermeidung allzu großer Reibungsverluste in der organisatorischen Struktur und in der Außenvertretung — sein, daß auch künftig der Spagat zwischen individueller wissenschaftlicher Professionalisierung und Weiterqualifizierung sowie wissenschaftskritischer Praxis und hochschulpolitischer Präsenz gemeistert werden kann. Hic Rhodus, hic salta! ●

Reiner Hartel ist Mitarbeiter am Forschungsprojekt zum Thema 'Ökologie und hochschulpolitisches Curriculum' an der Universität Frankfurt.

diskus

Frankfurter StudentInnenzeitung

Erscheint im November 93

diskus 1/2 93
Schwerpunktthema:

Hochschule, Bildung & Politik

Der **diskus** ist erhältlich an der Universität Frankfurt und über den Buchhandel

Bestelladresse: **diskus**, Jügelstr. 1, 60325 Frankfurt/Main., Tel. 069/7983188

UWE JUNGFER

Die Krise als Chance?

Zum Stand der Debatte um Weltmarktintegration

Von 'Theoriekrise' (Boeckh, 1993) ist die Rede. Es müsse mit den „Theorieruinen der Entwicklungsforschung" (Mármora/Messner, 1989) aufgeräumt werden. Das „Ende der Globaltheorien" wurde eingeläutet und den bisherigen modernisierungs- und dependenztheoretischen Analysen 'Ratlosigkeit' bescheinigt.

Gegen Ende der achtziger Jahre, nach dem vielzitierten „verlorenen Jahrzehnt" der Länder der Dritten Welt, setzte sich auch in der bundesdeutschen Diskussion endgültig die kritische Reflexion bisheriger Analysen und Paradigmen durch. Schon Anfang der achtziger Jahre begannen frühere Befürworter einer „Theorie des peripheren Kapitalismus" (Senghaas u.a.) umzudenken, und sich in modernisierungstheoretischer Tradition Gedanken über den Erfolg der europäischen Industrialisierung und ihren Modellcharakter für Entwicklungsländer zu machen. „Von Europa lernen" (Senghaas) hieß das Stichwort, unter dem man u.a. Norwegen als Vorbild für die Industrialisierung der Entwicklungsländer ausmachte. Doch auch bei diesen selbst entdeckte man mit den sog. Tigern (v.a. Südkorea) erfolgreiche Nachahmer.

Was war geschehen? Zwischen 1950 und 1970 reduzierte sich der Anteil der Entwicklungsländer am Welthandel sukzessiv. Das Ende des Systems von Bretton Woods 1973 ging einher mit einem drastischen Anstieg der Ölpreise und einer Wachstumskrise in den Industrieländern. Dies führte zu einschneidenden Differenzierungen unter den Entwicklungsländern. Während die lateinamerikanischen Länder in eine Wirtschaftskrise stürzten, gab es in Asien einige erfolgreiche Ökonomien, die unter der Bezeichnung 'Newly Industrializing Countries' (NICs) von sich reden machten. Die von den Dependenztheoretikern vertretene Ansicht, daß für die Länder der Peripherie die gleichen (negativen) Rahmenbedingungen herrschen würden, schien sich nicht weiter halten zu lassen. Zu unterschiedlich war die wirtschaftliche Entwicklung der Länder. Zu unterschiedlich wirkten sich beispielsweise sinkende Rohstoffpreise für die jeweiligen Ex- und Importländer aus.

Während die NICs ihre Ökonomien in der Aufbauphase unter Zollschutz entwickelten und sich anschließend dem Weltmarkt öffneten, versuchten die lateinamerikanischen Länder durch strikte Abschottung Industriesektoren aufzubauen. Das Ergebnis in Lateinamerika waren in der Regel international nicht wettbewerbsfähige Industriesektoren und 'clientelismo'. Die Unternehmen waren sich der Protektion des Staates bewußt, hatten also keine Anpassungszwänge, da ihre Absatzmärkte mehr oder weniger garantiert waren. Wirtschaftliche Effizienz wurde nicht über das Preissystem vermittelt, Exportpotentiale und Massenproduktionsvorteile wurden nicht genutzt, der wachsende Devisenbedarf für den Ausbau der Industrien wurde nicht erwirtschaftet, sondern führte zu strukturellen Zahlungsbilanzschwierigkeiten, die nicht zuletzt auch eine wesentliche Ursache für den Schuldenkollaps vieler lateinamerikanischer Staaten in den achtziger Jahren darstellte. Schließlich schränkte auch das geringe Produktivitätswachstum die Entwicklung des Binnenmarkts ein, da für Reallohnerhöhungen kein Spielraum erwirtschaftet wurde (Messner/Meyer-Stamer, 1992).

Aus dem Vergleich der unterschiedlichen Entwicklungswege der lateinamerikanischen und der asiatischen Länder wurden zwei Schlußfolgerungen gezogen. Erstens ging man davon aus, daß nachholende Industrialisierung gerade durch die Einbindung in den Welthandel möglich sei, was die Modernisierungstheorie schon immer behauptet hatte. Zweitens bedeutete dies, daß dieser nachholende Prozeß mit dem Konzept der Binnenindustrialisierung bzw. Importsubstitution, also der selektiven Abschottung vom Weltmarkt zum Schutz der 'infant industries' wie es in vielen lateinamerikanischen Ländern verfolgt wurde, nicht zu erreichen ist.

Die CEPAL, die UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik, hat wohl erst spät auf die lateinamerikanischen Erfahrungen reagiert. In ihrer Studie „Umgestaltung der Produktionsmuster bei sozialem Ausgleich. Die prioritäre Aufgabe für Lateinamerika und die Karibik in den neunziger Jahren" (CEPAL 1990), formulierte sich 1990 ein neues Industrialisierungskonzept für Lateinamerika, das sich deutlich von der bisherigen Importsubstitutionsstrategie, dem alten „Cepalismo", unterscheidet. Im Mittelpunkt steht dabei die Wiedererlangung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit. Dies soll mittels Produktivitätssteigerung und technischem Fortschritt geschehen und nicht auf der Grundlage billiger Arbeitskräfte und der Ausbeutung natürlicher Ressourcen. Während die Ausnutzung vorhandener komparativer Handelsvorteile (billige Arbeitskräfte und Rohstoffe) den klassischen modernisierungstheoretischen Überlegungen entspricht und als passive Weltmarktintegration bezeichnet wird, bedeutet aktive Weltmarktintegration, daß durch gezielte wettbewerbsorientierte Politik industrielle Sektoren mit internationalen Handelsvorteilen erst geschaffen werden müssen. Dem Staat kommt in diesem Konzept wie im alten Cepalismo eine wichtige Bedeutung zu. Allerdings wird heute nicht mehr die Steuerung des Wirtschaftsgeschehens als zentrale staatliche Aufgabe gesehen, sondern der Staat soll die Rahmenbedingungen für die Privatwirtschaft optimieren: Verbesserung der Infrastruktur, Förderung der Ausbildung von Arbeitskräften, Technologientwicklung und sektorale Wirtschaftspolitik (Müller-Plantenberg, 1993). Als erfolgreiche Beispiele für diese Strategie wird die jüngste Entwicklung in Argentinien, aber auch in Mexiko und v.a. in Chile (Messner, 1991) genannt.

Zu den Vertretern dieses Konzeptes in der BRD ist v.a. das Deutsche Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Berlin zu zählen. Klaus Eßer, Abteilungsleiter beim DIE für Lateinamerika, hat in den letzten Jahren in mehreren Veröffentlichungen mit der Strategie der Importsubstitution abgerechnet. Das Scheitern des Modells der Binnenmarktorientierung ist heute weitgehend Konsens. Eßer sieht darüber hinaus in der in den letzten zehn, fünfzehn Jahren verfolgten neoliberalen Strategie den Vorteil, daß dadurch mit den negativen Folgen der Importsubstitutionsstrategie (Bsp. Klientelwirtschaft) gebrochen wurde. Der Neoliberalismus verbesserte also die Chancen für eine „selective integration strategy". Freie Marktwirtschaft ist für ihn keine hinreichende Antwort, sondern muß durch eine aktive staatliche Politik entsprechend dem „Nuevo Cepalismo" flankiert werden. Ziel ist ein intensives, auf Produktivitätssteige-

rung und effizienter Technologie basierendes Wachstum, das dem Staat Verteilungsspielräume zugunsten benachteiligter Bevölkerungsgruppen ermöglicht. Schließlich ist seiner Meinung nach auch auf diesem Wege den ökologischen Altlasten aufgrund des bislang geringen Effiziensniveaus der Wirtschaft beizukommen.

Zu den exponiertesten Befürwortern einer aktiven Weltmarktintegrationsstrategie zählen auch Leopoldo Mármora (der im August d.J. verstarb und bei der Forschungsstelle der evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg arbeitete) und Dirk Messner (DIE). Sie bewerten den ,,Versuch, nationale Entwicklungsoptionen und Spielräume auszuleuchten und Entwicklungsblockaden nicht ausschließlich reduktionistisch aus externen Faktoren abzuleiten", als positiv. Ebenso die ,,Suche nach Autonomiespielräumen für die lateinamerikanischen Länder". Im Gegensatz zu dem rein ökonomistischen Verständnis von Entwicklung der Neoliberalen, sehen die Vertreter des Nuevo Cepalismo Entwicklung als ,,komplexen gesellschaftlichen Prozeß", bei dem Demokratie und soziale Gerechtigkeit ebenfalls Bestandteile der Modernisierung sind. Als Schwäche der Weltmarktintegrationsstrategie sehen sie einen ,,gewissen Voluntarismus". Gemeint sind damit die derzeitige Form der Weltmarktbeziehungen, die nur wenigen Ländern eine Weltmarktintegration erlaubt sowie ökologische Kriterien nur mangelhaft berücksichtigt (Mármora/Messner, 1991). Damit sind auch die beiden grundsätzlichen Aspekte der Kritik in der Diskussion angesprochen (vgl. Debatte in den blättern des iz3w, Nr. 187-191).

Das globale Ökosystem ist durch das ,,herrschende Produktionsmodell der Industrie- und Konsumgesellschaft als allgemeines Paradigma" (I. Schütz-Buenaventura) gefährdet. Gefordert wird eine Alternative zum bisherigen industriegesellschaftlichen Wachstumsmodell. Helmut Thielen plädiert für einen rural-ökologischen alternativen Ansatz, der basierend auf einer grundlegenden Agrarreform eine basisorientierte landwirtschaftliche Entwicklung ermöglicht. Thielen verweist ausdrücklich auf die machtpolitischen Verhältnisse und mag denn auch nicht der Kritik an der Importsubstitutionsstrategie folgen. Seiner Meinung nach war das Scheitern v.a. durch die Interessen der herrschenden Klassen und Eliten sowie der mangelhaften Umsetzung des Konzepts durch die nationalen Regierungen begründet. Norbert Trenkle sieht das Scheitern der Importsubstitutionsstrategie darin begründet, daß die lateinamerikanischen Ökonomien nicht mehr mit den ,,enormen Produktivitätssteigerungen der postfordistischen Verwertungsmaschinerie Schritt halten konnte". Falsch sei es nach Subjekten zu suchen, die als Übeltäter ausgemacht werden können. Das Dilemma liege in der Basisstruktur des Ware-Geld-Systems, das darin besteht, daß ,,die Einzelnen ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang fremd und äußerlich gegenüberstehen und sich mit ihm bloß abstrakt — nämlich über das Geld — vermitteln." Die Lösung kann seiner Meinung nach nur in der Überwindung dieses Zwangssystems bestehen, der Rückkehr zum Tauschhandel.

Anders Elmar Altvater. Er teilt zwar die Kritik am Scheitern der Importsubstitutionsstrategie und betont die Notwendigkeit einer weltmarktgängigen Industrialisierung, wenn man mit Hilfe des Marktes die Entwicklung forcieren will. Allerdings weist er darauf hin, daß es dabei nicht nur Gewinner gibt — wie die Befürworter der aktiven Weltmarktintegration suggerieren. Wegen der Endlichkeit der verfügbaren materiellen und energetischen Ressourcen ist die Industrialisierung nicht weltweit durchsetzbar. Zudem betont er, daß Integration der einen immer auch den Ausschluß anderer bedeutet. Auch der Suche nach Produktionischen, die die Vertreter der aktiven Weltmarktintegration forcieren wollen, gibt Altvater kaum eine Chance. Und regionale Kooperation wäre zwar ein wichtiger und sinnvoller Vorschlag, sei aber z.Zt. meist ein Handel zwischen völlig zerrütteten Ökonomien. Ein Ausweg kann nach Altvater nur in einer grundlegenden Änderung der energetischen Basis industrieller Gesellschaften liegen, in der ,,solaren Revolution".

Es bleibt festzuhalten, daß die von der CEPAL entwickelte Strategie der aktiven Weltmarktintegration nicht im Widerspruch zum monetaristisch orientierten, neoliberalen Konzept steht. Allein hinsichtlich des von der CEPAL geforderten gleichzeitig zu verwirklichenden sozialen Ausgleichs, der Einkommenstransfer und auch Notbeschäftigungsprogramme vorsieht, könnte über kurz oder lang ein ,,Zielkonflikt" programmiert sein (Müller-Plantenberg, 1993).

Die klare Polarisierung zwischen Modernisierungs- und Dependenztheorie hat sich weitgehend aufgelöst. ,,Die Frage lautet nicht Staat oder Markt. Vielmehr kommt es darauf an, die jeweiligen historischen Mischungsverhältnisse und ihre inneren und äußeren Voraussetzungen zu untersuchen und zu fragen, unter welchen Bedingungen der Staat und der Markt als Steuerungsmechanismen funktionieren können" (Boeckh, 1993). Der globalisierende Anspruch der Entwicklungstheorien wurde weitgehend fallen gelassen. Diskutiert wird heute entlang bestimmter gesellschaftlicher Konstellationen (Zimmering, 1993). Dieser pragmatische Ansatz ist positiv zu bewerten, da dies den Blick für die Besonderheiten und Chancen der Länder freimacht. Dennoch kann an den Weltmarktbedingungen nicht vorbei diskutiert werden. Man darf gespannt sein, wie sich die Strategie der aktiven Weltmarktintegration, angewandt auf die Länder der Afrikas südlich der Sahara, auswirken wird. ●

Xul Solar, Welt (Mondo)

Literatur:
A. Boeckh, ,,Entwicklungstheorien: Eine Rückschau", in: HDW III (1993).
K. Eßer u.a.: ,,Neue Determinanten internationaler Wettbewerbsfähigkeit", DIE Berlin 1992.
L. Mármora/ D. Messner: ,,Theorieruinen der Entwicklungsforschung", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 10 (1989).
ebso, ,,Kritik eindimensionaler Entwicklungskonzepte", in: Prokla 82 (1991).
D. Messner, ,,Chile: Weltmarktintegration und soziale Demokratie", in: blätter des iz3w 178 (1991).
D. Messner/ J. Meyer-Stamer, ,,Lateinamerika: Vom 'verlorenen Jahrzehnt' zur 'Dekade der Hoffnung'?", in: Blätter für deutsche und internationale Politik 1 (1992).
U. Müller-Plantenberg, ,,Die Cepal und der Neoliberalismus", in: Lateinamerika-Analysen und Berichte 17 (1993).
Debatte Weltmarktintegration in ,,blätter des iz3w" Nr. 187-191 (Feb. bis Aug. 1993) mit Beiträgen von K. Eßer (DIE), I. Schütz-Buenaventura (Starnberger Institut), E. Altvater (Prokla), N. Trenkel (Krisis) und H. Thielen (Autor von ,,Die Einsamkeit der Dritten Welt", Bad Honnef 1992)

BERND RÖTTGER

Rezessiver Triade-Kapitalismus und weltgesellschaftliche Entwicklung

Nackenschläge erfolgreicher Weltmarktintegration

Abgründe und Gipfel liegen immer dicht beieinander. In der kapitalistischen Weltökonomie, in der nicht nur Konzerne um Marktanteile konkurrieren, sondern auch Gesellschaften und Staaten in Beziehung gesetzt werden, ist das keineswegs anders. Während die Globalisierung des Kapitals in eine neue Phase eingetreten ist, die als Kern eines neuen weltwirtschaftlich-hegemonialen Akkumulationstyps betrachtet werden kann, nehmen die sozialen Strukturprobleme in der Weltgesellschaft massiv zu.

Auf der einen Seite verzeichnen die statistischen Erfasser der Weltökonomie, daß der sprunghafte Anstieg ausländischer Direktinvestitionen Transnationaler Konzerne (TNKs) zum „Motor des Wachstums" avancierte (UN-Weltinvestitionsbericht 1992) und schließlich eine „international-integrierte Produktion" hervorbrachte (UN-Weltinvestitionsbericht 1993). Auf der anderen Seite aber müssen andere Institutionen feststellen, daß diese Wachstumsphase der kapitalistischen Weltökonomie mit einer Verschärfung der Einkommensdisparitäten sowohl international, wie welt- und innergesellschaftlich einherging (ILO-Weltarbeitsbericht 1993, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen UNDP 1992). Der Süden differenzierte sich aus. Nicht nur, daß der Marginalisierung ganzer Regionen eine erfolgreiche Weltmarktintegration weniger Schwellenländer gegenüberstand; in den Binnenverhältnissen spitzten sich die Disparitäten zwischen hochentwickelten Industrieenklaven und verelendenden Regionen zu. Treibende Kraft dieser sozialen Entwicklung war die faktische Modernisierung und Weltmarktintegration von Sektoren und Produktionssegmenten, die nicht in „volkswirtschaftlich"-kohärente Verkettungen übergeleitet werden konnten und so „strukturelle Heterogenität" der peripheren Gesellschaften festschrieb.

Ein neues globales Akkumulationsregime

Die globale Realität des Kapitalismus, insbesondere die produktive Internationalisierung und sein „Sieg" in der Systemkonfrontation, wurde vielfach zum Anlaß genommen, einen Triumph des weltwirtschaftlichen Neoliberalismus zu zelebrieren. Wirtschaftsberater Ohmae gerät ins schwärmen: „Endlich leben wir in einer Welt, in der Geld, Wertpapiere, Dienstleistungen, Optionen, Terminkontrakte, Informationen und Patente, Software und Hardware, Unternehmen und Know-how, Vermögenswerte und Mitgliedschaften, Gemälde und Markennamen ohne nationale Vorbehalte über die herkömmlichen Grenzen hinweg gehandelt werden." Wenn aber der Wirkungsmechanismus des Kapitalismus tatsächlich zu einem universalen Strukturprinzip der Welt geworden ist, wird ebenso Marx' Vorstellung vom Kapital als globalem Gesellschaftsverhältnis virulent. Damit aber richtet sich der analytische Blick auf die Widersprüche global-kapitalistischer Vergesellschaftung, der Form, in der die Globalisierung des Kapitals vorangetrieben wird. Sie bewirkt die Entstehung einer globalen Totalität, in der „alle Widersprüche zum Prozeß kommen" (Marx).

So fungiert die neue Akkumulation aber auch als eine Kraft, die in der Lage ist, ein neues globales Herrschaftsprojekt zu initiieren. Mehr noch: seine dominierenden sozialen Koalition können sich aus den weltwirtschaftlichen Wirkungsmechanismen heraus stabilisieren. Eine solche „transnationale Herrschaftssynthese" zeichnet sich bereits ab. Sie löst die Übergangsphase der Krise des Fordismus ab, wird zum Strukturelement der propagierten „Neuen Weltordnung" — und verweist auf neue Eigentümlichkeiten des globalen Kapitalismus. Diese bestehen darin, daß es nicht mehr die Länder der weltwirtschaftlichen Peripherie sind, die mit den Mitteln staatlicher Steuerung und protektionistischer Abschottung nachholende Entwicklung versuchen, während sich in den Zentrumsländern Gesellschaftskoalitionen für einen freien Weltmarkt formieren. Der aktuelle Protektionismus geht von den alt-kapitalistischen Industrieländern aus. In ihnen wird das neoliberale Politikmodell der fordistischen Krise zunehmend in Frage gestellt. Dies vor allem, weil seine monetaristischen Instrumente (insbesondere die Geldmengensteuerung) im global-integrierten „Casino-Kapitalismus" systematisch unterhöhlt werden und die marktfetischistische Komponente der in der

Die neoliberale Politik, in den weltwirtschaftlichen Metropolen zunehmend zum untauglichen Mittel der Krisenüberwindung erklärt, feiert als Entwicklungsstrategie der weltgesellschaftlichen Peripherien fröhliche Urständ. Warum das so ist, liegt in der Machtstruktur des globalen Kapitalismus begründet. Seine sozio-ökonomisch selektiv und herrschaftlich global wirkenden Kräfte desavouieren sich in der aktuellen Rezession zwar als das, was sie tatsächlich sind: treibende Kräfte einer globalen Apartheid; sein Herrschaftsprojekt droht sich auf diese Weise aber eigentümlicherweise zu stabilisieren.

„Aber die Nacht hat kein Ende,
wenn sie sich über die Kranken legt,
und es gibt Schiffe,
die Zuschauer suchen,
um in Frieden untergehen
zu können."
García Lorca

WIDER SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Alte Menschen — zwischen Norm und Selbstbestimmung (Heft 48)

Dießenbacher: Jenseits von Kompetenz und Defizit. Jean Améry oder: Wie die Dialektik von Revolte und Resignation aus der herrschenden Gerontologie verschwindet ● *Dörr:* Die unsichtbare Pflege. Gesellschaftliche und individuelle Verdeckungen im Umgang mit der häuslichen Pflege-Arbeit von Frauen ● *Meinhold:* Altersbilder. Zwischen Diskriminierung und Idealisierung ● *Ebberfeld:* Vermessene Alterssexualität bei Frauen. Abbild oder wissenschaftliche Vorstellung? ● *Kraetsch/Richter/Seering:* Senioren in Rostock. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung ● *Petersen:* Vier vor, zwei zurück... Gemeinschaftliche Wohnformen im Alter ● *Köhler:* Im Zentrum der Medizin. Bericht von einer Intensivstation ●Magazin
108 Seiten, DM 16,—

1 + 1 = 1 Ab- und Entwicklung in Deutschland (Heft 47)

Nelken: Transformation in Deutschland? Eine polemische Betrachtung ● *Ewald:* Gewalt und Gewaltdiskurs nach der Vereinigung als Symptome eines ,,Steuerungsproblems'' der Gesellschaft? Thesenhafte Überlegungen ● *Alt / Althaus / Schmidt:* ,,Wir waren eine gute Truppe...'' Sozialpolitik in ostdeutschen Betrieben ● *Ostner:* Zurück in die Fünfziger? Frauenleben und Frauenpolitik im vereinten Deutschland. Ein Essay ● *Lindenberg:* Praktizierte Diversion? Die gesellschaftlichen Gerichte der DDR ● *Kunstreich:* Soziale Gerechtigkeit und regionale Spaltung der Gesellschaft ● *Land / Possekel:* Namenlose Diskurse von Intellektuellen aus der DDR ●Magazin
136 Seiten, DM 16,—

UNSER KENNENLERN-ANGEBOT
Schicken Sie uns einen 20,— DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte zur Ansicht. Aktuelle Ausgaben gegen DM 15,— (nur Vorkasse)
Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach

Rezession offensichtlich gewordenen Notwendigkeiten eines industriestrukturellen Wandels nicht gerecht werden kann. Im Süden passiert das Gegenteil: der Neoliberalismus avanciert zur Entwicklungsstrategie, weil kaum noch Handlungsspielräume für alternative Projekte bestehen, vor allem aber, weil die alten Politikkoalitionen neuen Bündnissen gewichen sind.

Was dahinter steckt, ist die schleichende Erosion der alten Weltwirtschaftsordnung, die allerdings weder in der politischen noch ökonomischen, weder in der wissenschaftlichen noch in der öffentlichen Debatte hinreichend thematisiert wird. Schlimmer noch: der herrschende Diskurs zur „Neuen Weltordnung" zeichnet sich gerade dadurch aus, daß er in fröhlicher Manier eines ideologischen Positivismus das „ancien régime" kapitalistischer Weltordnung nicht hinterfragt und so versucht, dessen Strukturen zum Vehikel und Modell einer Weltordnung der post-sozialistischen Epoche zu erheben. Tatsächlich aber setzt sich innerhalb des globalen Kapitalismus und seiner hegemonialen Akkumulation eine Neuordnung von Zentrums- und Peripherie-Strukturen durch. Das „ancien régime" erfährt eine konflikthafte „Abwicklung", indem sich die der global-kapitalistischen Vergesellschaftung immanenten sozialen und politischen Anpassungskosten in allen Weltregionen durchsetzen.

Neue Integration des Südens

Die Widersprüche des global-liberalen Weltordnungsprojekts liegen auf der Hand. So liegt sein erster Widerspruch darin, daß er faktisch keine Globalisierung ökonomischer Aktivitäten bewirkte, sondern eine zunehmende Konzentration auf die Triade USA-Westeuropa-Japan. Die Ende der 80er Jahre festgestellten 20 000 TNCs mit ihren 100 000 Tochtergesellschaften im Ausland haben vor allem dazu beitragen, die „cross-border-investments" innerhalb der alt-kapitalistischen Metropolen festzuzurren. Über 80 % der ausländischen Direktinvestitionen verblieben innerhalb der Triade. Der Kapitalstock ausländischer Direktinvestitionen dort hat sich im Verlauf der 80er Jahre verdreifacht. Der Intra-Konzern-Handel stärkte seinen Anteil innerhalb des Welthandels auf 50 bis 60 %. Die Entwicklungsländer blieben dieser weltwirtschaftliche Aufschwungphase fern. Ihr Anteil an den Kapitalexporten der Triade-Mächte sank: in der Bundesrepublik von 14,2 % (1980) auf 8,2 % (1989), in den USA von 34,9 % (1960) über 25,7 % (1970) auf 23,5 % (1988).

Diese Triadisierung entfaltete jedoch ihre eigene Dynamik. Sie zeigte sich zunächst als eine Funktionskrise des (National-)Staates. Er scheitert zunehmend an seiner Aufgabe der Homogenisierung der Gesellschaften. Zweidrittelgesellschaften haben sich fest etabliert. Die gesellschafts-konstituierende Funktion des Staates wird aufgeweicht und durch ökonomische Prozesse ersetzt, die nun strukturbildend auf die Gesellschaften einwirken. Gleichzeitig kommt es zu einer Konkurrenzverschärfung zwischen den Triade-Mächten. In diesem Kontext fällt den Staaten nur noch die Aufgabe zu, Teile des globalen Mehrwerts anzuziehen bzw. zu erhalten, um so eine relative Dichte des weltmarktvermittelten Gesellschaftskompromisses und über diesen Weg einen relativen politischen Handlungsspielraum zu realisieren. Insgesamt aber setzt sich eine Verselbständigung der ökonomischen Macht gegenüber jeglicher Staatlichkeit durch, die eine grundlegende Abschwächung der politischen Regulation gegenüber der transnationalen Akkumulation bewirkt.

Als eine Folge der Konkurrenzverschärfung wurden seit Mitte der 80er Jahre regionale Integrationsprozesse um die jeweiligen Triade-Mächte akzentuiert. Sie sind zum einen dem weltwirtschaftlichen Triadisierungsprozeß subordiniert, indem sie als Instrumente triadischer Konkurrenz fungieren; zum anderen aber bieten sie die Möglichkeiten, die Peripherien in die neue weltwirtschaftlich-hegemoniale Akkumulation „einzuklinken". Jedes Zentrum schafft sich im Rahmen der Regionalisierung präferierte Handelszonen, um so weltmarktoptimale Betriebsgößen und Skaleneffekte zu erzielen. Gleichzeitig organisieren die TNKs ihre regionale Produktionsstruktur neu. Der Neoliberalismus avanciert zur Entwicklungsstrategie, weil er die innergesellschaftlichen Voraussetzungen für die Einbindung in den dominierenden Akkumulationsprozeß organisiert. Die Integration der Peripherien erfolgt aber als funktionale Einbindung in die metropolitan-kapitalistischen Reproduktion, die in den Peripherien nur dazu taugt, eine selektive Integration voranzutreiben: entweder über präferierte Handelsbeziehungen oder über die Einbindung in den Produktionsverbund der TNKs. Das bedeutet aber, daß der Neoliberalismus in den Peripherien nicht mehr die „Artikulation" des nationalen Produktionsapparates in den Weltmarktzusammenhang betreibt, sondern die Inwertsetzung von Produktionssegmenten akzentuiert, die sich als Strategie der Weltmarktspezialisierung durchsetzt.

Dadurch wird aber die Differenzierung innerhalb der Dritten Welt weiter vorangetrieben. Nicht nur daß es nur wenigen Ländern gelingt, sich in die von den Metropolen organisierten Regionalisierungsprozesse einzubinden; es gelingt auch wenigen Staaten, den Neoliberalismus in eine kohärente Strategie nach Innen zu transformieren. In den meisten Fällen werden durch die Außenöffnung und die selektive Weltmarktintegration die Wirtschaftskreisläufe destabilisiert und die innergesellschaftlichen Probleme zur „Sprengstoffsituation" verschärft, indem die ohnehin schon am Existenzmini-

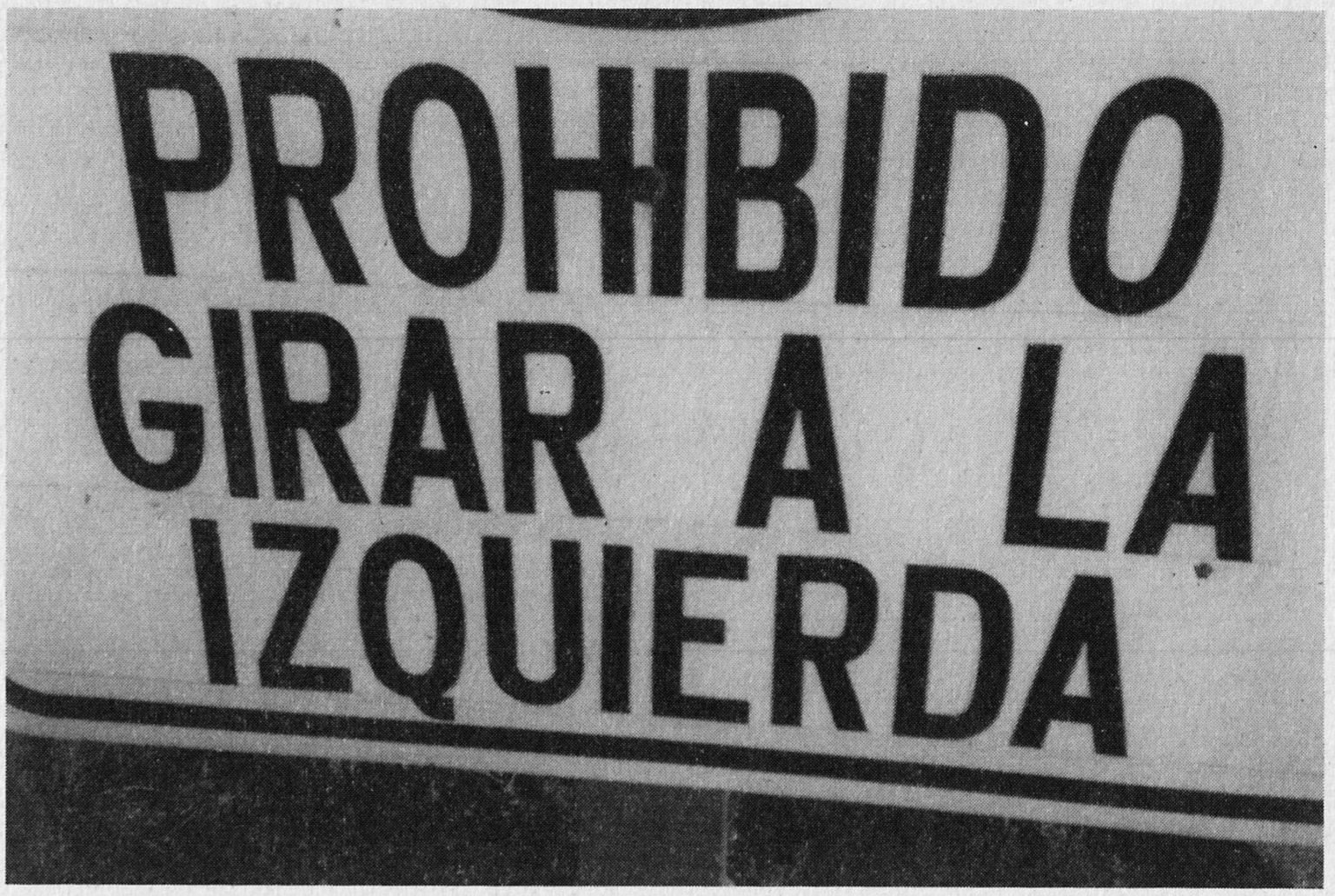


Foto: Ulrich Brand

mum vegetierende Konsumquote durch eine gesamtwirtschaftlich restriktive Lohnpolitik weiter beschränkt wird. Die materielle Grundlage für die transnationale Herrschaftssynthese wird aber durch die neuen Konzernstrategien selbst geschaffen. Im Gegensatz zu den Internationalisierungsstrategien der 70er Jahre setzen sich dezentralisierte Strategien durch, die eine Integration der TNKs in die regionalen Märkte durch mehr oder weniger autonome Niederlassungen erlauben und darauf abzielen, eine distrikthafte Vernetzung zu erzielen. Damit aber sind auch die Bedingungen für die Realisierung sozialer Bündnisse vor Ort gegeben, die sich zu politikbestimmenden hegemonialen Koalitionen entwickeln können.

Stabilisierung des globalen Herrschaftsprojekts

Die funktionale Subordination peripherer Modernisierung des Südens unter die Triadisierungsprozesse der alt-kapitalistischen Metropolen in den 80er Jahren legt die Vermutung nahe, daß in der Rezession die durch Direktinvestitionen erfolgte Einbindung der Peripherien zurückgeschraubt wird. Das Gegenteil ist der Fall: Der jüngste UN-Weltinvestitionsbericht zeigt zwar, daß der Kapitalexport in Form ausländischer Direktinvestitionen seit 1990 rückläufig ist. Dieser Rückgang vollzieht sich aber vor allem zulasten der Intra-Triade-Verflechtungen (1990/91: -62,7 %), während der Fluß ausländischer Direktinvestitionen in die Entwicklungsregionen in der Rezession steigt (+23,7 %). Ihr Anteil als Zielorte der Globalisierung der TNKs, der 1989 bei nur 14 % lag, erhöht sich 1991 auf 26,1 %. Im Unterschied zur konstituierenden Triadisierung in den 80er Jahren gehen im rezessiven Triade-Kapitalismus in den 90er Jahren über 1/4 der ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsregionen (bei aller Differenzierung innerhalb der Dritten Welt, wie innerhalb der OECD, vgl. dazu neuerdings: OECD: International Direct Investment Statistics. Yearbook 1993).

Da es sich im Kern bei der gegenwärtigen Rezession um eine strukturelle Überakkumulation von Kapital handelt, die sich in einem ruinösen Verdrängungswettbewerb manifestiert, ändern sich die Globalisierungsstrategien der TNKs grundlegend. Zielte die Interpenetration der Triade in den 80er Jahren noch auf den Aufbau von Produktionskapazitäten, dominieren in der Krise Strategien der kostenoptimalen Rationalisierung. In diesem Kontext verortet sich die neue Globalisierungstrategie. Direktinvestitionen innerhalb der Triade gehen zurück; stattdessen werden weltwirtschaftliche Peripherien verstärkt in die Netzwerke der TNKs eingebunden, um so eine Senkung der Kosten im triadischen Wettbewerb zu erzielen. Die „neue Attraktivität" der Peripherien ist das Ergebnis einer konkurrenzverschärfenden Triadisierung. Der „Runde Tisch Europäischer Industrieller" in Brüssel beklagt die mangelnde Präsenz europäischer Konzerne in der alten Dritten Welt als ein Faktor, der sich negativ auf die Konkurrenzposition gegenüber japanischen oder US-amerikanischen Konzernen auswirke (vgl. FAZ, 17.9.93).

Die Konsequenzen, die sich aus der Penetration der Drittweltgesellschaften in der Rezession ergeben, gleichen denen einer nicht zu lösenden Widerspruchseskalation: Während gerade durch den Fortgang der metropolitanen Direktinvestitionen die Kompradorisierung in der Dritten Welt voranschreitet, auch indem sich die Entwicklungsperspektiven immer mehr auf die liberalistische Variante zuspitzen, nimmt die gesellschaftliche Desintegration zu und eine Nivellierung alter Unterschiede zwischen Nord und Süd wird nicht erreicht. Was sich durchsetzt und in der Krise offensichtlich wird, ist die doppelte Polarisierung des globalen Kapitalismus. Zum einen werden die alten Hierarchien in der internationalen Arbeitsteilung durch die sektorale Verteilung ausländischer Direktinvestitionen und den erreichten Grad an kohärenter regionaler Verflechtung nicht aufgehoben; zum anderen aber bewirkt der neue Akkumulationstyp die Entgrenzung von alten Zentrums- und Peripherie-Strukturen, indem er gerade in der Rezession durch die weltweite Verlagerung von Industriestandorten die soziale Spaltung innerhalb der OECD zwischen Transnationalisierungsgewinnern und -verlierern akzentuiert und gleichzeitig die südliche Hemissphäre durch off-shore-Enklaven kapitalistischer Modernität sozial-selektiv einbindet. In allen Gesellschaftsformationen differenziert sich die Gesellschaft entlang der transnationalen Akkumulation aus. Indem die globale Akkumulation gleichsam die sozialen Bedingungen eines transnationalen Herrschaftsprojektes durch neoliberalisierte Peripherien und chauvinistische alt-Metropolen schafft, erscheinen die diskutierten Entwicklungsperspektiven aussichtslos. Die Pferde kriegen zwar Wasser, aber sie saufen nicht. Die im Kontext der Wettbewerbstheorie vorgetragenen Vorstellungen einer sukzessiven „value-added" des Exportes wird durch den neuen, rezessionsbedingten und auf Kostenreduzierung basierenden Transnationalisierungsprozeß unterminiert. Die Regionalisierung innerhalb der Entwicklungsregionen, als zweite Säule von Entwicklung diskutiert, bleibt schwach und wird zunehmend durch die funktionalen Einbindungen in die metropolitanen Regionalisierungsprozesse verdrängt. Die Strategie, eine „nationale" Wertsteigerung durch Weltmarktintegration zu erreichen, kontrastiert mit einem Mechanismus der kapitalistischen Weltmarktmacht, der allenfalls eine sektorale Integration zuläßt. Insgesamt tendiert der rezessive Triade-Kapitalismus zur Herausbildung einer „planetarischen Apartheid" (Susan George, in: Le Monde diplomatique, Juni 93), die sich innerhalb der Gesellschaften als Nackenschläge erfolgreicher Weltmarktintegration Geltung verschafft. In den alt-kapitalistischen Metropolen wird die Arbeitslosigkeit, in den weltgesellschaftlichen Peripherien die soziale Spaltung verschärft.

Man muß nicht unbedingt Samir Amin zustimmen, der befürchtet, „daß die mittelfristige Zukunft nur das eine demonstrieren wird: Der real existierende Kapitalismus ist wirklich die Barbarei, und sein neoliberaler Aufputz ist nichts weiter als die Barbarei ohne Grenzen"; die doppelte Polarisierung der Weltgesellschaft aber zeigt, daß erfolgreiche Weltmarktintegration mit sozialer Fraktionierung einhergeht. Mit Strategien der Dissoziation werden sie kaum zu lösen sein. Ist ihre Überwindung das Ziel von „Entwicklung", kann es keine mehr oder weniger geeigneten Instrumente der „Inwertsetzung" geben; die Strukturen des globalen Kapitalismus selbst stehen zur Disposition; neue Inhalte einer transnationalen politischen Regulation müssen entwickelt werden. ●

MOHSSEN MASSARRAT

Der Mythos vom Freihandel

Süd-Nord-Einkommenstransfer durch Dumpingpreise

Woher kommt die Schere zwischen sinkenden Rohstoffpreisen und steigenden Weltmarktpreisen? Was treibt die Länder des Südens immer weiter in die Rolle der Verlierer? Handelt es sich dabei um das freie Spiel der Marktkräfte? Mohssen Massarrat beleuchtet den Mythos vom Freihandel.

Wir drucken die gekürzte Fassung aus dem Buch M. Massarrat u.a. (Hg.): ,,Die Dritte Welt'', Freiburg 1993 ab.

Während die durchschnittlichen Weltmarktpreise für verarbeitete Güter langfristig steigen, weisen die Weltmarktpreise für agrarische und mineralische Rohstoffe seit 1950 (mit Ausnahme der 70er Jahre, insbesondere für Rohöl) einen stagnierenden und teilweise sogar sinkenden Trend auf. Verarbeitete Industriegüter werden hauptsächlich durch Industrieländer des Nordens exportiert. Dagegen exportieren sowohl die Länder des Nordens wie die des Südens agrarische und mineralische Rohstoffe bei einem Weltmarktanteil von jeweils ca. 50 Prozent. Sinkende Rohstoffpreise beeinträchtigen somit beide Regionen, allerdings mit höchst unterschiedlicher Wirkung.

Während im Norden nur einzelne Produzentengruppen und -sektoren betroffen sind, die ohnehin durch Subventionen und protektionistische Maßnahmen direkte oder indirekte Ausgleichszahlungen erhalten (beispielsweise die Bauern, die Kohleindustrie etc.) treffen sinkende Rohstoffpreise den ökonomischen Nerv ganzer Staaten und Staatengruppen des Südens. Mindestens 79 Entwicklungsländer sind monostrukturelle (d.h. vom Export eines in der Regel agrarischen bzw. mineralischen Rohstoffes abhängig) Ökonomien oder weisen starke monostrukturelle Merkmale auf. 24 von ihnen zählen zu der Gruppe der LDC (Least Developed Countries). Damit sind die Ökonomien dieser Länder, ihre Entwicklungs- und Industrialisierungspolitik, Einkommens- und Sozialpolitik, Einnahmen- und Ausgabenpolitik, kurz, alle existentiellen Fragen des Staates und der Gesellschaft dieser Länder, von Gedeih und Verderb eines einzigen Rohstoffes, bestenfalls weniger Rohstoffe, abhängig. Sinken die Rohstoffpreise, so haben die jeweiligen Länder des Südens keine Chance, aus eigener Kraft nennenswerte Veränderungen herbeizuführen und ihre ökonomische Stagnation und die monostrukturellen Rahmenbedingungen zu überwinden. Der Teufelskreis der Monostruktur, der Armut und der Unterentwicklung scheint so für die große Zahl von Entwicklungsländern und einige hundert Millionen Menschen zu einem unveränderlichen Faktum, sozusagen zu deren Schicksal geworden zu sein.

Die Länder des Südens beklagen das Problem sinkender Rohstoffpreise und die Verschlechterung ihrer Terms of Trade seit Anfang der 50er Jahre. Alle ihre Versuche, diesen Prozeß beispielsweise durch internationale Rohstoffabkommen zu stoppen, haben nicht gefruchtet. Zwar kamen für einige Produkte, wie für Kaffee, Kakao und Zinn, zwischen den Produzentenländern des Südens und den Verbraucherländern des Nordens Rohstoffabkommen zustande, die zur Stabilisierung der Preise dienen sollten. Diese Abkommen sind jedoch gescheitert. Insgesamt ist die Lage der monostrukturellen Rohstoffanbieter des Südens hoffnungsloser denn je. Weshalb sinken aber die Rohstoffpreise im Unterschied zu steigenden Weltmarktpreisen für verarbeitete Industriewaren? Handelt es sich bei den Rohstoffpreisen um ,,ungerechte Preise'', um ,,normale'' Weltmarktpreise als Ergebnis des freien Spiels der Marktkräfte? Findet über die Rohstoffpreise ein unfreiwilliger Einkommenstransfer von Süd nach Nord statt, ist ein solcher Einkommenstransfer quantifizierbar und ist schließlich eine Veränderung der Preistrends für Rohstoffe innerhalb der kapitalistischen Weltökonomie überhaupt denkbar? Diese und andere Fragen sind Gegenstand der folgenden Ausführungen.

Freihandel und sinkende Rohstoffpreise

Die oben gestellten Fragen sind so alt wie das Problem der sinkenden Rohstoffpreise selbst. Darüber wurde international — angefangen mit einem Beitrag des argentinischen Wirtschaftswissenschaftlers Raul Prebisch (1959) — über mehrere Jahrzehnte eine lebhafte und kontroverse Debatte geführt, allerdings ohne befriedigende Resultate. Nach wie vor stehen sich zwei Positionen gegenüber: Zum einen wird in Anlehnung an Prebisch die Tatsache der Verschlechterung der Terms of Trade (TOT) der Länder des Südens für einen hinreichenden Beweis von ,,ungerechten Rohstoffpreisen'' und ,,ungerechten Welthandelsstrukturen'' gehalten und darauf beruhend ein Süd-Nord-Einkommenstransfer bzw. ungleicher Tausch konstatiert. Dieser Ansatz,

der hier einfachheitshalber als TOT-Ansatz bezeichnet wird, bildete den Ausgang aller dependenztheoretischen Interpretationen der Nord-Süd-Beziehungen. Zum anderen der neoklassische Ansatz, der sinkende Rohstoffpreise und die Verschlechterung der TOT für den Süden nicht bestreitet, diese jedoch hauptsächlich auf Besonderheiten der Warengattung Rohstoff zurückführt, daher auch die Kategorie ungerechte Preise ablehnt und Markteingriffe durch Rohstoffabkommen als untaugliches Instrument zurückweist, das die Marktpreise verfälscht.

Der Terms of Trade-Ansatz

Für zahlreiche Vertreter dieser Position — es handelt sich hierbei sowohl um Wissenschaftler und Regierungen aus dem Süden wie um entwicklungspolitisch engagierte Kritiker der ungerechten Handelsstrukturen im Norden — scheint die schlichte Tatsache der Verschlechterung der TOT bzw. der Austauschbeziehungen des Südens als Beweis von ungerechten Rohstoffpreisen zu genügen.

Zunächst einmal entsteht bei dem Terms of Trade-Ansatz das empirische Problem der Auswahl des Basisjahres für den Nachweis der Verschlechterung der Austauschbeziehungen. Sie erlaubt, je nach der Auswahl des Basisjahres einmal den Norden und einmal den Süden der Ausbeutung zu bezichtigen. Noch deutlicher wird das methodische Problem des Terms of Trade-Ansatzes, wenn die langfristigen TOT der Entwicklungsländer mit den TOT des gegenwärtig bedeutendsten Industrielandes der Welt, nämlich Japan, verglichen werden.

Der TOT-Ansatz argumentiert somit nicht mit wissenschaftlicher Beweisführung, sondern im Falle der Verschlechterung der TOT für die Entwicklungsländer des Südens — sicherlich unbewußt — mit der dabei entstehenden Assoziation, daß die Preise für Produkte des Südens ,,ungerecht'' sein müssen. So verzichtet der TOT-Ansatz auch auf die Analyse der komplexen Ursachen anhaltend sinkender Rohstoffpreise, auf eine ökonomisch objektivierbare Definition der ,,gerechten'' Preise und operiert statt dessen mit dem unpräzisen Begriff der ,,ungerechten'' Preise, bei dem die moralischen Assoziationen unverkennbar sind. Versuche, den Einkommenstransfer von Süd nach Nord durch das Theorem Ungleicher Tausch werttheoretisch zu begründen, führten bisher in die Sackgasse. Dies mag daran gelegen haben, daß die verschiedenen Varianten dieses Theorems sich auf die analytische Ebene des globalen Nord-Süd-bzw. Zentrum-Peripherie-Modells fixierten, die einzelnen Weltmarktsektoren bzw. Weltmarktprodukte nicht zum Gegenstand ihres Theoriemodells gemacht haben.

Die Grundlagen der herrschenden neoklassischen Preisbildung für Rohstoffe auf den Weltmärkten bilden a) die Gleichgewichtstheorie und b) die Annahme des vollkommenen Marktes. Dabei werden die anhaltend sinkenden Rohstoffpreise auf die Besonderheiten dieser Warengruppe selbst zurückgeführt. Im neoklassischen Standardwerk der Weltwirtschaftslehre im deutschsprachigen Raum (Gliesmann u.a, Weltwirtschaftslehre II) werden für die anhaltend sinkenden Rohstoffpreise und die Verschlechterung der Terms of Trade der Entwicklungsländer folgende drei Gründe genannt:

1. ,,Die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Nahrungsmitteln und Rohstoffen ist vergleichsweise gering, teils, weil bei diesen Gütern das Engelsche-Gesetz wirksam ist, und teils, weil Kunststoffe Rohstoffe ersetzen.
2. Relativ hoher technischer Fortschritt bei der Erschließung von Rohstoffen verbilligt diese relativ zu Industriewaren.
3. Technischer Fortschritt macht die Industriewaren qualitativ immer hochwertiger und tendenziell damit teurer. Bei Rohstoffen ist das kaum möglich: Kupfer bleibt Kupfer.

Der neoklassische Ansatz

Zu 1: Die vergleichsweise geringere Einkommenselastizität der Nachfrage bei Rohstoffen suggeriert eine stagnierende Nachfrage. Sie mag für jeden einzelnen Haushalt wegen des Sättigungseffektes auch tatsächlich zutreffen, sagt aber über die Entwicklung der absoluten Weltgesamtnachfrage nach Rohstoffen nichts aus, da diese gleichzeitig auch eine Variable des Weltbevölkerungswachstums ist: Tatsächlich ist die weltweite Gesamtnachfrage nach Rohstoffen und Agrarprodukten aus Entwicklungsländern, wie beispielsweise bei Kaffee, nicht gesunken, sondern ganz im Gegenteil kontinuierlich gestiegen. Das Elastizitätsargument auf der Nachfrageseite sagt ferner über die Preisentwicklung von Rohstoffen nichts aus, solange das Anbieterverhalten unberücksichtigt bleibt. Geringere Einkommenselastizität der Nachfrage bei Rohstoffen muß also nicht zwangsläufig zu sinkender Nachfrage und erst recht nicht zu sinkenden Rohstoffpreisen bzw. zur Verschlechterung der Terms of Trade für diese Warengruppen führen. Die unterschiedliche Elastizität der Nachfrage bei Rohstoffen bzw. verarbeiteten Produkten könnten nur dann unterschiedliche Wirkung auf die Preisentwicklung erzielen, wenn für beide Warengruppen vollkommene Weltmärkte und Freihandel im umfassenden Sinne nachgewiesen sind. Einen solchen Nachweis hat jedoch die Neoklassik bis heute nicht vorgelegt. Hierauf wird unten noch eingegangen.

Zu 2: Die Annahme höherer Produktivitätssteigerungen bei Rohstoffen als bei Industriewaren als Ursache der Preissenkung kann empirisch nicht untermauert werden. Die Produktivitätssteigerung bei tropischen Agrarprodukten aus Entwicklungsländern ist jedenfalls niedriger als jene bei Industrieprodukten der Industrieländer.

Zu 3: Preisvergleiche machen natürlich nur ceteris paribus, in diesem Fall bei gleichbleibenden Qualitätsmerkmalen, einen Sinn. Qualitätsveränderungen beschränken sich allerdings nicht nur auf Industriewaren.

iz3w
informationszentrum
dritte welt · freiburg

NEUERSCHEINUNG

Die Dritte Welt und Wir

Beiträge von fünfzig Autorinnen und Autoren zu aktuellen Themen des Nord-Süd-Konflikts. Das Buch vermittelt für alle, die sich in Wissenschaft und entwicklungspolitischer Arbeit mit den Problemen der Dritten Welt befassen, einen Überblick über den neuesten Stand der Diskussion.

Juni 1993
512 Seiten · DM 28,–
ISBN: 3-922263-11-9

iz3w
postfach 53 28 · 7800 freiburg
Für den Buchhandel: Prolit, Gießen

Rohprodukte wie Kaffee und Kakao können — abhängig vom Preis — zu gänzlich unterschiedlicher Qualität angeboten werden. Im übrigen beschränkt sich die Verschlechterung der Terms of Trade für Kaffee beispielsweise nicht nur auf den Austausch mit Traktoren. Heute müssen z.B. doppelt soviel Kaffeesäcke gegen dieselbe Menge Düngemittel aus Industrieländern ausgetauscht werden wie vor zehn Jahren. Dabei bleiben Düngemittel genauso Düngemittel, wie Kupfer Kupfer bleibt.

Die von der herrschenden Neoklassik vorgebrachten Argumente für die Verschlechterung der Terms of Trade für Rohstoffe bzw. für Entwicklungsländer überzeugen in keiner Weise. Sie sind empirisch nicht hinreichend untersucht und begründet und sie werden mehr oder weniger eklektisch und additiv aneinandergereiht. Jedenfalls verzichtet die Neoklassik darauf, sinkende Rohstoffpreise auf eine ganzheitliche Analyse der internationalen Rohstoffmärkte zu stützen. Anstelle einer konkreten Untersuchung der komplexen Realität der internationalen Rohstoffmärkte wird die Preisbildung aus dem idealtypischen Modell des vollkommenen Marktes abgeleitet. Das Modell schließt also prinzipiell unterbewertete bzw. ,,ungerechte" Rohstoffpreise aus. Das gleiche gilt auch für einen Einkommenstransfer aus dem Rohstoffe exportierenden Süden in den Rohstoffe verbrauchenden Norden. Die entscheidende Frage, die nun hier entsteht, ist jedoch, ob das Modell des vollkommenen Marktes die Realität der Rohstoffmärkte wiedergibt, oder ob es sich eher um eine theoretische Konstruktion jenseits der Realität handelt.

Der Dumpingpreis-Ansatz: Fallbeispiel Kaffee

Auf die von der Neoklassik nicht thematisierte Frage gibt es keine generelle Antwort. Die Preisbildung für erschöpfbare und erneuerbare Rohstoffe unterliegt unterschiedlichen Marktgesetzen. Deshalb sind diese zwei Hauptrohstoffgruppen jeweils gesondert zu analysieren. Hier bleibt die Analyse auf die Preisbildung bei erneuerbarer, vor allem agrarischen Produkten wie Kaffee, Kakao, tropische Früchte etc. beschränkt. Im folgenden steht die Untersuchung des Fallbeispiels Kaffee im Vordergrund.

Die theoretische Grundlage der im folgenden darzulegenden Überlegungen zur Preisbildung bei erneuerbaren Rohstoffen bildet die neoklassische Gleichgewichtstheorie. Im wesentlichen wird untersucht, ob der Kaffeeweltmarkt ein vollkommener Markt ist, ob notwendige Anpassungsprozesse tatsächlich stattfinden und schließlich, ob die Weltkaffeepreise die jeweiligen Gleichgewichtspreise widerspiegeln.

Die Analyse langfristiger Angebots- und Nachfrageentwicklung auf dem Kaffeeweltmarkt zeigt zunächst zweifelsfrei, daß Angebot und Nachfrage stets auseinanderklaffen.

In den letzten 30 Jahren stieg das Kaffeeangebot trotz der deutlich sinkenden Weltnachfrage. Der durchgehende Angebotsüberhang bzw. die latente Kaffeeüberproduktion werden noch ausgeprägter, wenn die weltweiten Lagerbestände mit berücksichtigt werden. Je höher die Überproduktion desto höher der Druck auf die Weltmarktkaffeepreise. Statt Mengenanpassung durch Angebotsreduzierung bei sinkenden Kaffeepreisen, wird das Angebot sogar erhöht. Damit ist nicht nur die zentrale neoklassische Gleichgewichtsannahme, für den Kaffeeweltmarkt erschüttert, sondern folgerichtig auch die Schlußfolgerung, daß es sich bei den Kaffeeweltmarktpreisen um Gleichgewichtspreise handelt.

Bei dem Kaffeeweltmarkt handelt es sich offensichtlich nicht um einen vollkommenen Markt. Angesichts anhaltender Kaffeeüberproduktion muß geschlußfolgert werden, daß die Kaffeeweltmarktpreise stets unerhalb der Gleichgewichtspreise und damit auch unterhalb der Kaffeewerte bewegt haben. Es kann davon ausgegangen werden, daß es sich bei den Kaffeepreisen um unterbewertete Weltmarktpreise, genau genommen um Dumpingpreise handelt. Mittel- und langfristig müssen Dumpingpreise jedoch unter marktwirtschaftlichen Bedingungen zum Ruin zahlreicher Anbieter führen und auf diese Weise den notwendigen Mengenanpassungsprozeß herbeiführen. Weshalb findet dieser Anpassungsprozeß jedoch nicht statt, welches sind die strukturellen Hindernisse, die dabei wirksam werden? Welches sind die Ursachen von anhaltender Kaffeeüberproduktion und wer sind schließlich die Leidtragenden der langfristig anhaltenden Einnahmensverluste durch Kaffee-Dumpingpreise?

Wenn ganz im Sinne der Neoklassiker unterstellt wird, daß Kaffeeanbieter des Südens sich prinzipiell wie nach dem Modell des vollkommenen Marktes marktkonform verhalten und dazu auch in der Lage sind, dann kann einzig das Kaffeeabkommen zur künstlichen Anhebung der Kaffeepreise geführt und die Kaffeeüberproduktion verursacht haben. Doch war diese Schlußfolgerung voreilig und sie wurde inzwischen auch durch die Realität widerlegt. Der freie Fall der Kaffeepreise nach Juni 1989 hat nämlich nicht dazu geführt, daß die Überproduktion abgebaut wurde und das Angebot sich der Nachfrage angepaßt hat. Ganz im Gegenteil hat sich das Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage sogar weiter verstärkt, obwohl eine sofortige Angebotsreduzierung beispielsweise dadurch möglich gewesen wäre, daß Kaffeesträucher nicht abgeerntet bzw. die Ernte nicht weiter verarbeitet worden wären. Der Autor dieses Beitrages ist im Unterschied zu den Neoklassikern der Auffassung, daß bedeutende Anbietergruppen auf dem Kaffeeweltmarkt angesichts struktureller Zwänge nicht in der Lage sind, sich anzupassen, sich also nicht nach den Marktgesetzen und den Regeln der Gleichgewichtstheorie verhalten. Zum einen handelt es sich bei diesen Anbietern um die Subsistenzbauern in Südamerika, Asien und vor allem in Afrika, und zum anderen sind es die monostrukturellen Erzeugerstaaten:

Subsistenzbauern der tropischen Regionen produzieren neben Nahrungsmitteln für den Eigenbedarf auch Kaffee (bzw. Kakao, Bananen etc.), um mit den erwirtschafteten Einnahmen Gesundheitsdienste in Anspruch nehmen zu können, Schulgeld für die Ausbildung der Kinder zahlen und auch andere Konsumgüter erwerben zu können. Bei sinkenden Kaffeepreisen und Geldeinnahmen werden sie die Kaffeeproduktion nicht reduzieren, sondern umgekehrt versuchen, den Output zu erhöhen, um ihre Geldeinnahmen zu stabilisieren. Dies geschieht durch Intensivierung der Arbeit und den Einsatz von Familienmitgliedern (Frauen, Kindern und alten Angehörigen) und mittels höherer Pflanzendichte, intensiverer Baumpflege, sorgfältigerer Ernte und — wenn möglich — auch durch Ausdehnung der Anbaufläche. Das Verhalten der mangels Alternativen aus eigener Kraft kaum flexiblen Subsistenzbauern richtet sich nicht nach kapitalistischen Rentabilitätskriterien, sondern nach den Kriterien der Existenz- und Überlebenssicherung. So hält diese Gruppe bei sinkenden Preisen den Teufelskreis der Überproduktion, weiteren Preissenkungen und Einnahmeverlusten in Gang, dem nicht nur sie, sondern auch alle übrigen Kaffeeanbieter nicht entrinnen können. Die Subsistenzbauern produzieren auch ohne Gewinn, ja sie produzieren im extremsten Fall sogar zu Preisen weiter, die unterhalb der Produktionskosten liegen.

Der Mythos Freihandel

Und genau dies ist die Kehrseite von dauerhaften Kaffeedumpingpreisen. Dumpingpreise bedeuten Substanzverzehr. Betriebe und ganze Produktionssektoren können in der Marktwirtschaft mit Dumpingpreisen nicht bestehen, sie verschwinden über kurz oder lang zwangsläufig vom Markt. In der nach Überlebenskriterien arbeitenden traditionellen Wirtschaft können offensichtlich die Produzenten trotz Dumpingpreisen weiterbestehen, allerdings auf Kosten des Substanzverzehrs der eigenen Arbeitskraft und um den Preis einer dauerhaften Unterentwicklung. Das dualisierte Nebeneinander von qualitativ unterschiedlichen Produktionsweisen — hier die Marktwirtschaft, dort die traditionelle Produktionsweise — scheint jenes bestehende Nord-Süd-Verhältnis angemessen zu beschreiben, bei dem der Norden stets der Gewinner und der Süden der Verlierer ist.

Im Kontext desselben Nord-Süd-Verhältnisses und mit ähnlichen Folgen ist die Rolle der monostrukturellen Kaffee-Erzeugerstaaten zu bewerten, da diese Staaten ähnlichen Zwängen unterworfen sind wie die Subsistenzbauern. Da die Finanzierung des Staatshaushaltes von Kaffeeexporteinnahmen abhängt, heizen die Erzeugerstaaten die Überproduktion durch staatliche Anreize an. Daß gerade nach dem Zusammenbruch des Kaffeeabkommens und dem freien Fall der Kaffeepreise im Juni 1989 die Produktion drastisch angestiegen ist, dürfte auf das verstärkte Zusammenwirken des gleichgeschalteten und durch Kriterien der Überlebensstrategie determinierten Verhaltens von monostrukturellen Subsistenzbauern und Erzeugerstaaten zurückzuführen sein. Um die zentralen Gedanken der obigen Analyse zusammenzufassen, besteht das fundamentale Problem der Kaffeeerzeuger des Südens in der strukturellen Überproduktion und den daraus folgenden Kaffeedumpingpreisen. Damit werden hier weder globale Markteingriffe durch Exportquotenregelung (Kaffeeabkommen) für den „Königsweg" zur Lösung des Problem gehalten, noch prinzipiell gegen den Freihandel argumentiert: Das Kaffeeabkommen in der bisherigen Form kann das fundamentale Problem der Überproduktion nicht lösen, sondern bestenfalls zeitlich verlagern. Vielmehr ist es selbst unter dem Druck der Überproduktion permanent bedroht zu scheitern. Andererseits resultiert die Kaffeeüberproduktion keineswegs aus dem Freihandel, sondern vielmehr daraus, daß ein wirklicher Freihandel auf einem ungleichgewichtigen Kaffeeweltmarkt nicht stattfindet, oder richtiger, praktisch unmöglich wird. Die oben vorgetragene Kritik der Neoklassiker richtet sich nicht gegen ihr Plädoyer für den Freihandel, sondern dagegen, daß sie in der Theorie dem Mythos Freihandel das Wort reden, in der Praxis aber mit einem Freihandelsbegriff operieren, der reduktionistisch nur die Freiheit von Preisnotierungen an den Kaffeebörsen des Nordens im Blick hat, der jedoch gänzlich unberücksichtigt läßt, daß Millionen von Kleinbauern des Südens nicht die Freiheit besitzen, sich aus eigener Kraft an die Marktbedingungen anzupassen. Die Dumpingpreismisere der rohstoffproduzierenden Länder des Südens und die protektionistische Handelspolitik des Nordens (beispielsweise die EG-Agrarpolitik) sind die verschiedenen Seiten eines und desselben Strukturproblems, nämlich des Fehlens von Freihandel und der Verhinderung von Strukturanpassungen, wobei der Süden zweimal zum Verlierer wird: einmal dadurch, daß er hoffnungslos in die Monostrukturblockade gedrängt und ein anderes Mal dadurch, daß er durch protektionistische Handelsdämme des Nordens zurückgeworfen wird.

Nicaragua, Kaffeeernte

Die Lösung des fundamentalen Problems der strukturellen Kaffeeüberproduktion besteht darin, diese abzubauen. Dies wäre teilweise durch einen einvernehmlichen Verzicht der Erzeugerstaaten auf künstliche Ertragssteigerungsmethoden (Einsatz von Kunstdüngern, Pestiziden, Insektiziden und Einsatz von Hybriden) im Rahmen eines neuen Kaffeeabkommens zu erreichen.

Entwicklungspolitische Konsequenzen

Auch Kredite, die de facto die Überproduktion subventionieren, sowie finanzpolitische Rahmenbedingungen, beispielsweise die IWF-Exportförderungskonditionen, die die Kaffeeüberproduktion zusätzlich anheizen, müßten prinzipiell wegfallen. Nach wie vor wird jedoch offensichtlich die gegenteilige („Entwicklungs"-)Politik verfolgt. Die Weltbank gewährte beispielsweise Kenia einen Kredit im Umfang von 160 Mio. DM zum Ausbau der Kaffeeproduktion, und die EG unterstützt seit 1981 den Ausbau der Kaffeeproduktion in Uganda. Auch die durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) verfolgte Politik der vermeintlichen „Strukturanpassung" zwingt die Kaffeeerzeugerstaaten anachronistischerweise zu Exportsteigerungen, d.h. also zur Verstärkung der Überproduktion, anstatt zur marktgerechten Anpassung des Rohstoffangebots an die Weltnachfrage. Die Entwicklungspolitik der Industrieländer und der internationalen Institutionen müßte, insbesondere für die monostrukturellen Erzeugerstaaten, die Kaffee bzw. vergleichbare Produkte produzieren, reformuliert werden. Sie muß eine konsequente Politik der Strukturanpassung durch Diversifizierung verfolgen. Eine solche Politik besteht — sehr allgemein formuliert — darin, durch umfassende und gezielte Maßnahmen die Diversifizierung und Umstellung all jener Erzeugergruppen und -staaten auf ökonomisch sinnvolle, ökologisch verträgliche Alternativen im Produktions- bzw. Dienstleistungsbereich zu fördern, die mittel- und langfristig aller Wahrscheinlichkeit nach den Wettbewerb ohne Substanzverzehr bzw. Subventionierung nicht bestehen werden. Derartige Unterstützungen für die Anpassung von strukturschwachen Branchen und Regionen in den Industrieländern des Nordens (Landwirtschaft, Stahlproduktion, Schiffbau...) sind gang und gäbe, obgleich den betroffenen Bauern und Unternehmern der Industrieländer durchaus zuzutrauen ist, die Strukturanpassung auch aus eigener Kraft zu vollbringen. Um so notwendiger und wirkungsvoller dürften entwicklungspolitische Maßnahmen zu dieser Art Strukturanpassung bei Produzentengruppen und Staaten des Südens sein, die dazu aus eigener Kraft definitiv nicht in der Lage sind. Eine solche Politik setzt allerdings voraus, daß umfassende und systematisch aufgearbeitete Informationen auf globaler, regionaler und lokaler Ebene über einzelne Weltmarktprodukte und Erzeugerstaaten vorliegen, was gegenwärtig keineswegs der Fall ist. ●

CLAUDIA VON BRAUNMÜHL

Von Braunschweig nach Belet Huen oder

Eine zeitgeistig erstaunlich passende Wortmeldung

Vor nun schon einem Jahr erschien Ulrich Menzel: Das Ende der Dritten Welt und das Scheitern der großen Theorie, Frankfurt 1992, eine Sammlung von für die Buchveröffentlichung überarbeiteten, zuvor 1991/92 zum Teil in wissenschaftlichen Publikationen, zum Teil in der Tagespresse publizierten Artikeln. In einem hinzugefügten Kapitel bezeichnet Menzel sein Anliegen als Debatte auslösende Provokation und stellt unter Verweis auf eine in der Tat stattliche Liste von Texten zufrieden fest, daß dies gelungen sei. Diskutiert wurde und wird vor allem Menzels These von der zivilisatorischen Notwendigkeit, in offenbar entwicklungs- und regierungsunfähigen Ländern des Südens, ggf. auch mit Mitteln der Gewalt, zu intervenieren und sie unter Nord-kontrollierte Treuhandschaft zu stellen. Daran und an von der Bundesregierung empfohlenen 'friedensstiftenden Interventionen' wird seitdem parteiübergreifend gearbeitet.

Schon 1990 empfahl die Bundeswehr sich in neu orientierter Akzeptanzwerbung als Verteidigerin gegen 'fremde Bedrohung'. In den verteidigungspolitischen Richtlinien von 1992 dann lautet der neue Auftrag der Bundeswehr: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung." Die Bundeswehr in Wüstensand und Regenwald? Das Bild muß denn doch erst eingeübt werden. Das geschieht derzeit von Kampuchea bis Somalia, friedensstiftend versteht sich, bzw. vorerst, da bedarf es noch einiger Drehungen am Grundgesetz, in humanitärem Einsatz in befriedeten Gebieten.

Nun ist Menzel nicht Regierungsberater, sondern Hochschullehrer. Es ist mithin erlaubt, von ihm eher Denk-Instrumente als Schlagworte zu erwarten oder zumindest solche Schlagworte, die sich als Verdichtung nachvollziehbarer, miteinander logisch verknüpfter Gedankengänge erweisen. Wie also, das ist die Frage, ist der bislang als progressiv verortete Wissenschaftler, den nach eigener Aussage weiterhin die Frage umtreibt, was heute „noch eine linke Position sein kann", wie ist er mit Herrn Rühe nach Belet Huen geraten? Und wer hat ihn dorthin gezogen?

Die von Menzel zur Auseinandersetzung mit seinen Thesen zitierte Literatur gibt hierzu wenig Auskunft. Tatsächlich hat die bisherige Diskussion sich teils entsetzt, teils von ihnen angezogen, sehr viel mehr mit den Schlagworten und entwicklungspolitischen Positionen als mit der Gedankenführung Menzels befaßt. Das lag ja auch erst mal nahe.

Der Text selber indes verdient nähere Befassung. Die sich zu tendenziösen Linien verfestigenden Einseitigkeiten in Themenstellung, Thematisierung und Wortwahl, das nicht minder tendenziöse, an Opportunismus grenzende, dröhnende Schweigen an zentralen Punkten — die Beziehung zwischen Umweltproblematik und Ressourcenverbrauch, zwischen der Erosion gesellschaftlicher Grundlagen von Entwicklung und Schuldenmanagement und Strukturanpassung, um nur zwei zu nennen — das springt ins Auge. Und ist über die Maßen beklemmend. Die Art und Weise, wie hier gleichsam eine neue Politik des großen Sprungs nach vorn vollzogen wird vom Schlag auf 'die Theorie' zur schlagkräftigen Strategie, das liegt denn doch allzu stromlinienförmig im herrschenden Trend der Zeit, als daß es nicht aufschlußreich wäre, die Infrastruktur der Argumentation zumindest an einigen Knotenpunkten auszuleuchten. Das soll anhand von für die Gedankenführung Menzels zentralen Behauptungen und von an die politischen Akteure gerichteten Empfehlungen geschehen.

Das Aus für Alternativen

Menzel eröffnet seine Überlegungen mit einem apodiktischen Plädoyer für Immanenz. „Einen dritten Weg zwischen einem erfolgreichen und einem gescheiterten System kann es nicht geben." Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist eine zentrale Determinante internationaler Politik hinfällig geworden. Die 'zweite Welt' ist zerfallen, die 'Dritte Welt' muß sich neu definieren. Der Definitionsraum ist von Sieg und Niederlage markiert. Der Stärkere ist der Bessere, zumindest der Erfolgreichere. Der Sieger setzt den neuen Rahmen: 'Wie im Westen, also auch auf Erden!' (Motto der Berliner Volksuniversität von 1992). Das mag dem Machtpolitiker hinreichend sein. Kann es aber dem Wissenschaftler genügen, dermaßen der Siegerpose zu erliegen und Denkverbote anzunehmen und sie auszusprechen?

Der Sieger indes steckt seinerseits in tiefer Krise. Die Immanenz produziert zunehmend sozio-ökonomische Ausgrenzungen im Norden und brutalsten Überlebensdruck und Überlebenskampf im Süden. Die Dimension Zukunft ist in vielfältiger Hinsicht zu einer bedrohlichen Leerstelle pervertiert. Bleiben wir hier aber bei der Argumentation Menzels, die uns vom Ende der Alternativen weiterführt zum ökonomischen Bedeutungsverlust der Länder des Südens im Gesamtkalkül des Nordens und der Hinwendung des Nordens zum Osten, um dabei einen Süden hinter sich zu lassen, der übler dran ist als vor seiner formalen Entkolonialisierung: in vielen Ländern im Durchschnitt weitaus ärmer als zuvor, mit verhee-

rend abnehmender Fähigkeit, das schiere Überleben, sei's aus eigener Kraft, sei's mit äußerer Hilfe, zu sichern. Daraus folgert Menzel: „... daß die Rezepte der siebziger Jahre, eigentlich eine Phase der entwicklungspolitischen Innovation, nichts gefruchtet, zumindest aber keine durchschlagenden Erfolge gezeigt haben. Somit tritt neben die reale Krise auch eine Krise der Entwicklungspolitik und der ihr zugrundeliegenden Theorien."

Das Scheitern der großen Theorie

Menzel eröffnet diesen Komplex mit einer Art Kampf zweier Linien. Da sind auf der einen Seite die Modernisierungstheoretiker, welche „die 'Rückständigkeit' der ehemaligen Kolonien im wesentlichen auf innergesellschaftliche Faktoren zurückführten". Im „kritischen, linksliberalen, radikalen oder neo-marxistischen Lager", summarisch als 'Dependenztheoretiker' bezeichnet, werde von außenwirtschaftlichen Faktoren als entscheidende Variable ausgegangen. Menzel konstatiert das Scheitern beider Theorien. Dabei kommt die Modernisierungstheorie mit zwei Sätzen weg: „Die Modernisierungstheorie ist gescheitert, weil sich herausgestellt hat, daß es nicht zu einem weltweiten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Wandel gekommen ist, der den Ländern der 'Dritten Welt' zu einem Profil verholfen hätte, das sich der Industrieländer annähert. Von wenigen Ausnahmen abgesehen war Wachstum, wenn es dazu gekommen ist, immer nur ausschnitthaft, partizipierte daran nur ein kleiner Teil der Bevölkerung, war sozialer Wandel stets partiell und führte eher zu einer Karikatur des westlichen Modernisierungsprozesses, kann von einer durchgängigen Tendenz zur Demokratisierung keine Rede sein."

Die ganze weitere Auseinandersetzung gilt dem 'dependenztheoretischen Dogma' und seiner Unhaltbarkeit. Die wird nun mit solcher Schärfe und dermaßen schwerem Geschütz geführt, daß unversehens der Eindruck entstehen kann (soll?), hier sei der Hauptverhinderer von Entwicklung dingfest gemacht worden. Eine bemerkenswerte Verkehrung findet statt. Daß die lapidar als gescheitert vermeldete Modernisierungstheorie, ungeachtet ihres bis in offiziöse Verlautbarungen hinein wirkenden Debakels, weiterhin unangefochten geschichtsmäßig ist, dieser ja nicht unerhebliche Tatbestand interessiert nicht und wird Menzel auch des weiteren nicht beschäftigen. Hingegen werden die oppositionellen Theorien (realsozialistische sind kaum Thema), die nie anderes als Macht über Ideen hatten und zu ihren besten Zeiten entwicklungsrelevante Vorgänge nur marginal mitbestimmten, als historischer Bösewicht vorgeführt.

Und wie sie das werden! Die Legitimationsbemühungen des Personals von Entwicklungsadministrationen, die Eigengesetzlichkeit akademischer Vermittlungsprozesse, die Öffentlichkeitsarbeit der Solidaritätsszene, hier avancieren sie zu Beelzebuben im Theorie-Giftmischerkomplott. In solchen Kreisen wird weder gesucht noch gelernt. „So wurden Themen, die eigentlich aus anderen gesellschaftlichen Bereichen stammen, in die entwicklungstheoretische Diskussion eingebracht, wie etwa die Feminismus-, Ökologie- oder gar die Fordismusdiskussion", einzig, weil „sich so vielleicht doch das Scheitern ihrer alten Paradigmen am elegantesten kaschieren" läßt. Die schon 1979, also lang vor Menzels Abmeldung „großer Theorie" geäußerte Einsicht in die Unmöglichkeit, den „peripheren Staat" zu analysieren, ist Menzel Beweis, „daß im Grunde von einer ausgearbeiteten marxistischen Staatstheorie keine Rede sein kann". Schließlich steigert sich die Polemik in einem heftigen Furioso gegen linke Theorie und Solidaritätsbewegung zur Enthüllung von „zwölf Tabus in der entwicklungspolitischen Diskussion", die zum Teil durchaus keine sind, und lokalisiert ausgerechnet bei diesem kleinen Häuflein „die Schuld der Theorie".

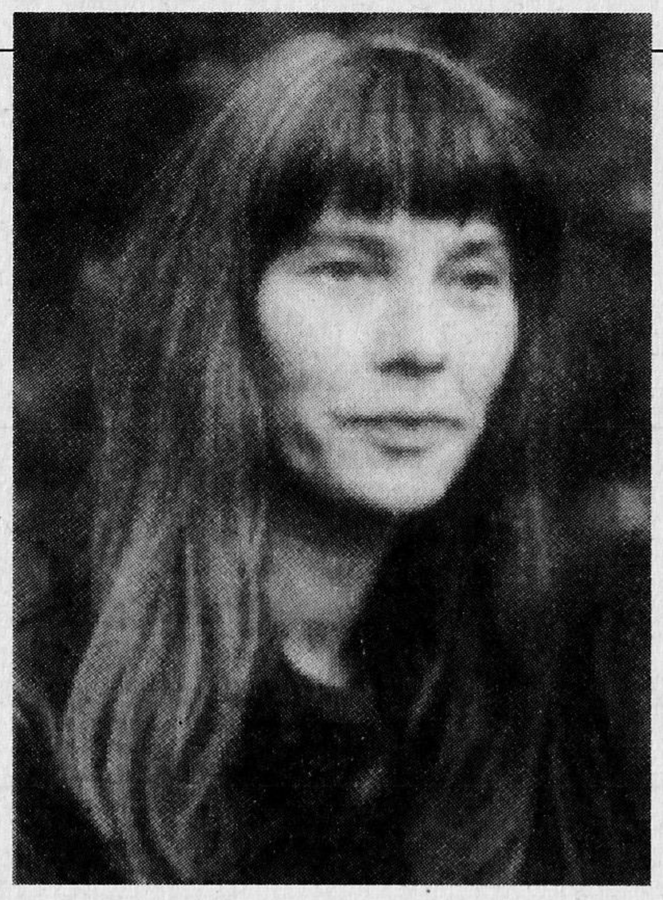
Derweil, wie gesagt, steht die Modernisierungstheorie elegant abseits. Sie ist sozusagen mit Praxis beschäftigt und das ist sie ja ohne Zweifel auch. Dann ist sie in ihrer neoklassischen Variante auf einmal wieder da. Ihre Renaissance ist zu beobachten, sie bietet sich als Alternative zur Krise der Importsubstitution an, sie setzt sich in handelspolitische Empfehlungen um. So diskret. Hier wird die Frage der legitimatorischen Verwertung, die Menzel bei linken Theorien so eingehend beschäftigt, gar nicht erst gestellt. Hier gibt es gewissermaßen nur theoretisches So-Sein, bestenfalls Gründe. Von modernisierungsgestützten Entwicklungsmodellen, von Verschuldung und internationalem Schuldenmanagement, von der die Länder des Südens auf verfallende internationale Rohstoffmärkte treibenden Exportorientierung der weiterhin verfolgten Strukturanpassungspolitik, von ihren seit nun über zehn Jahren belegten katastrophalen sozialen Folgen, von den gnadenlosen Diktaten der Bretton-Woods-Institutionen, von dieser Seite lernen wir die — rein theoretisch — eingeführte Neo-Klassik nicht kennen. Wie sagt Menzel an anderer Stelle so richtig? „Zu zeigen wäre also, daß die Ideengeschichte der Entwicklungstheorie nicht nur eine Ideengeschichte ist, sondern immer mit der Realgeschichte verknüpft war." Eben.

Juan Sánchez, Die blutende Realität: So sind wir (Teil eines Triptychons)

Entwicklungspolitik als Sozialpolitik

Es ist richtig, es fand in vier Entwicklungsdekaden eine Mensch und Natur bekömmliche Entwicklung nicht statt. In den achtziger Jahren setzte vielmehr massive Des-Entwicklung ein. Das produziert in der Tat Ratlosigkeit. Aber es handelt sich um die Ratlosigkeit des zäh festgehaltenen status quo. Von Scheitern muß die Rede sein, aber doch von sehr unterschiedlichem. Da ist das historische Unvermögen des geschichtsmächtigen Entwicklungsmodells und der ihm verpflichteten Strategien, weltweit Entwicklung, die diesen Namen verdient, herzustellen. Und da ist das Unvermögen oppositioneller Kräfte, mit ihren sozialen Bewegungen und ihren Theorien weichenstellend einzugreifen. Beides ist Scheitern, das eine so bitter wie das andere, aber das eine so verantwortlich wie das andere?

Menzels Blick nach vorn ist von Ratlosigkeit und Scheitern nichts mehr anzumerken.



Es wird Zeit, daß sie rauskommen!

Irmgard Möller wurde im Juli 1972 verhaftet. Im März 1976 wurde sie wegen Mitgliedschaft in der RAF zu 4 1/2 Jahren Haft verurteilt. Kurz vor ihrem Entlassungstermin erging ein neuer Haftbefehl gegen sie, der sich auf Aussagen von Gerhard Müller stützte. Müller war nach jahrelanger Isolationshaft zusammengebrochen und hatte sich als „Kronzeuge" zur Verfügung gestellt. Irmgard Möller wurde in einem neuen Prozeß zu lebenslänglich und 15 Jahren Haft verurteilt. Ihr wurde vorgeworfen, an den Anschlägen der RAF auf US-Militäreinrichtungen beteiligt gewesen zu sein. Anfang 1977 wurde sie in das Gefängnis Stuttgart-Stammheim verlegt.

Am 5. September 1977 entführte die RAF den Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer, um die Freilassung von 13 Gefangenen zu erreichen. Gegen die RAF-Gefangenen wurde sofort Kontaktsperre verhängt; sie waren von der Außenwelt abgeschnitten und konnten auch untereinander nicht mehr kommunizieren. Mitte Oktober entführte ein palästinensisches Kommando eine Lufthansa-Maschine nach Mogadischu, um die Forderungen der RAF zu unterstützen. In der Nacht zum 18. Oktober wurde die Maschine gestürmt. In derselben Nacht starben Andreas Baader, Jan Carl Raspe und Gudrun Ensslin in ihren Zellen, Irmgard Möller hatte mehrere tiefe Messerstiche in der Brust und überlebte schwerverletzt. In den Medien wurde die offizielle Version verbreitet, die Gefangenen hätten kollektiven Selbstmord begangen. Obwohl Irmgard Möller dies bestreitet und auch zahlreiche Indizien gegen die Selbstmordthese sprechen, werden bis heute alle, die von staatlicher Tötung oder Mord sprechen, strafrechtlich verfolgt.

Seit Juli 1980 ist Irmgard Möller in Lübeck inhaftiert. Mitte 1987, nach 15 Jahren Haft, überprüfte ein Gericht, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, ob sie entlassen werden könnte. Die Entscheidung war negativ. Ende 1992 beantragte sie erneut ihre Haftentlassung. Darüber wurde bisher nicht entschieden. Sie ist jetzt 46 Jahre alt, seit über 21 Jahren ist sie in Haft, länger als jede andere Frau in einem deutschen Gefängnis.

Sie muß sofort und bedingungslos freigelassen werden!

Hier herrscht erneut — siegestrunkene — Immanenz. Am Schaltjahr 1989 ist zu lernen, daß „am Kapitalismus derzeit kein Weg vorbeiführt". Das ist nicht tragisch zu nehmen, da ohnehin „die ganz dramatischen Probleme eher in Ländern anzutreffen sind, die am wenigsten Kapitalismus aufweisen" und insofern aus der „Frühphase kapitalistischer Entwicklung in Europa" zu lernen ist, „daß zumindest in einer Reihe von Ländern Industrialisierung durchaus mit Umverteilung und Demokratisierung einhergehen konnte". More of the same!

Das gilt auch für die zukünftige Politik in Richtung Osten. Da „ist das ganze Instrumentarium der Entwicklungspolitik gefordert, um die dortigen Probleme zu lösen". Da reibt man sich denn doch die Augen. Menzel, der sich Differenzierung, neue Theorien, Lernen aus Scheitern auf die wissenschaftlichen Fahnen geschrieben hat, bietet nichts anderes, als die gegenwärtige Politik und der überwiegende Teil der sie begleitenden Diskussionen praktiziert. Auf der einen Seite Schwanengesang auf bisherige Entwicklungsstrategien, auf der anderen unangefochtenes Weiterführen eben dieser Politik in Richtung Osten. Sämtliche entwicklungspolitischen Organisationen führen uns diese Abspaltung derzeit vor. Jahrelange Karrieren in Entwicklungsadministrationen entledigen sich schweigend ihrer mit zig Millionen ausgestatteten Entwicklungsruinen und empfehlen sich ob ihrer langjährigen Erfahrung im Süden für die 'Aufbauarbeit' im Osten.

Was die unterhalb berechtigter Industrialisierungshoffnungen verelendeten Länder insbesondere Afrikas betrifft, so wurden Menzels Empfehlungen weitläufig diskutiert. „Entwicklungsstrategische Überlegungen" und emanzipatorische Ansprüche sind hintanzustellen, humanistisch begründete, solidarische Basishilfe muß her. Dazu muß einerseits Schluß sein mit der „Drosselung der Überschußproduktion" im Norden, denn die wird im Süden dringend gebraucht. Dazu muß andererseits militärisches Intervenieren in Krisenregionen mitgedacht und organisatorisch mittels einer „sachlich ausreichend ausgestatteten internationalen Feuerwehr" „analog den Blauhelmaktionen der Vereinten Nationen" vorbereitet werden. Der „Wiederaufbau einer sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur" muß „Maßnahmen einer strikten Kontrolle des Bevölkerungswachstums" einschließen. „Ggf. kann die Hilfe auch an bevölkerungspolitische Auflagen geknüpft werden". Hier hat der Stammtisch dann endgültig zugeschlagen.

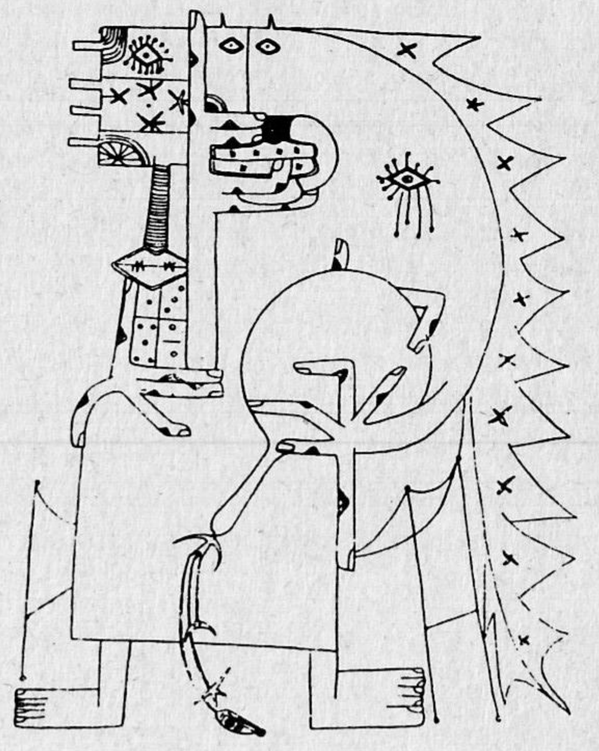
Die vielen Aspekte, auch die längst erprobten praktischen Sackgassen, werden derzeit in unterschiedlichen thematischen Bündelungen diskutiert. Ist mit Blauhelmen Frieden zu stiften und ist das überhaupt die Absicht? Welchen angestrengten Wegguckens bedarf es, um in der UNO der neunziger Jahre die demokratisch legitimierte und kontrollierte internationale Instanz zu sehen, der wir unsere Sorgen um Menschenrechte und Frieden vertrauensvoll in die mit Waffen reich bestückten Hände legen könnten? Was haben bevölkerungspolitische Auflagen mit Humanismus zu tun und hat es im übrigen je geklappt, Geburtenminderung nicht über sexuelles Selbstbestimmungsrecht, sondern über Auflagen regeln zu wollen? Viele weite Felder, die hier nicht alle beschritten werden können.

Es soll indes noch einmal auf die seit Erscheinen der Texte auf die mit Menzels Namen verbundene Treuhandschaftsthese zurückgekommen werden. Auch sie wird mit einer irreführenden Verknüpfung eingeführt, nämlich unter dem Stichwort „globale Sozialpolitik". Nun gab es diesen Begriff schon in den sechziger und vor allem den siebziger Jahren und er meinte damals eben jene — auch — internationale Umverteilung, die Menzel so gründlich abgemeldet hat. Der topos spielt auch seit längerem eine Rolle im Kontext kirchlicher Entwicklungszusammenarbeit. Beide Male versteht er sich als Teil einer sozial sensiblen und verantwortlichen Politik, die Weltmarkt als Weltinnenpolitik denkt, sich struktureller Disparitäten bewußt ist und einen Beitrag zu ihrem Ausgleich leisten möchte. Dabei ist emanzipatorisches Bewußtwerden, Aufbruch aus eigener Kraft, wenn auch mit äußerer Hilfe, und selbstbestimmte Entwicklungsorientierung mitangestrebt worden.

Bei Menzel kommt das, was Sozialhilfe genannt wird, einer entmündigenden Armenspeisung gleich. Wer sich nicht à la Europa kapitalistisch entwickeln kann, der hat sein Selbstbestimmungsrecht verwirkt. Dem wird von Mittelverausgabung bis Kinderzahl alles vorgeschrieben; der wird unter *Treuhandschaft* gestellt. Ist der wilhelminische Tonfall, der in diesem Kapitel herrscht, wirklich Zufall? Der der hochrangigen Zivilisten, die sich in den Augusttagen 1993 in Belet Huen medienwirksam nach dem Befinden der Truppe erkundigen, ist es jedenfalls nicht.

Dabei ist am Gedanken von Entwicklungspolitik als — wenigstens — Sozialpolitik unbedingt festzuhalten. Es kann aber nicht angehen, sie mit Abdankung der sozialen Subjekte zu verbinden. Es muß im Gegenteil alle Sorgfalt auf Formen der Umverteilung verwendet werden, die Würde, Gestaltungs- und Entscheidungsräume aufrechterhalten und fördern. Zugleich muß eine massive Ortsverlagerung von Entwicklungspolitik stattfinden. Nicht *Treuhandschaft* im Süden, sondern *Anwaltschaft* im Norden ist gefragt, und das insbesondere da, wo es auf die Entwicklungsrelevanz nördlicher Lebensmuster hinzuweisen und verändernd einzugreifen gilt. ●

Claudia von Braunmühl ist Gutachterin und Beraterin im Bereich Entwicklungspolitik.



FRIEDER DITTMAR

Dem Tiger auf der Spur

Der ökonomische Erfolg Südostasiens

Seit geraumer Zeit geistern die sogenannten ostasiatischen Tiger samt ihren spektakulärem Wachstumsraten nicht nur durch entwicklungstheoretische Diskussionen. Sie werden als Kronzeugen gegen die Dependenz- und Weltsystemtheorie angeführt und sollen den leibhaftigen Beweis darstellen, daß ökonomische Entwicklung machbar sei, wenn die entsprechende Nation sich nur richtig anstrengt und die richtige 'neoliberale' Wirtschaftspolitik verfolge. Gleichzeitig sollen sich die ArbeiterInnen der Zentren ein Beispiel an deren Fleiß und Anspruchslosigkeit nehmen. Vergessen wird dabei leicht, daß es bei weitem nicht nur die Tigerstaaten waren, die einmal als 'newly industrializing countries' galten, vielmehr, daß doch einige der hoffnungsvollsten Staaten der 70er (Brasilien und Mexiko) in ihrer Industrialisierung scheiterten. Die Frage lautet nun, warum die einen scheiterten und die anderen nicht.

Der sanfte Verweis auf die eigene Schuld der unterentwickelten Länder ist seit jeher das schlagende Argument zur Verteidigung der privilegierten Position der Zentren. Im Kapitalismus soll jeder seines Glückes Schmied sein. Die Ursachen für Hunger, Elend und Armut seien in den Ländern des Trikont selbst zu suchen: bei korrupten und eigennützigen Herrschaftscliquen, die, anstatt zu investieren, ganz antikapitalistisch den Reichtum verpraßten, pharaonische Mammutprojekte in den Sand setzten und ihre despotische Herrschaft mittels Großeinkäufen auf dem internationalen Waffenmarkt legitimierten. Zu einer ökonomisch-rationalen Entwicklungsstrategie, zu einer konkurrenzfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik seien die Möchtegern-Eliten schlichtweg zu unfähig — behauptet zum Beispiel Ulrich Menzel, der sich als linker Tabubrecher in der Entwicklungspolitik versteht. Als leuchtendes Gegenbeispiel, daß Entwicklung unter verantwortungsvollen Herrschern machbar sei, dienen die „Newly Industrializing Countries" in Südostasien, also Südkorea und Taiwan, die beiden Stadtstaaten und Handels- und Finanzzentren Singapur und Hongkong sowie — gerade auf dem Sprung — Thailand, Malaysia oder auch die Küstenregionen der VR China. Nach den üblichen ökonomischen und soziostrukturellen Daten haben es die beiden Tigerländer Südkorea und Taiwan tatsächlich geschafft, im Weltwirtschaftssystem eine bedeutendere Rolle zu spielen, sich zu industrialisieren und Kapitalströme auf sich zu lenken. Innerhalb eines affirmativen Bezugs auf die herrschende Gesellschaftsformation entwickeln sie sich erfolgreich.

Die Erkenntnis, daß es innerhalb des kapitalistischen Systems Verschiebungen unter den konkreten Nationen geben kann und permanent gibt, klingt fast banal. Nicht nur der Erfolg der Tiger, auch der tendenzielle Fall der USA mit dem gleichzeitigen Aufstieg Japans zur technologisch führenden Nation, oder der Bedeutungsverlust Brasiliens sind dafür ein Beispiel. An der Tatsache, daß für den real existierenden Kapitalismus gerade Ungleichheit und Ungleichzeitigkeit konstitutiv sind, und daran, daß Unterentwicklung produziert wird, die andernorts Akkumulation erst ermöglicht, ändert der Aufstieg der NICs rein gar nichts.

Die Bedingungen des Erfolgs der Tigerländer sind wechselseitig miteinander verknüpft und voneinander abhängig. Die weitsichtige Politik der herrschenden Cliquen in den Mittelpunkt zu stellen, hieße, Politik voluntaristisch mißzuverstehen, ohne die Bedingungen zu fassen, die eine bestimmte Politik erst möglich machen. Südkorea und Taiwan gehörten zum Kerngebiet des japanischen Kolonialreiches, dessen Kolonialstrategie im Gegensatz zu den europäischen Reichen auf die systematische Verwertung der Kolonien durch den Staat zielte. Statt destruktiver Ausbeutung wurde die Reproduktion der Verwertungsbedingungen durch eine langfristig angelegte Ausbeutung gesichert. Nach 1945 war Südostasien neben Europa der Hauptschauplatz des Ost-West-Konflikts. Die Tiger waren Frontstaaten, deren politische Stabilität im strategischen Interesse der USA lag. Frühzeitig konnte so eine rasche und konsequente Agrarreform durchgesetzt werden. Seit Mitte der sechziger Jahre war es die Hauptaufgabe Japans, für den wirtschaftlichen Erfolg der Frontstaaten zu sorgen. Als profitable Standorte für Produktionsauslagerungen überflügelten die Tiger quasi im Schlepptau Japans als Zentrum der ostasiatischen Wirtschaftsregion ihre weltweiten Konkurrenten. Der Abstand zum dominierenden Zentrum Japan blieb allerdings gleich. Ebenso ging — mit umgekehrten Vorzeichen — der Mißerfolg der ehemaligen südamerikanischen Schwellenländer mit dem langsamen Niedergang der USA einher.

Ganz im Sinne kapitalistischer Rationalität müssen Nationen ihre komparativen Vorteile nutzen, um wettbewerbsfähig zu sein. Der wichtigste Vorteil der Tigerländer ist die billige, aber vergleichsweise qualifizierte Arbeitskraft. Billige Arbeitskräfte hat fast jedes Entwicklungsland zu bieten. Die relativ hohe Qualifikation bewährt sich besonders in arbeitskraft- und fertigkeitsintensiven Produktionen, wo die erhöhte Ausbeutung der Arbeitskraft nicht durch eine Erhöhung des konstanten Kapitals, also Rationalisierung, ausgeglichen werden kann, oder sich einfach nicht rechnet.

Die Löhne sind in den Tigerländern erwartungsgemäß extrem niedrig (nicht zuletzt aufgrund der staatlich verordneten Unterbe-

wertung der Grundnahrungsmittel), die Arbeitszeit übertrifft die Japans um Weiten. Zur Unterstützung der Arbeitswilligkeit — Streiks, Arbeitskämpfe und nicht-staatliche Gewerkschaften sind schlichtweg verboten — wendet Südkorea fast 40 % seines Staatshaushaltes für innere und äußere Sicherheit auf. Investitionen in den staatlichen Repressionsapparat können also durchaus ökonomisch sinnvolle Ausgaben darstellen.

Die meisten Tigerländer werden von einer relativ unabhängigen Herrschaftsclique gelenkt. Ganz im Gegensatz zu Vorstellungen neoliberaler Marktfans wird und wurde dort Wirtschaft geplant. Ökonomie und Gesellschaft, auch das Bevölkerungswachstum, werden in Südkorea über 5-Jahres-Pläne organisiert und vom politisch-administrativen Apparat direkt kontrolliert. Die nationale Ökonomie wird von wenigen Unternehmenskonglumeraten dominiert. Staatliches Engagement beschränkt sich nicht nur in politischer Hinsicht auf die Sicherung der Verwertungsbedingungen. Der Staat Südkorea betätigt sich in den risikohaften und kapitalintensiven Bereichen wie der Schwerindustrie und der Energiewirtschaft selbst. Diese spezifische Arbeitsteilung zwischen Staat und Privatwirtschaft garantierte den systematischen Aufbau eines relativ gleichgewichtigen Wachstums in allen Branchen. Die Interessen des politisch-administrativen Apparats und der Unternehmen, sowie die des ausländischen, insbesondere japanischen Kapitals sind identisch, Markt und Plan erweisen sich als durchaus kompatibel.

Kernstück der Planwirtschaft ist eine Politik der selektiven Dissoziation, also eine gezielte Mischung aus Importsubstitution und Exportdiversifizierung. Der Binnenmarkt wird über protektionistische Maßnahmen geschützt, der Export durch die dauerhafte Bereitstellung billiger Arbeitskraft, durch Einfuhrerleichterungen exportnotwendiger Vorprodukte und Rohstoffe und ähnlichem gefördert. Dadurch konnte sich die Volkswirtschaft selbst geschützt entwickeln, gleichzeitig bot das jeweilige Land internationale Investitionsmöglichkeiten und konnte so das zur Industrialisierung notwendige Kapital an sich ziehen. Die starke und doch nicht ausschließliche Exportorientierung und Abhängigkeit ermöglichten es Südkorea, im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Ländern, seine ebenfalls sehr hohe Verschuldung zu tilgen. Eine Bevormundung und damit ausschließliche Exportorientierung durch den IWF konnte so umgangen werden.

Wenn der Boom in den Tigerländern unter anderem auf Produktionsauslagerungen aus den Zentren mit zurückgeführt werden muß, stellt sich die Frage nach den Voraussetzungen, die diese Verschiebungen im großen Maßstab erst möglich machten. Das fordistische Akkumulationsmodell in den Zentren hat seine Grenzen erreicht. Erst mit der Krise der Profitraten in den Zentren seit Anfang der Siebziger war es für die Tiger, wie auch für andere „anindustrialisierte" Länder in der Peripherie möglich, an das nötige Kapital zu kommen. Petro- und Xeno-Dollars, eigentlich nur Ausdruck der als wenig profitabel erachteten mangelnden Investitionsmöglichkeiten in den Zentren, blähten den internationalen (nun privaten) Kapital- und Geldmarkt enorm auf, der sich seit dem faktischen Zusammenbruch der Bretton-Wood-Vereinbarungen von der Produktion und aus seinem nationalen Korsett gelöst hatte. Newly Industrializing Countries erschienen als die profitabelste Anlagemöglichkeit. Erst über die Ausdehnung, Verdichtung und Beschleunigung der Kommunikations- und Transportmöglichkeiten, über die Liberalisierung der Geld-, Waren- und Kapitalmärkte, über die Beschleunigung der Kapitalverhältnisse als Folge der Krise sind die neuen Formen der internationalen Arbeitsteilung richtig zu verstehen. Entwicklung beschränkt sich in Taiwan und Südkorea nicht auf freie Produktionszonen, eher bilden die Nationen als Ganze besonders lukrative Produktionsbedingungen.

Das Modell Tiger ist ein exclusives Modell. Ein Handels- und Leistungsbilanzüberschuß, auf dem letztendlich der Erfolg der Tiger beruht, also die gelungene Zentrierung der Kapitalströme auf die eigene Ökonomie, ist rein logisch nicht verallgemeinerbar. Der Erfolg der Tiger basiert gerade auf der Erfolglosigkeit der anderen Entwicklungsländer.

Hohe Exportraten machen die Volkswirtschaften extrem von der internationalen Nachfrage aus den Zentren abhängig. Jede Nachfrageflaute aus den Zentren kratzt an der Legitimationsgrundlage der diktatorischen Regime und damit an den günstigen Investitionsbedingungen. Nicht zuletzt ist direkter militärischer Druck gegen den peripheren Protektionismus aus den Zentren denkbar, auch wenn er in den Zeiten der Ost-West-Konfrontation gegen Frontstaaten nicht opportun war.

Der relative Aufstieg der Tiger verweist auf prinzipielle strategische Spielräume nationaler Politik, auch wenn mit der zunehmenden Ökonomisierung der Weltmarktbeziehungen eigenständige nationale Politik massiv eingeschränkt wird, da die internationale Konkurrenz der nationalen „Standorte" um das immer flexibler agierende internationale Kapital wächst. Gerade die Tiger liefern das zukunftsweisende Vorbild für eine gewandelte Zentrumspolitik: Verringerung der Kosten für die Reproduktion der Arbeitskraft, sekundärer Arbeitsmarkt, laxerer Umgang mit Umwelt-, Arbeitszeit- und Arbeitsschutzauflagen oder auch verstärkte Bestrebungen zum Schutz des Binnenmarktes, wie es bei den Agrarprodukten schon lange üblich ist.

Blanke Gewalt alleine wäre eine brüchige Basis für ökonomischen Erfolg. Die Integrationsweise der ostasiatischen Staaten unterscheidet sich erheblich vom westeuropäischen Modell. Gewerkschaften, sogenannte „Sozialpartnerschaften", durch die zumindest Interessensantagonismen — als Verteilungskonflikte verschleiert — zugestanden werden und diese ideologisch zu vermitteln sucht, oder die demokratische Ideologie der Mitbestimmung, spielen im dortigen politischen Integrationsmodell fast überhaupt keine Rolle. Wichtiger ist die libidinöse Beziehung zur Firma, gepaart mit direkter Repression. Grundlegend ist selbstverständlich der ökonomische Erfolg.

Mit der zunehmenden Ökonomisierung der Weltbeziehungen treten auch die Regulationsweisen in Konkurrenz. Gemeinhin wird zugestanden, daß ein autoritärer und diktatorischer Staat als Garant extremer Ausbeutung für das Projekt der nachzuholenden Entwicklung recht nützlich, wenn nicht sogar Voraussetzung ist.

Es ist der unreflektierte und naive Fortschrittsglaube Ulrich Menzels, der einen Automatismus zwischen Industrialisierung und Entwicklung und Demokratisierung unterstellt. Er blendet aus, daß die westeuropäischen Demokratieversuche eng mit einer spezifischen Regulationsweise verbunden sind. Was sich aus eurozentristischer Sicht in Südostasien und Japan als ein Defizit an Demokratie und staatlicher Fürsorge darstellt, ist derzeit das weltweit ökonomisch erfolgreichste Regulationsmodell. Die heutige Erosion als basal erachteter Errungenschaften des bundesrepublikanischen Sozial- und Rechtsstaates sind schon Reaktion auf den Erfolg Japans und der Tiger. ●

Wenn Sie mehr über Gentechnologie und ihre Gefahren für Mensch und Umwelt wissen wollen, schicken Sie uns diese Anzeige (Absender nicht vergessen).

Die Verbraucher Initiative

Breite Str. 51, 5300 Bonn 1

ULRICH BRAND / JENS WINTER

„Wir alle haben das Recht, uns zu täuschen“

Interview mit Wilfredo Santana von der FSLN

Wilfredo Santana war in der Zeit der FSLN-Regierung acht Jahre sandinistischer Bürgermeister in Rivas, einer Stadt von 100 000 Einwohnern im Süden Nicaraguas. Heute ist er noch einer von zwei sandinistischen Stadträten Rivas und Vorsitzender der Asociación No-Gobernamental (ANG). Santana hielt sich in diesem Spätsommer als Abgesandter des ANG in zahlreichen europäischen Städten auf, um Kontakte zu erhalten und die solidarische Hilfe zu koordinieren.

Geiselnahmen, insbesondere von PolitikerInnen, sind immer ein erfreuliches Ereignis für die Gazetten, die sich internationalen Begebenheiten widmen. Doch verblassen in der Regel hinter dieser Freude am Ereignis die politischen und ökonomischen Hintergründe. Angesichts der politischen und ökonomischen Probleme formierten sich Sandinisten und ehemalige Contras regional zu bewaffneten Einheiten, den „Recompas“ (abgeleitet von Companero, Genosse) und den „Recontras“. Die Regierung sandte schließlich im Juli diesen Jahres eine Delegation von 32 ParlamentarierInnen zu Verhandlungen mit den Recontras. Diese wurden kurzerhand mit der Forderung nach Land und der Absetzung Ortegas als Geiseln genommen. Im Gegenzug stürmten „Recompas“ eine Sitzung von PolitikerInnen, die mit den „Recontras“ zusammenarbeiteten und nahmen diese ebenfalls als Geiseln. Unter ihnen war auch der Vizepräsident Godory und der Parlamentspräsident Cesar. Die Forderungen der Sandinisten bezogen sich in erster Linie auf die Freilassung der ParlamentarierInnen.

Wie ist das Verhältnis zwischen den alten Feinden in Nicaragua in Anbetracht der Geiselnahmen einzuschätzen?

Santana: Das tatsächliche Phänomen der Bewaffneten ist zunächst einmal auf die Nichterfüllung diverser Versprechungen der Regierung Chamorro zurückzuführen. Insbesondere ihr Versprechen für Landbesitz wäre zentral für die gesellschaftliche Wiedereingliederung der ehemaligen Kämpfer gewesen. Dieses konnte aber zu keiner Zeit eingelöst werden. Auf der anderen Seite hört die USA natürlich nicht auf, sich in die internen Angelegenheiten unseres Landes einzumischen, und zusammen mit der Kirche und den rechten Ultras versuchen sie, diese Gruppen der Gesellschaft wieder zum bewaffneten Kampf zu ermutigen. Demnach herrscht in Teilen des Nordens Nicaraguas nach wie vor Kriegszustand.

Und wie ist aus dieser Perspektive die lokale Vereinigung von Recontras und Recompas, den sog. Revueltos (etwa: Vermischte), zu verstehen.

Santana: Dies ist natürlich ein interessantes Phänomen. An einigen Orten ist beiden, sowohl den Recontras als auch den Recompas, bewußt geworden, daß ihre Probleme der Produktion und der Reproduktion sich heute nicht mehr voneinander unterscheiden. Ohne die Möglichkeit, das von der Regierung versprochene und in Ausnahmefällen auch erhaltene Land finanzieren zu können, haben beide keine Existenzmöglichkeit mehr. Deswegen müssen sie sich vereinigen, um für ihr Feld zu kämpfen. An einigen Orten funktioniert diese Vereinigung, denn auch Teile der alten Contras haben bemerkt, daß sie ein Instrument der USA waren, und daß sie für Interessen gekämpft haben, die nicht ihre eigenen waren.

Andererseits wird im Umkreis der FSLN auch mit der Regierung zusammengearbeitet. In welchen Fragen gibt es da Einverständnis und in welchen gibt es unüberbrückbare Differenzen?

Santana: Um die konkrete und aktuelle Politik der FSLN zu verstehen, müssen wir beachten, in welchem historischen Kontext wir uns bewegen. Seit der Niederlage am 25. Februar 1990 sind wir Opposition, doch wir wollen eine konstruktive und verantwortungsbewußte Opposition sein. Und das bedeutet zunächst, daß wir dem Volk die Möglichkeit zu einem wirklichen Frieden geben. Das einzige, was wir an Regierungspolitik unterstützten, ist die Versöhnung und die Suche nach Frieden, die sie ja tatsächlich gefördert hat. Diese zwei Punkte sind nicht nur Problemstellungen für die Regierung, sondern für alle Menschen in Nicaragua. Unter diesem Gesichtspunkt wird uns zum Vorwurf gemacht, wir würden mitregieren und die Regierung unterstützen. Das ist aber nur eine Seite. Ganz anders als in der Friedensfrage sieht es in anderen Bereichen aus. Die Wirtschaftspolitik macht heute allein die Regierung. Sie ernennt die Minister. Und wir, wo sind wir? Wir sind wieder einmal auf der Straße und protestieren. Jeden Tag gibt es Streiks, weil wir zu keiner Zeit mit der neoliberalen Politik dieser Regierung einverstanden sein können.

Aber die Sandinisten sind nicht nur in der Opposition. Der Chef der Armee, Humberto Ortega, ist doch ein hervorragendes Bei-

spiel für einen vieldiskutierten Konflikt innerhalb der FSLN. Es gibt einige Stimmen an der Basis der FSLN, die speziell seine Arbeit kritisieren. Andererseits will auch die Regierung ihn loswerden. Wie sind diese Zusammenhänge zu verstehen?

Santana: Wer in erster Linie den Kopf von Ortega will, das sind die USA. Sie hätten einen Kredit von 500 000 US-Dollar gebilligt, wenn Ortegas Kopf gerollt wäre. Ich selbst habe noch keinen Sandinisten gehört, der von Ortega den Rücktritt fordert.

Dennoch gibt es Differenzen innerhalb der FSLN. Welche bedeutenden Fraktionen existieren heute innerhalb der sandinistischen Bewegung und wie ist das Verhältnis zwischen der Führung und der Basis?

Santana: Die sandinistische Bewegung war immer sehr heterogen. Vielleicht erinnert ihr euch, daß die Sandinisten während des Krieges sehr verschiedene Ansätze vereinigten. Es gab unterschiedliche Vorstellungen, wie die Macht zu gewinnen sei. Zum Beispiel die Idee des permanenten Volkskriegs, der Guerrillakrieg, der Krieg in den Bergen usw. Als wir schließlich gewonnen hatten, verschwanden diese Differenzen nicht. Auch heute gibt es noch diese Unterschiede, jeder hat seine eigenen Ideen. Aber wir alle sind Sandinisten. Früher hatten wir eine einzige Aufgabe: Den antiimperialistischen Krieg. Und deswegen hatten wir auch wenig Zeit, unsere eigenen Konzeptionen zu diskutieren. Jetzt haben wir diese Zeit und nach unserer Niederlage auch die Aufgabe, eine genaue Analyse zu beginnen und unsere Meinungen und Gefühle zu ordnen. Es gibt z.B. eine Gruppe im Zentrum, die eine gemäßigte Arbeit fordert. Weniger Streiks, Unterstützung der Ökonomie usw. Auch sie haben das Recht, ihre Meinung zu äußern. Daneben gibt es eine andere Gruppe, die die „Gruppe der 29" genannt wird. Sie fordert eine radikalere FSLN und verlangt eine eindeutige Definition gerade im Verhältnis zur Regierung. Auf der Suche nach Frieden und im Prozeß des Wiederaufbaus haben wir uns der politische Situation angepaßt. Deswegen müssen wir deutlich machen, an welchen Punkten wir die Regierung unterstützen können und an welchen wir sie bekämpfen.

Und wie diskutieren diese verschiedenen Gruppen den Prozeß der Bürokratisierung innerhalb der Sandinistischen Front?

Santana: Die Aktivität der Sandinistischen Front muß sich der Realität anpassen. Wir können doch nicht mehr von einer Frente träumen, wie sie früher einmal war. Damals war es unsere Aufgabe, den Krieg zu beenden und wir waren eine Partei, die sich auf den Staat bezog. Diese Frente existiert seit der Wahlniederlage nicht mehr. Heute ist die Frente Sandinista in Frauenhäusern, in den Produktionsstätten, in den kommunalen Räten, im Gesundheitswesen aktiv. Die Dynamik der Frente ist wieder mehr mit der Basis verbunden.

Aber ohne Zweifel gibt es auch heute noch die Gefahr der Bürokratisierung. Es gibt einige, die nicht auf dem Boden bleiben. Diese Abgeordneten kennen nicht die realen Probleme auf dem Land, und wir dürfen nicht den Fehler machen Forderungen nur vom Schreibtisch aus zu stellen.

Wenden wir uns den ökonomischen Problemen insbesondere auf dem Land zu. Die neoliberale Regierung Chamorro hat begonnen, Reformen aus den achtziger Jahren zu annullieren. Wie ist heute konkret die Situation und was beabsichtigt die Regierung?

Eliminierung der Sozialprogramme

Santana: Chamorro sagt zunächst einmal, daß die Regierung die Gesetze des Staates respektieren müsse. Sie fühlt sich der Verfassung verpflichtet. Deshalb hat sie auch nur in wenigen Fällen den Bauern das Land genommen und den Somozisten gegeben, und konnte bisher dem Druck der Somozisten und der USA standhalten. Aber sie versucht mit Gott und dem Teufel zu spielen, und das ist auf die Dauer unmöglich.

Die Regierung wendet Praktiken an, um den Bauern Land wegzunehmen, ohne dabei die Verfassung zu brechen. Die staatlichen Kredite werden beispielsweise nicht den Bauern und den Landkooperativen gegeben, sondern der Bourgeoisie. Dieser finanzielle Druck soll die Bauern dazu bringen, den alten Besitzern das Land zurückzugeben.

Für uns ist das natürlich eine historische Frage. Denn die Landreform der FSLN bedeutete nichts anderes, als das Land den Bauern wieder zurückzugeben. Ich habe noch keinen Bourgeois kennengelernt, der Kapital mit ehrwürdigen Mitteln erwirtschaftet hat, und es wird ihn wohl auch nicht geben.

Die neoliberale Politik weist heute in allen Ländern Lateinamerikas vergleichbare Züge auf. Was sind die konkreten Auswirkungen des Modells in Nicaragua?

Santana: Als das Volk Nicaraguas 1990 die Regierung Chamorro wählte, glaubte es nicht nur, daß der Krieg enden würde, sondern es hoffte, als Kinder der USA einen höheren Wohlstand zu erreichen. Die Arbeitslosenrate in Nicaragua beträgt heute 65 Prozent. Die Menschen sterben nicht mehr im Krieg, dafür ist die Kindersterblichkeit in den Krankenhäusern um das Fünffache gestiegen, die Finanzierung des Gesundheitswesens wurde um 70 Prozent gekürzt. Man kann heute ohne Übertreibung sagen, daß es besser ist, zum Sterben nach Hause zu gehen, als in den Krankenhäusern zwischen Fäkalien zu krepieren. Das Volk hat sich getäuscht, doch wir alle haben das Recht uns zu täuschen. Die Eliminierung der Sozialprogramme ist also ein zentraler Bestandteil der neoliberalen Politik. Neben den Kürzungen im Gesundheitswesen lassen sich die Effekte dieser Politik am besten an der Privatisierung der Ökonomie und des Bildungssystems beobachten. Früher ermöglichte unser Bildungssystem die Ausbildung von 100 000 Studenten. Viele von diesen studierten im Ausland. Der erste Akt der neuen Bildungspolitik war die Streichung aller Auslandsstipendien. Nicht einmal der Rückflug wurde gezahlt und viele Studenten konnten nicht sofort zurückkehren.

Der Neoliberalismus ist auf allen Ebenen für unser Land unheilbringend. Die Perspektive ist schwarz. Die Regierung produziert nichts außer Hunger und Elend.

Und was für Chancen siehst Du, diesem Prozeß Einhalt zu gebieten? Was schlagen die Sandinisten heute nach dem Machtverlust vor?

Santana: Ganz konkret und auf nationaler Ebene besteht unsere Arbeit aus dem Versuch, weitestgehend die revolutionären Errungenschaften zu schützen. Das Wichtigste für uns ist in dieser Hinsicht die Aufrechterhaltung der kooperativen Produktion. Das ist nicht einfach, denn die neoliberale Regierung privatisiert alles was früher der Staat verwaltete, also auch die Landkooperativen. Das Problem ist aber globaler und wir müssen das Kind erst einmal beim Namen nennen. Der Neoliberalismus ist keine nationale Angelegenheit, sondern eine von ganz Lateinamerika — und auch der metropolitanen Gesellschaften. Die Probleme sind dort ebenfalls existent, doch gibt es auch mittels Wohlstand und besserer Propaganda mehr Möglichkeiten, diese zu vertuschen. Aus diesem Grund können wir eine Veränderung dort wohl kaum erhoffen. Wenn aber Leute sagen, daß der Sozialismus niemandem gedient hat, dann vergessen sie gerade, daß der Kapitalismus in seiner neoliberalen Kontinuität weltweit nur den wenigsten dient. Die Probleme der Arbeitslosigkeit und der Verelendung der Dritten Welt bleiben ihm nach wie vor immanent, und deswegen kann er sie nicht lösen. Ich habe die Präsentation Fidel Castros zum Foro Sao Paulo bearbeitet. Die Dritte Welt ist eine Zeitbombe, und der Neoliberalismus ist durch die totale Plünderung unserer Gesellschaften ihr Zünder. Und der Moment ist wahrscheinlich, an dem das Ganze explodiert, an dem die Menschen sagen, es ist genug. Natürlich sehen wir, daß die kapitalistische Propaganda auch in Lateinamerika sehr mächtig ist, sonst wären die Wahlen neoliberaler Regierungen nicht so häufig. Und diese Propaganda wird von der katholischen Kirche mit Ausnahme der befreiungstheologischen Bewegung vollendet. Die Presse sagt mir eine Sache, die Kir-

che segnet sie ab und schon läuft das Spiel.

Aber das wirkliche Problem in Lateinamerika liegt tiefer. Wir alle müssen unsere eigene Identität aufdecken: Die Identität der Ausgebeuteten. Und daraus muß jedes Land seinen Weg und seine Form des Kampfes bestimmen. Aus eigener Erfahrung wissen wir, daß der bewaffnete Weg aufgrund der hohen Kosten nicht die beste Lösung ist. Der richtige Weg ist, die Ideen zu diskutieren, um Bewußtsein zu schaffen. Aber zweifellos gibt es Länder, in denen die Probleme sich nicht durch den Dialog lösen lassen. Der Kampf wird sehr schwer, aber die Kapitalisten machen einen Fehler, wenn sie glauben, daß mit dem Fall der UdSSR die Probleme gelöst wären. Die Geschichte ist nicht am Ende, die Geschichte ist gerade am Ende der ersten Seite angekommen. Das Ende des Kapitalismus bleibt in Aussicht.

Gegen dieses Ende wird sich aber nicht nur die USA vehement wehren, und die Aussichten sind doch eher düster im Zuge der sogenannten Neuen Weltordnung. Wie schätzt Du heute die Rolle der USA ein? Welchen Einfluß haben sie auf die politische und ökonomische Situation Nicaraguas und welche Veränderungen gab es mit der Administration Clinton?

Santana: Die USA versprach der Regierung Chamorro finanzielle Unterstützung, doch alle diese Versprechungen wurden in den letzten drei Jahren nicht eingelöst. Das Interesse der USA beschränkt sich selbstverständlich auf die Verwertungschancen des eigenen Kapitals. Die USA hat in keiner Weise ihre Politik der wirtschaftlichen Erpressung verändert. Und politisch wollen sie nach wie vor unsere Revolution zerstören. Auch mit Clinton gab es überhaupt keine strukturelle Veränderung. Dieser Mann ist sehr zweideutig, er hat kein Gesicht und keinen festen Charakter. Bestimmt sind nicht alle in seiner Administration so radikal wie unter Bush. Aber es gibt doch noch immer genügend Senatoren, die einen großen Einfluß im Kongreß haben, und die an ihrer Politik nichts ändern werden. Ein Bericht von ihnen reicht aus, um die finanzielle Unterstützung für Nicaragua zu blockieren.

Du arbeitest in der Organisation ANG (Asociación No-Gubernamental), einer sandinistisch dominierten Nicht-Regierungsorganisation. Was macht diese Gruppe?

Santana: Es ist eine Organisation, die die internationale Solidaritätsarbeit koordiniert. Sie wurde nach der Wahlniederlage gegründet, um die Hilfe weiterhin in die richtigen Kanäle zu leiten. Wir versuchen, die Kontakte mit allen Solidaritätsgruppen in den Niederlanden, der Schweiz, in Deutschland, Spanien und USA zu erhalten. Unsere Absicht ist, die Probleme, die die neue Regierung schuf, an der Basis einzudämmen. Wir möchten aber keine staatliche Institution ersetzen. Der Staat hat die Verantwortung, seine eigene Rolle. Wir können uns aber nicht Ausruhen, die Arme verschränken und der ganzen Misere und den Problemen nur zusehen.

Du bist jetzt seit einigen Wochen für diese Organisation in Europa, um die Kontakte aufzufrischen und die Unterstützung zu koordinieren. Welche Eindrücke hast du im Moment von diesen Ländern, speziell von Deutschland?

Santana: Wir waren in Barcelona, in Offenbach, in der Schweiz und in den Niederlanden. Nicht nur die Formen der Arbeit, sondern auch die Gefühle zu den Leuten, die hier arbeiten, sind sehr gut. Insbesondere hier, in unserer Partnerstadt Offenbach, haben die Stadtverwaltung, die Partnerschaftsorganisation Rivas und die autonome Gruppe PaNic (Para Nicaragua) uns nicht nur Unterstützung, sondern auch Wärme vermittelt. Diese Solidarität ist etwas anderes als an anderen Orten, sie ist keine christliche Hilfe, sondern wirkliche Unterstützung und Teilnahme an unserem Leben. Auch haben wir über diese Kontakte andere Organisationen kennengelernt, z.B. den Staat Hessen, die EG.

Aber die Solidaritätsbewegung hier in Deutschland ist derzeit nicht sehr stark und die radikale Linke hat im Moment relativ wenig Kraft. Und die Kommunen, das Land Hessen oder die EG haben ihre spezifischen Interessen an solch einer Arbeit. Nicht die ganze Welt arbeitet für Euch.

Santana: Sicher, wir gehen verschiedene Hochzeiten ein, und diese halten nicht ein ganzes Leben. Es gibt verschiedene Niveaus der Arbeit. Einige sind natürlich kompromittiert wegen ihrer ideologischen oder religiösen Prinzipien. Aber das Wichtigste ist, abgesehen von dem Beweggrund, daß es immer mehr Leute im Umkreis dieser Organisationen gibt, die nicht nur helfen wollen, sondern im Sinne wirklicher Unterstützung arbeiten. Z.B. organisiert die Offenbacher Gruppe PaNic (Para Nicaragua) alle zwei Jahre eine Brigade nach Nicaragua mit jungen Menschen. Und jeder von ihnen, der zurückkommt, ist einer mehr für die Arbeit. In dieser Arbeit mischen sich die Geduld und die Gefühle der Menschen. Die Hilfe ist natürlich nur partikular, jedoch ist die Bewegung immer noch auf dem richtigen Weg. Internationale Solidarität ist wie der Bau einer Kathedrale. Jedes Jahr unserer Arbeit ist ein Stein für diese Kathedrale. Und wir arbeiten in diesem Fall erst sieben Jahre zusammen und werden noch viel Zeit und Geduld benötigen, um unser gemeinsames Ziel zu benennen und zu erreichen — Stein für Stein. ●

ALBERT STERR

El Salvador im Übergang

Seit dem Abschluß des Friedensvertrages am 16. Januar 1992 hat sich in El Salvador vieles verändert. Manches zum Positiven, anderes eher zum Negativen. Derzeit befindet sich das Land in einer Übergangsphase vom Krieg zum Frieden. Bei den Kommunal-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die für März 1994 geplant sind, werden die Weichen für die zukünftige Entwicklung gestellt. Welches Gewicht kann die ehemalige Guerillabewegung „Farabundo Martí" (FMLN) in die Waagschale werfen?

Wurde das detaillierte Friedensabkommen verwirklicht? Oder ist ähnlich wie in Afghanistan, Angola, Kambodscha, Mozambique oder Nicaragua zu konstatieren, daß die Konfliktparteien zwar nach jahrelangem Ringen am Verhandlungstisch wohlklingende Vereinbarungen unterzeichneten, jedoch nicht daran dachten, sie auch in die Tat umzusetzen? Im Vergleich zu den genannten Fällen ist das Friedensabkommen in El Salvador ungewöhnlich erfolgreich, wenngleich es bisher noch nicht voll umgesetzt wurde.

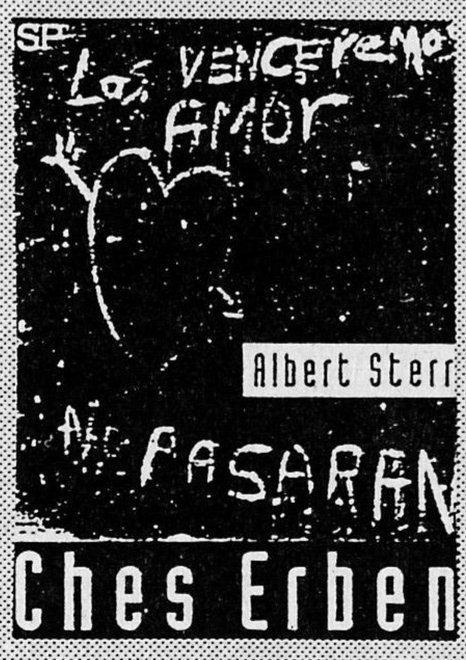
Beginnen wir unsere kurze Bilanz mit den positiven Faktoren: Der vereinbarte Waffenstillstand wurde von beiden Seiten strikt eingehalten. Es fiel kein einziger Schuß. Das belegt eindrucksvoll, wie gut beide Konfliktparteien ihre militärischen Apparate unter Kontrolle hatten. Die Armee entließ nach eigenen Angaben nahezu 30 000 ihrer etwa 62 000 Soldaten. Die Elitetruppen zur Aufstandsbekämpfung wurden ebenso aufgelöst wie die als besonders repressiv geltende Zollpolizei (PH) und die Nationalgarde (GN). Die militarisierte Nationalpolizei (PN) wird langsam in eine zivile Ordnungskraft umgewandelt und neue Kontingente, unter ihnen hunderte Ex-Guerilleros, haben die Arbeit begonnen. Am 15. Dezember '92 demobilisierte die Guerilla ihre letzten Truppen und zerstörte bis auf geheime Reste, die schließlich im August '93 vernichtet wurden, ihre Waffen. Die ehemalige Befreiungsbewegung FMLN ist mittlerweile im ganzen Land als legale Partei aktiv; ihre beiden Radios senden aus der Hauptstadt.

Trotz vielfältiger Verzögerungen und notwendigem Dauerdruck auf die Regierung ist es gelungen, die Militärpräsenz im Alltag zurückzudrängen. Dennoch versucht die Armee mit allen nur denkbaren Tricks, auch außerhalb der Kasernen weiterhin Präsenz zu zeigen. So patrouillieren seit einigen Monaten Einheiten über die Landstraßen, angeblich um Kriminelle abzuschrecken. Die Säuberung der Armee, die ohnehin nur etwa 5 % der Offiziere betraf, schleppte sich hin. Obwohl zwei Berichte vorgelegt wurden (Ad-Hoc-Kommission im Dezember 1992; Bericht der UNO-Wahrheitskommission am 15. März 1993), welche die eindeutige Verwicklung nahezu der gesamten Armeeführung in schwerste Menschenrechtsverletzung dokumentieren, weigerte sich Präsident Cristiani monatelang, den Empfehlungen dieser Berichte nachzukommen und, beginnend beim Verteidigungsminister und dem Chef des Generalstabs, weit über 100 Offiziere zu entlassen. Damit verstieß er offen gegen den Friedensvertrag. Erst Ende Juni schieden die letzten Offiziere aus. Sie wurden durch andere ersetzt, deren Curriculum nicht weniger blutig ist.

Zu den eindeutig negativen Faktoren: Hier ist vor allem die soziale Misere für die Bevölkerungsmehrheit zu nennen, die sich trotz der Wirtschaftsbelebung (BIP-Wachstum ca. 5 %) nicht verbesserte. Alle Armutsindices verbleiben auf traurigen Rekordmarken. Die Regierung setzt ihren harten neoliberalen Kurs unverändert fort, der die soziale Polarisierung vorantreibt. Während die Demokratisierung und die Entmilitarisierung einige Schritte vorangekommen sind, ist dies bei der Beseitigung der Massenarmut nicht festzustellen. Die mit der UNO ausgehandelte Landverteilung, die ohnehin nur etwa 10 % der Nutzfläche betreffen und insgesamt 47 500 Familien (bei ca. 5,5 Mio Einwohnern) begünstigen soll, zieht sich hin. Bisher profitierten erst 7 000 Familien davon. Eine Folge: Im April diesen Jahres kam es zu neun Landbesetzungen, um die Agrarreform zu beschleunigen.

Ohne die seit 1989 stark gestiegenen „Gastarbeiterüberweisungen" (span. remesas familiares) der 900 000 bis 1,2 Mio Salvadorianer, die in den USA als Emigranten und Flüchtlinge leben, würde die soziale Lage für die Bevölkerungsmehrheit noch weit dramatischer aussehen. Lag die Gesamtsumme der Überweisungen 1989 noch bei 322 Mio US $, so schnellte sie nach Kriegsende hoch: auf 518 Mio (1991), 680 Mio (1992) bis zu erwarteten 800 Mio US $ (1993). Diese Dollarbeträge, die auf Privatkonten überwiesen werden und zu 77 % für Basiskonsumgüter ausgegeben werden (3 % Investitionen; 22 % Sparguthaben) übersteigen mittlerweile die Exporteinnahmen. (1) Sie übertreffen die US-Finanz- und Entwicklungshilfe um das Mehrfache! Sollte sich Präsident Clinton, wie verschiedentlich angekündigt, entscheiden, härter gegen illegale Flüchtlinge vorzugehen, hätte dies unmittelbar negative Folgen für El Salvador.

Neu bei ISP



Gespräche zur aktuellen Politik der Guerilla
235 Seiten, DM 28,00
ISBN 3-929008-42-4

Neuer ISP Verlag GmbH
Büro Frankfurt, Kasseler Str. 1a
60486 Frankfurt

Unlängst konnten Regierung und FMLN eine 18monatige Verlängerung der Duldung salvadorianischer Bürger in den USA erwirken. Schafik Handal (FMLN): „Wir wollen nicht, daß sie zurückkehren müssen. Es ist für alle besser, wenn sie weiter dort leben können und ihre Verwandten unterstützen."

Die Menschenrechtslage, die sich 1991 und 1992 deutlich verbessert hatte, droht sich wieder zu verschlechtern. Es gibt wieder Hinweise auf das Agieren von Todesschwadronen. Einige FMLN-Aktivisten wurden ermordet. Die Todesumstände deuten auf politische Morde hin. In den ersten vier Monaten des Jahres 1993 starben insgesamt 423 Personen eines gewaltsamen Todes, 66 mehr als im selben Zeitraum des Vorjahres. Von diesen 423 Personen wurden 193 die Opfer von „Kriminellen", 124 wurden von „Unbekannten" getötet und immerhin 31 Menschen, die tot auftauchten, wiesen deutliche Foltermerkmale auf. Die Menschenrechtsgruppen sowie die katholische Kirche schlagen Alarm, weil sie befürchten, daß die Übergriffe weiter zunehmen könnten. Da die Gewaltkriminalität, in die häufig Ex-Soldaten verwickelt sind, dramatisch zunahm, ist es nicht immer möglich, deutlich zwischen politischer Gewalt und gewalttätiger Delinquenz zu unterscheiden.

Zwei Tendenzen in der FMLN

In der „Befreiungsfront Farabundo Martí" (FMLN), die sich seit Oktober 1980 aus den politischen und organisatorisch autonomen Kräften ERP, FPL, PCS, RN und PRTC zusammensetzt, sind in den letzten Monaten taktische und strategische Differenzen aufgebrochen. Heute gibt es in der FMLN, die bis zur Unterzeichnung der Friedensverträge als Inbegriff einer funktionierenden „Einheit in Vielfalt" galt, im Grunde zwei Strömungen: (2)

● Eine sozialistische, die aus den „Volksbefreiungskräften" (FPL), der „Kommunistischen Partei" (PCS) sowie, mit Einschränkungen, aus der „Revolutionären Partei der Arbeiter Mittelamerikas" (PRTC) besteht. In dieser Strömung geben aufgrund ihrer Größe, organisatorischen Stärke und politischen Verankerung die „Volksbefreiungskräfte" (FPL) den Ton an. Die Kommunistische Partei (PCS) trägt den Ansatz mit, unter ungünstigen internationalen Rahmenbedingungen ein inhaltlich erneuertes sozialistisches Projekt aufzubauen, das der Linken El Salvadors mittel- und langfristig die Möglichkeit eröffnet, zur gesellschaftlich hegemonialen Kraft zu werden. Die sozialistische Strömung betreibt darüberhinaus hin zu zentristischen, rechten und konservativen Parteien und Institutionen eine aktive Politik, die zur Schaffung eines gesellschaftlichen Konsenses zugunsten der Umsetzung der Friedensverträge, Demokratisierung und Entmilitarisierung beitragen soll.

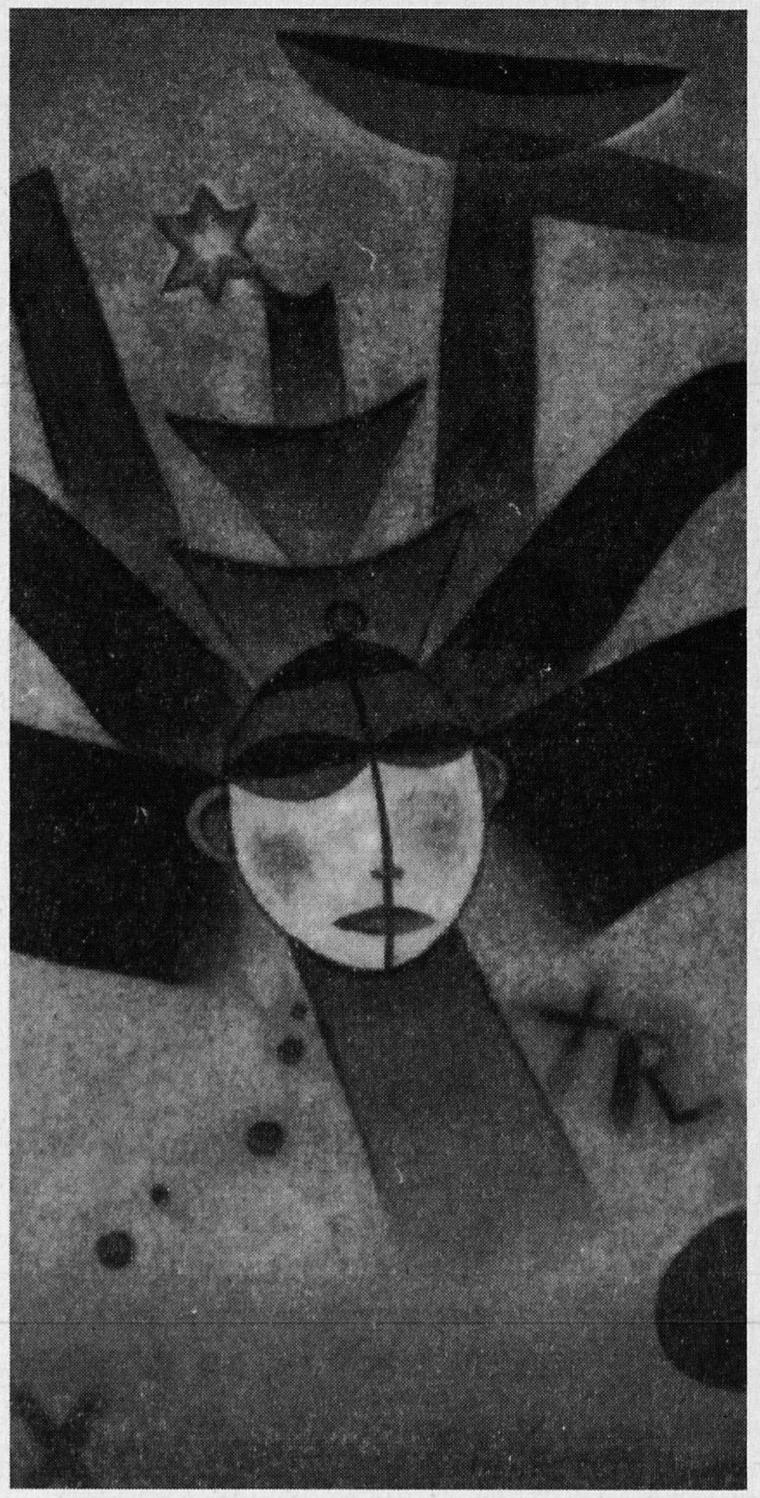
● Unter Führung des „Revolutionären Volksheeres" (ERP), das sich mittlerweile in „Erneuerter Ausdruck des Volkes" (ERP) umbenannte, bildet sich innerhalb der FMLN derzeit eine sozialdemokratisch-zentristische Strömung heraus. Sie wird vor allem vom „Nationalen Widerstand" (RN) mitgetragen, in Teilfragen auch von der PRTC. Diese Strömung, die dabei ist, sich programmatisch in Richtung Sozialdemokratie zu orientieren, lehnt den Aufbau eines explizit linken Blocks mit Nachdruck ab und befürwortet stattdessen breite gesellschaftliche Koalitionen. Diese Bündnispolitik bis weit in die ultrarechte ARENA-Partei und in das Militär hinein hat für die sozialdemokratisch-zentristische Strömung innerhalb der FMLN keine taktische, sondern strategische Bedeutung. Gesucht wird die enge Zusammenarbeit mit der internationalen Sozialdemokratie sowie der Demokratischen Partei der USA und weist für die Zukunft systemoppositionelle Politik als obsolet zurück.

Bei der Zuordnung einzelner Organisationen zur sozialistischen bzw. sozialdemokratisch-zentristischen Tendenz darf nicht übersehen werden, daß die skizzierten Tendenzen zum Teil auch innerhalb der fünf Organisationen anzutreffen sind. Politisch klar abgrenzbare Fraktionen gibt es noch nicht.

Außerhalb der FMLN gibt es weitere politische Parteien und Kräfte, die sich in *ideologischen* Fragen von der sozialdemokratisch-zentristischen FMLN-Tendenz, also ERP und RN, kaum unterscheiden. Sie sind in Form eigener Parteien oder Bündnisse organisiert, im Parlament präsent und verfolgen seit jeher eine Linie, die heute Teile der FMLN als „neu" präsentieren. Es handelt sich dabei insbesondere um die „Demokratische Konvergenz" (CD), die derzeit aus der links-christlichen MPSC, der kleinen KP-Abspaltung UDN und der winzigen sozialdemokratischen Gruppe PSD besteht. Dazu kommt die „Nationalrevolutionäre Bewegung" (MNR), die der Sozialistischen Internationale angehört und sich zwischenzeitlich aus der „Demokratischen Konvergenz" zurückgezogen hat. Diese Kräfte waren zuvor in der „Demokratisch Revolutionären Front" (FDR) vereint, die als Zusammenschluß der nicht-militärischen Opposition von 1980 an mit der FMLN ein enges Bündnis eingegangen war.

Streitpunkte in der FMLN

Im politischen Alltag gab es mehrfach Krach. Während der gemäßigte FMLN-Flügel voll auf Konfiktvermeidung und Konsensbildung mit der Rechten (ARENA und Armeeführung eingeschlossen) setzt, favorisieren die Volksbefreiungskräfte (FPL), Kommunistische Partei (PCS) sowie viele Basisorganisationen ein Wechselspiel



Xul Solar, Nabel (Pupo)

von Konzertation und Konfrontation mit dem herrschenden Block. Ein Beispiel: Während der zugeständnisbereite FMLN-Flügel die stockende Landübergabe am Verhandlungstisch lösen möchte, setzten die FMLN-Linken darüberhinaus auch Straßenaktionen und Landbesetzungen als Druckmittel ein.

In Sachfragen, die für die Politik im Lande sehr wichtig sind, brachen — zum Teil auch öffentlich — tiefe Differenzen auf:

● Die Ad-Hoc-Kommission hatte Präsident Cristiani eine streng vertrauliche Liste mit 103 Armeeoffizieren vorgelegt, die dieser gemäß Friedensvertrag spätestens bis 1. Januar 1993 hätte entlassen müssen. Erst verzögerte er die Entscheidungen und schließlich erfüllte er seine Verpflichtungen nicht. Die FMLN war wochenlang weitgehend handlungsunfähig, weil sie sich nicht darauf einigen konnte, ob der Präsident deshalb frontal anzugreifen sei oder man — bei entsprechenden Gegenleistungen — Zugeständnisse machen könne.

● Die Konsequenzen, die aus dem Bericht der UNO-Wahrheitskommission vom 15. März zu ziehen seien, waren innerhalb der FMLN ebenfalls heftig umstritten. Zwar sprach sich die FMLN einvernehmlich für die Umsetzung der Kommissionsempfehlungen aus (u.a. Entlassung von 40 Offizieren, Abberufung des obersten Gerichts) und sicherte dies auch für die eigenen Reihen zu. Aber bezüglich des Amnestie-Gesetzes, das die ultrarechte ARENA durch's Parlament peitschte, gab es Differenzen. Die FMLN-Linke lehnte es ab, weil es ihrer Ansicht nach die notwendige Strafverfolgung der

Täter verhindere. Die führenden ERP-Mitglieder Ana Guadelupe Martínez und Joaquín Villalobos wandten sich indessen explizit gegen eine weitere Strafverfolgung der Täter, als ich sie telefonisch interviewte. Diese Differenzen innerhalb der FMLN blockieren eine durchschlagende Kampagne zur Bestrafung der uniformierten Täter, die sich auf den Wahrheitsbericht hätte stützen können und international sicherlich auf positive Resonanz gestoßen wäre.

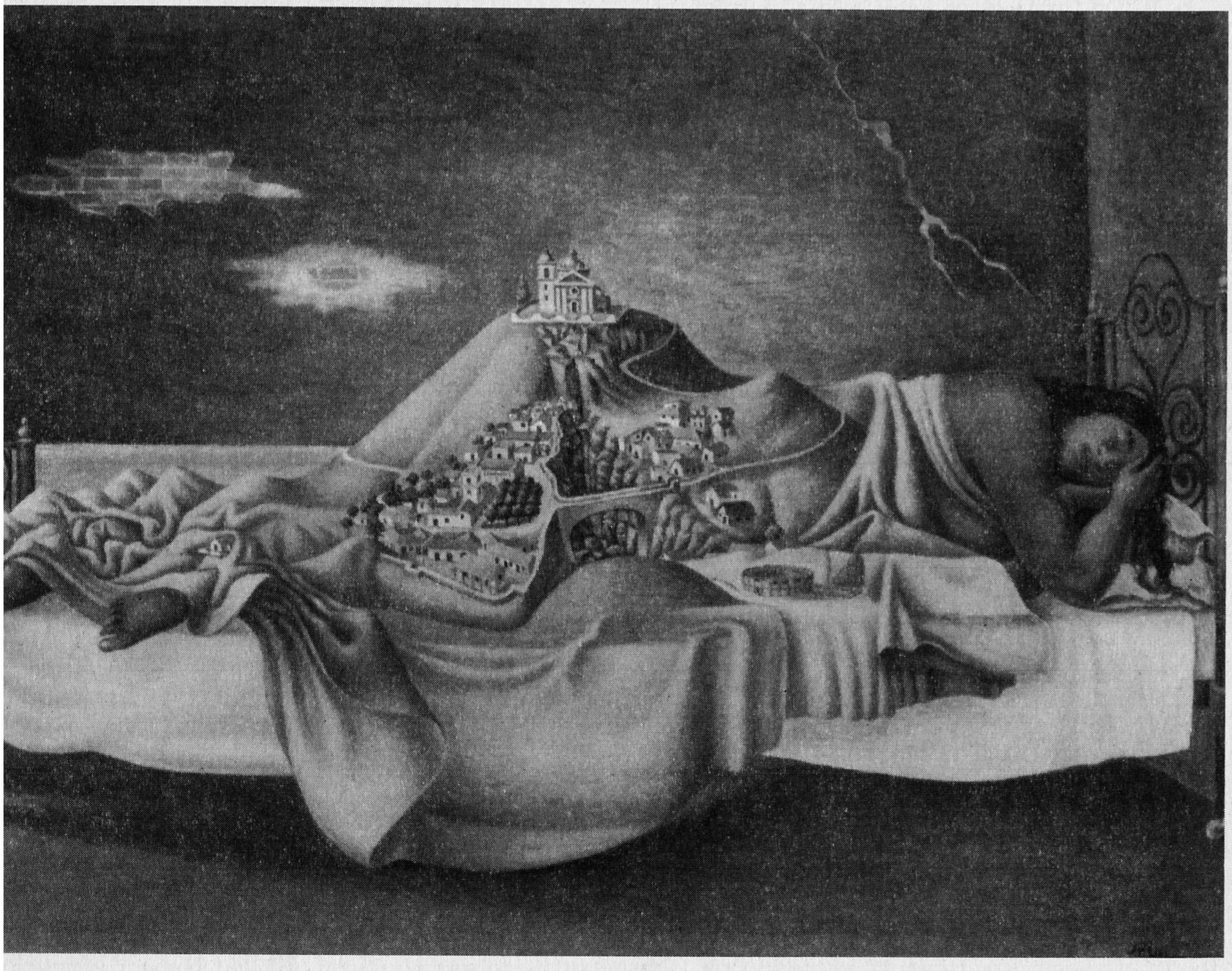
● Die Strategie für die Wahlen von 1994, insbesondere die Kandidatenaufstellung und die Bündnispolitik, waren in der FMLN heftig umstritten. Diesen Wahlen kommt besonderes Gewicht zu, weil es sich um die erste wirklich freie Abstimmung in El Salvador handelt und zudem die Gemeinde-, Parlaments- und Präsidentschaftswahlen zusammenfallen. Das politische Kräfteverhältnis, das im kommenden Jahr festgeklopft wird, dürfte für einige Jahre Bestand haben. Wer hier zu spät kommt, um die Friedensdividende einzufahren, wird vom Leben bestraft.

Die regierende ultrarechte ARENA hat Ende März den Bürgermeister von San Salvador, Calderón Sol, als Präsidentschaftskandidaten nominiert. Zuvor hatte bereits das Mitglied der „Sozialistischen Internationale", die zentristische „Nationalrevolutionäre Bewegung" (MNR), ihren Vorsitzenden Victor Valle für das Amt aufgestellt. Seine Stimmen gehen der Opposition im ersten Wahlgang für den Präsidentschaftskandidaten auf jeden Fall verloren, denn Valle wird nur wenige Prozent bekommen. Persönliche Macht- und Profilierungsgelüste fordern hier ihren Tribut.

Die beiden FMLN-Flügel waren wochenlang offen gespalten. Die linken „Volksbefreiungskräfte" (FPL) konnten sich schließlich mit ihrem Kandidaten Rubén Zamora (Demokratische Konvergenz) durchsetzen. Er ist ein alter Verbündeter der FMLN, vertritt die Hauptkraft des sozialdemokratisch-zentristischen Spektrums und ist weithin bekannt und beliebt.

Der sozialdemokratisch-zentristische Pol innerhalb der FMLN, ERP und RN propagierte die Unterstützung des Christdemokraten Dr. Abraham Rodríguez. Mit dieser Entscheidung signalisierte der rechte Flügel in der FMLN, sich der Christdemokratie unterzuordnen. Es kam schließlich anders, weil Dr. Abraham Rodríguez bei den Vorwahlen in seiner eigenen Partei gegen den rechten Flügelmann Fidel Chávez Mena durchfiel. Die beiden gemäßigten FMLN-Mitglieder rissen daraufhin das Steuer herum und erklärten sich bereit, den Kandidaten der Linken, Rubén Zamora, mitzutragen. Auf einem gutbesuchten Parteikongreß wurde der Kandidat schließlich am 5. September endgültig nominiert. Beide Strömungen konnten sich auch auf ein Wahlprogramm sowie auf die Aufstellung von Kandidatenlisten einigen. Alle FMLN-Tendenzen wurden bei den Wahlämtern berücksichtigt. Die Wahlallianz aus FMLN und „Demokratischer Konvergenz" (CD) hat nur noch wenige Monate Zeit, um eine effiziente Wahlmaschine aufzubauen. Dabei ist noch zu berücksichtigen, daß sich die fünf Organisationen der FMLN in einem komplizierten Umwandlungsprozeß befinden. Sie müssen sich von politisch-militärischen Organisationen, die mehr als eine Dekade lang aus dem Untergrund heraus gekämpft haben, in legale politische Parteien verwandeln. Außerdem haben sie es mit politischen Rahmenbedingungen zu tun (z.B. geringe Finanzmittel; rechte Kontrolle der Massenmedien), die zumeist ungünstig sind.

Was die Wahlen selbst betrifft, ist hier vor allem das unvollständige und verzerrte Wahlregister zu nennen. 750 000 Personen, vor allem potentielle Wählerinnen und Wähler der Linken, sind noch nicht im Wahlregister eingeschrieben und weitere 300 000, die bereits eingeschrieben sind, haben immer noch keinen Wahlausweis in Händen. Ohne dieses Dokument können sie nicht am Urnengang teilnehmen. Im Wahlregister sind derzeit außerdem noch zehntausende Phantomwähler registriert. Die regierende ultrarechte ARENA-Partei verzögert die Bereinigung und Komplettierung der Wahlregister. Sie verfügt seit Jahren über ein stabiles Wählerpotential von etwa 500 000 Personen. Mit jeder neu eingeschriebenen Wahlberechtigten verringert sich ihre Siegeschance. Laut Umfragen, die aufgrund des hohen Anteils (50 %) von Unentschiedenen mit Vorsicht zu genießen sind, liegt ARENA mit knapp über 30 % vor FMLN/Convergencia mit etwa 25 % und der Christdemokratie (PDC) mit knapp 20 %. Die übrigen Parteien und Präsidentschaftskandidaten rangieren unter ferner liefen. ●



Antonio Ruiz, Malinches Traum (Sueño de la Malinche)

Anmerkungen:

1) Alle Angaben nach: La Prensa Gráfica, San Salvador 14.09. 1993, S. 23.

2) Eine ausführliche Darstellung der fünf FMLN-Mitgliedsorganisationen sowie ihrer politischen Differenzen finden sich in: AK 354, Die Herausbildung von zwei Strömungen in der FMLN, Hamburg 5. Mai 1993, S.26f; AK 355, Politische Differenzen in der FMLN, Hamburg 9. Juni 1993, S.28f.

Albert Sterr verfaßte das Buch: „Ches Erben. Gespräche zur aktuellen Politik der Guerilla in Lateinamerika", Neuer ISP Verlag Köln, 240 Seiten, 11 Photos, DM 28,— ISBN 3-929008-42-2, erschienen: Ende Mai '93.

BORIS SCHARLOWSKI

Bald nichts als Wüste hier...

...oder die Auswirkungen von Diktatur und neoliberalem Modell auf die chilenische Medienlandschaft

Am 29. August 1993 konnte Chiles Fernsehpublikum einer Weltpremiere beiwohnen. Übertragen wurde das Fußballspiel Chile / Tschechien. An sich nichts Ungewöhnliches für eine fußballbegeisterte Nation wie die chilenische. Und doch geschah Einmaliges: Das Spiel wurde nicht von einem Kanal, sondern gleich von fünf übertragen. Inclusive der obligatorischen Wiederholungen wurde es an einem Tag elf Mal gezeigt. Auch für chilenische Verhältnisse ein bißchen häufig. Nur einmal im Jahr wird Ähnliches erreicht: am 19. September, dem Tag der nationalen Militärparade, an dem kein Fernsehsender auf eine Direktübertragung verzichten kann. Dies zum Stichwort mediàler Pluralismus in Chile...

Kleine Geschichte der Monopole

Chiles Medienlandschaft ist heute ein gutes Beispiel extremer Monopolisierung. Rund 85 % der Printmedien sind in den Händen zweier Konzerne der Edwardsgruppe (trotz ihres Namens chilenischer Provenienz allerdings mit internationalen Verflechtungen) und der COPESA (Consorcio Periodístico S.A.). Dies war nicht immer so.

Obwohl sich schon in den sechziger Jahren erste deutliche Auswirkungen einer zunehmenden Kapitalisierung der chilenischen Gesellschaft auf die Medien kleinerer und mittlerer Größe abzeichneten, begann der eigentliche Zusammenbruch des ehemals vielfältigen Mediensektors mit dem Putsch gegen die Unidad Popular (UP), der sozialistischen Regierung Salvador Allendes. Bis dahin verfügte die Linke über 5 Tageszeitungen mit nationaler Bedeutung. Dazu kamen 4 weitere große Tageszeitungen. Nach dem Putsch wurden von den ehemals 11 überregionalen Zeitungen alle Publikationen der Linken geschlossen. Weitere Zeitschriften und Radiosender folgten.

Zwei Protagonisten kristallisierten sich im Kampf um das entstandene Vakuum heraus: die Edwardsgruppe und die COPESA. Es handelte sich hier bereits zu dieser Zeit um zwei gewichtige Wirtschaftskonzerne, die nicht nur im Bereich der Medien unternehmerisch aktiv waren.

Aber: Die Jahre der Diktatur haben nicht nur zur Konzentration der Medien an sich geführt, sondern erdrutschartig auch deren ganze Infrastruktur erfaßt.

Zu Beginn der siebziger Jahre besaß Chile eine weitentwickelte Druckindustrie, die für einen breiten Zeitungsmarkt ausgelegt war. Zu Beginn der Demokratisierung waren lediglich drei Druckereien übriggeblieben, die dafür ausgerichtet waren, Tageszeitungen für den nationalen Markt zu produzieren.

Auch im Bereich der Distribution — ein hinsichtlich der geographischen Bedingungen Chiles wesentlicher Sektor — zeigten sich ähnliche Verhältnisse. Keine Frage: Sowohl die Konzentration im Bereich der Druckindustrie und der Distribution waren neben den üblichen Mitteln politischer Zensur hervorragende Mittel, unliebsame Presseerzeugnisse zum Schweigen zu bringen.

In der Zeit der Diktatur war der erste entscheidende Schritt für eine Monopolisierung der Medien getan. Dennoch deutet vieles darauf hin, daß die eigentliche Konsolidierung der Monopole der Zeit der Demokratisierung zugeordnet werden kann. Mit der Anschubfinanzierung Pinochets hatten die Edwardsgruppe und die COPESA einen recht guten Start in die unsicheren Zeiten der Demokratie.

Zum Beispiel die Edwardsgruppe: Schon 1979 besaß sie 40 unterschiedliche Firmen, die von der Getränkeindustrie bis in den Banksektor reichten. Minderheitenbeteiligungen in 8 weiteren Firmen erhöhten ihr Kapital auf 620 Millionen US $. Auf internationalem Parkett bewegte sich der Eigner der Edwardsgruppe als Vizepräsident der Pepsi Cola Inc. Heute kontrolliert die Gruppe im medialen Sektor neben diversen Blättern mit lokaler Bedeutung einige überregionale Zeitungen und Zeitschriften.

Einen eigenen Fall stellen die internationalen Verflechtungen dar. Das pinochetistische Chile wurde maßgeblich durch einen im Bereich der Kommunikation tätigen multinationalen Konzern eingeleitet: die ITT. Sie zog die Fäden bei der Ermordung des Oberbefehlshabers der Armee, René Schneider, im Jahre 1970; sie versuchte vermittels der US-amerikanischen Regierung Destabilisierungsmaßnahmen in Chile durch den CIA durchzuführen etc., etc..

Heute sind die offensichtlichsten Fälle im medialen Sektor die der beiden Fernsehsen-

Chile gilt neuerdings als Modellfall. Modell für die lateinamerikanischen Staaten, aber auch Modell für die Staaten des Ostens. Es wird in diesem Zusammenhang als ein Land wahrgenommen, das soeben eine Diktatur überwunden hat und — so könnte man meinen — trotz des Übergangs zur Demokratie positive ökonomische Eckdaten vorweisen kann. Diese Heirat von neoliberalem Wirtschaftssystem und formaler Demokratie wird schlechthin als demokratisches Modell gepriesen. Die sozialen und ökologischen Kosten für die Bevölkerungsmehrheit werden 'vergessen', die — immerhin stärker kaschierte — politische Repression seitens der Militärs aber auch seitens der Regierung unter den Tisch gekehrt.

Wie ist es in diesem Zusammenhang um die Medien und die Pressefreiheit bestellt? Wer sind die wirklichen Akteure im chilenischen Medienzirkus? Die Diskussion der chilenischen Medienlandschaft stellt einen guten Ausgangspunkt dar, um die Kongruenz des 'demokratischen Modells Chile' zu untersuchen.

express

die Zeitung der
undogmatischen
Gewerkschaftslinken

In der
November-Ausgabe des *express*:

Gruppenarbeit in der Automobilindustrie ● Neues aus Opel Bochum ● Umweltverträgliche Schiffe ● IG Bergbau und Bischofferode ● Gewerkschaften und republikanischer Geist ● HBV nach Schwegler ● Gewerkschaftliche Gestaltungspolitik ● Blick über den Zaun u.v.m.

Einzelheft DM 5,50
Abonnement DM 59,— (incl. Porto)

— Bitte schicken Sie mir **kostenlos** „express" zum Kennenlernen.

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Bezug: **Verlag 2000,**
Postfach 10 20 62,
63020 Offenbach 1,
Tel. 069/88 50 06

der *Kanal 11, Universidad de Chile* und *Megavisión*. Zu Beginn des Jahres 1993 wurden sie über die venezolanische Venevisión an die mexikanische Televisa verkauft. Zwei weitere Kabelkanäle wurden ebenfalls kürzlich an ausländische Investoren abgegeben. Bei *Kanal 4, La Red* waren kanadische Gelder im Spiel. Mittlerweile sind aber die Aktien von der COPESA übernommen worden.

Weitere Formen der Einflußnahme von außen können hier weniger untersucht werden. Da wäre z.B. das Quasi-Monopol der westlichen Nachrichtenagenturen bei der Belieferung chilenischer Medien mit Meldungen. Die drei Agenturen UP, Associated Press und Reuter teilen sich fast vollständig den Markt auf. Da wäre weiterhin die Rolle internationaler Werbung, die massiv Konsumwünsche nach westlichem Muster fördert. Neben den nationalen Agenturen spielen in Chile vor allem die beiden US-amerikanischen Konzerne Walter Thompson und McCann-Erickson eine wichtige Rolle. Und da wären auch die mannigfaltigen Formen kulturellen Interventionismus z.B. in der Form ausländischer Fernsehprogramme (in Lateinamerika bilden diese Programme — häufig geringster Qualität — immerhin 50 % der Sendungen). Stellen diese Formen das übliche Muster multinationaler Einflußnahme dar, so sollte eine andere Art zumindest nicht unerwähnt bleiben: die Finanzierungsleistungen seitens der westlichen Nichtregierungsorganisationen. Im Falle des *Fortín Mapocho* stellte dies immerhin eine 37-prozentige Beteiligung seitens eines Konsortiums italienischer NROs dar.

Das Elend der Alternativen

Von den Konzentrationstendenzen auf dem chilenischen Medienmarkt waren und sind die alternativen — oder besser oppositionellen — Medien in besonderem Maße betroffen. Diese Medien unterscheiden sich weniger in Sprache und Form von den klassischen Massenmedien als in den transportierten Inhalten. In Chile betraf dies vor allem den Versuch, vermittels anderer Informationen die Diktatur von innen aufzuweichen. Vor allem zu Beginn ihres Entstehens thematisierten sie die Verletzung der Menschenrechte; sie stellten ein Forum zur Kritik der Politik des Regimes und zur Entwicklung von Alternativen dar; und sie stellten ihre Seiten den Kräften der Opposition zur Verfügung. Diese Art der Medien ist gerade seit dem Ende der Diktatur in vollem Umfange den Gesetzen des freien Marktes unterworfen. Im Gegensatz zu den Basismedien — in Chile 'comunicación popular' genannt — fehlt ihnen aber auch eine direkte Verankerung bei sozialen Organisationen.

Die oppositionellen Medien sind ein direktes Produkt der Diktatur. Einige von ihnen hatten in einer ersten Liberalisierungsphase Ende der siebziger Jahre ihre oppositionelle Arbeit mit Unterstützung aus dem Ausland aufgenommen. Auch wenn diese Zeitschriften nicht als solche der eigentlichen Linken betrachtet werden können, kann man ihnen nicht abstreiten, daß sie Entscheidendes zur Überwindung der Diktatur beigetragen haben.

Anders als erwartet lohnte sich die *transicón* für diese Wegbereiter der Demokratisierung nicht. Seit 1990 ist im Bereich der alternativen Medien ein wahres Blättersterben zu verzeichnen. Einige der Gründe (Druck und Auslieferung) sind mittlerweile struktureller Art und hatten bereits während der Pinochetzeit ihre Wirkung gezeitigt. Andere Gründe sind direkt dem derzeitigen chilenischen Modell von Demokratie inhärent.

Ausverkauf oder das Ende der vierten Gewalt

Die Finanzierung stellt ein eigenes Problem dar. Während der Zeit der Diktatur wurden die oppositionellen Medien durch chilenische Exilanten einerseits und Gelder europäischer NROs und Regierungen andererseits gestützt. Das Ende der Diktatur bedeutete perspektivisch den Wegfall dieser Gelder und eine deutliche Konfrontation mit den Gesetzen des Marktes. In einer Situation, in der der Verteilungskampf um Werbemittel innerhalb der Medien so bestimmend geworden ist, daß sich viele Werbeträger nicht davor scheuen, den Agenturen neben den üblichen Provisionen von 15 % weitere Vergütungen von 1 bis 10 % einzuräumen, liegt es auf der Hand, daß die Kleinen unter ihnen geringe Chancen haben, an die Töpfe zu gelangen. Deshalb wurde über andere Formen der Finanzierung nachgedacht.

Mit dem Machtwechsel versuchten Repräsentanten der oppositionellen Medien im Gespräch mit bestimmten Vertretern der chilenischen Regierung eine Unterstützung vermittels staatlicher Werbung zu erhalten. Doch die pinochetistische Junta hatte vorgesorgt und über Verträge staatliche Werbegelder den ihr zugetanen Medien noch weit bis in die Zeit der Demokratisierung hinein zugeschanzt.

In der Klemme, versuchten die Vertreter von fünf alternativen Zeitschriften erneut, den Kontakt zu den europäischen Geldgebern wiederzubeleben. Bei einer Reise durch die entsprechenden Länder erklärten aber zwei Vertreter der chilenischen Regierung, daß eine solche Hilfe als „Intervention" von außen betrachtet würde, die ihnen in den Zeiten der Demokratie mehr als unangemessen erschiene.

In diesem Zusammenhang ist der Fall (im doppelten Sinne) von *Análisis* interessant. Die Zeitschrift hatte sich vor allem darum bemüht, Menschen in ihrem Kampf gegen das Regime zu unterstützen, in dem sie im speziellen Informationen über soziale Mobilisierungen verbreitete. Konfrontiert mit densel-

Foto: Ulrich Brand, in Chile

ben Schwierigkeiten wie die anderen oppositionellen Medien bot sich ihr zunächst eine Art von Ausweg aus der Misere. Vermittels des Vorstandsmitgliedes Belisario Velasco, der zugleich Staatssekretär im Innenministerium ist, wurde versucht, finanzkräftige Aktionäre für das Blatt aus dem Umfeld des Staatspräsidenten Aylwin zu finden. Ein Strohmann deckte den mehrheitlichen Einstieg eines Schwiegersohns Patricio Aylwins. Der ehemalige Direktor der Zeitung wurde entlassen, ein Großteil des Personals gleich mit ihm. Und obwohl dies jeglicher unternehmerischer Logik widersprach, unterließen die neuen Eigner es, die angefallenen Schulden der Zeitschrift zu übernehmen. *Análisis* mußte ihr Erscheinen im Mai dieses Jahres definitiv einstellen.

Wollte man mutmaßen, könnte man — bei so unterschiedlichen Formen der politischen Einflußnahme — von einem recht bewußten Versuch regierungsnaher Kreise sprechen, jegliche Form oppositionellen Diskurses schon im Keim zu ersticken.

Das Gespenst der Pressefreiheit

Ein Gespenst zieht durch Chiles Redaktionen. Von vielen als das Kernstück der 'transición', des Übergangs zur Demokratie beschworen, ist es bisher für niemanden greifbar geworden: die Pressefreiheit. Natürlich ist die 'klassische' politische Zensur seit dem Machtwechsel 1990 in den Hintergrund gerückt. Aber auch sie existiert weiterhin, wie das Verbot des Buches *Impunidad Diplomática* beweist. *Impunidad Diplomática* = Diplomatische Immunität ist eine Publikation des Journalisten Francisco Martorell. Er untersucht die Verflechtungen eines argentinischen Botschafters mit der pinochetistischen UDI und einer der einflußreichsten chilenischen Familien. Belisario Velasco wollte mit der Publikation dieses Skandals versuchen, die Verkaufsziffern von Análisis in die Höhe zu treiben, zog dann aber die bereits gedruckten Exemplare aufgrund des Ausmasses des Skandals zurück. Die Affäre geriet so zum Todestoß für Análisis. Das Buch wurde im Frühjahr 1993 verboten.

Wie es sich gezeigt hat, sind in den meisten Fällen die Formen der Zensur allerdings subtiler geworden. Die weitgehend abgeschlossene Monopolbildung im Bereich der Medien ist häufig weitaus effektiver als jegliche Art politischer Maßregelungen der alten Form. Der Fall der alternativen Medien zeigt, daß die Monopole — gewollt oder ungewollt — auch heute noch Schützenhilfe von politischer Seite erhalten.

Aber die Zensur trägt nicht nur ökonomische und politische Züge. Über die Hälfte der chilenischen Bevölkerung — seien es ArbeiterInnen, BewohnerInnen der armen Vorstädte, Campesinos, sexuelle und ethnische Minderheiten oder deren jeweilige Organisationen — findet jenseits der sensationalistischen Berichterstattung seit dem Ende der UP systematisch keinen Zugang mehr zu den Massenmedien. Diese Form der sozialen Zensur ist vielleicht jene, die die breiteste Form der Reaktion gefunden hat. Eine ganze Bewegung paralleler Medien findet ihre Wurzeln darin die 'Comunicación popular', d.h. die Basismedien.

Hinsichtlich des üblichen Medienrummels scheinen es wenig spektakuläre Dinge zu sein, die sich in den Vororten Santiagos oder in der weiten chilenischen Provinz tun. Wenn man hier z.B. von Lokalfernsehen spricht, dann meint man damit keine potenten Sendeanlagen, sondern Videovorführungen auf der Straße, wo nicht Madonna, sondern die lokale Rockband gezeigt wird. Unter 'boletines' versteht man hier auch keine ästhetisch hochstehenden Glanzzeitschriften, sondern kleine, auf schlechtem Papier gedruckte Veröffentlichungen, die über die Sorgen der Menschen sprechen. Kleinstausstellungen, Flugblätter, Theateraufführungen all das gehört in den Bereich des Phänomens 'Comunicación popular'.

Dem herrschenden Diskurs entgegen: Ausblicke

So gibt es auch in Chile — wie in anderen Ländern Lateinamerikas — eine radikal andere Form der gesellschaftlichen Kommunikation. Unter den Beteiligten herrscht weitestgehend ein breiter Konsens über die Konzeption der Basismedien. Übereinstimmung gibt es hinsichtlich des demokratischen (sowohl hinsichtlich der Inhalte, als auch der Strukturen), des partizipativen und des interaktiven Charakters der anderen Kommunikation. Sprache, Form und Inhalte richten sich direkt an den Gewohnheiten der Menschen aus. Ihre wichtigste Funktion liegt in direkter Verbindung mit bestimmten Basisorganisationen in der Unterstützung der Demokratisierung der Gesellschaft. Im Gegensatz zu den traditionellen oder alternativen Massenmedien wird stets eine Handlungsperspektive mitgedacht. Auch wenn diese einzige Form wirklich demokratisch legitimierter Medien eventuell noch weitaus mehr zur Mobilisierung des chilenischen Volkes und zur Überwindung der Diktatur beigetragen hat als die anderen oppositionellen Medien, so scheint es, daß auch den Basismedien heute — 'demokratisch' legitimiert — der Garaus gemacht werden soll.

Ein Beispiel die Lokalradios. Seit Frühjahr 1991 ist den ehemals 52 Lokalsendern der Betrieb verboten. Dahinter stehen die ARCHI, der Zusammenschluß der kommerziellen Radios Chiles und die Sperrminorität Pinochets im Senat. Seit nunmehr über zwei Jahren warten die Aktivisten von Monat zu Monat auf das grüne Licht. Für viele von ihnen bereits eine zu lange Zeit. Einer von ihnen, Jorge Moraga, der den Lokalfernsehsender Canal 3, La Victoria aufgebaut hat, dazu: „Wir hatten die Vorstellung, daß die Regierung sich nicht nur formal, d.h. in der Form von Gesetzen zur Demokratie bekennen würde, sondern daß besonders die tatsächliche Demokratisierung des Kommunikationswesens eine vorrangige Rolle spielen würde. Heute befinden wir uns in der Situation, daß die alten Monopole aus der Zeit der Diktatur im Bereich der Medien weiterbestehen und die Regierung, mal von vereinzelter Unterstützung abgesehen, uns weder finanziell noch institutionell bei der Demokratisierung der Medien zur Seite steht."

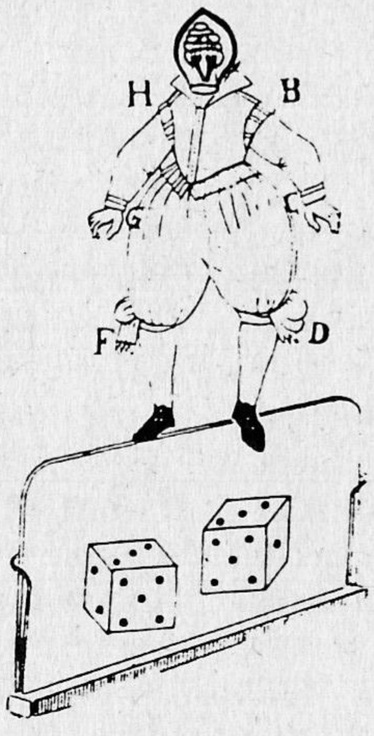
Es gehört schon einiges dazu, unter den genannten Bedingungen vom „demokratischen Modell Chiles" zu reden. Einer Schlußfolgerung aus dem Beispiel der chilenischen Medien sollte in jedem Falle vorgebeugt werden: Die Konzentration der chilenischen Medien ist nicht primär einer internen Logik der Medien zu verdanken. Die Entwicklungen dort sind die direkten Folgen einer politischen Einflußnahme. Und sie reflektieren — als Folge des neoliberalen Modells — in besonderem Maße die Konzentrationstendenzen der chilenischen Industrie und des chilenischen und ausländischen Kapitals, die sich bis weit in den medialen Sektor hin ausstrecken. ●

HOLM-DETLEV KÖHLER

„Nichts ist absurd!“

Ein Gespräch mit Agnes Heller über die Situation der Linken heute und über den Umbruch in Ungarn

Agnes Heller gehört gemeinsam mit ihrem Mann Ferenc Fehér zu den originellsten und produktivsten Theoretikerinnen der Nachkriegs-Linken in Ost und West. Als berühmteste Schülerin der von Georg Lukács gegründeten Budapester Schule emanzipierte sie sich zunehmend vom Schuldenken ihres Lehrers. Nach langen Jahren des Dissidentinnen-Daseins mußte sie schließlich 1977 ihre Heimat verlassen und lehrt nach einem Aufenthalt in Australien inzwischen an der New Yorker New School for Social Research. Seit dem Regimewandel in Ungarn verbringt sie wieder einen großen Teil ihrer Zeit in Budapest.



Was kann heute nach den weltverändernden Ereignissen der letzten Jahre noch „links“ bedeuten?

Heller: Am Ende des 19. und Beginn des 20. Jahrhunderts war es sehr einfach, zu definieren, was „links“ ist. Alle Liberalen gehörten damals zur Linken und die Konservativen zur Rechten. Sozialisten gehörten in Europa ebenso zur Linken wie Demokraten. Es gab damals noch kein allgemeines Wahlrecht. Alle, die sich für die echten demokratischen Prinzipien einsetzten, die sich für Liberalismus einsetzten, die die soziale Frage auf die Tagesordnung setzten, alle diese Leute gehörten zu den Linken. Zur Rechten gehörten die Konservativen, die das ancien régime mit seinen gesellschaftlichen Strukturen, besonders die bestehenden Klassenstrukturen, wiederherstellen wollten. Dann gab es eine Linke, die eine Veränderung der Gesellschaft wollte, aber eine Art der Veränderung, die man nicht als demokratisch bezeichnen kann.

Das waren sehr klare Linien und alle wußten wer zur Rechten oder zur Linken gehört. Wer sagte: ich bin ein Republikaner, gehörte zur Linken. Schon Faschismus und Nazismus haben diese klare Unterscheidung ein wenig verwirrt. Nazismus heißt „Nationalsozialismus“, und Faschismus war auch mit Sozialismus vermengt. Der Bolschewismus, der beinahe zu derselben Zeit an die Macht kam wie der italienische Faschismus, hat die Idee des Sozialismus für die Zwecke der Diktatur mit der Vision eines totalitären Staates vereinigt. Alle diese neuen Phänomene machen das Konzept der Linken problematisch. Die Frage war nicht mehr ob Leute, die sich Sozialisten, Demokraten und Liberale nennen zu der Linken gehören oder nicht, sondern zu welcher Linken. Man mußte immer erst klassifizieren zu welcher Linken wir gehören. Dasselbe passierte auf der rechten Seite z.B. mit der Unterscheidung zwischen Konservativen und Faschisten.

Das heißt, eine Neudefinition der Linken und der Rechten fängt schon an mit den Entwicklungen der verschiedenen totalitären Bewegungen, totalitären Identitäten, Staaten und Gesellschaften. Nach dem II. Weltkrieg wurde die Sache noch komplizierter. Zwar bestanden die alten Themen der Linken weiter, aber neue Themen haben sich entwickelt, die vorher nicht auf ihrer Tagesordnung gestanden hatten. Typisch dafür ist die sogenannte „neue Linke“, die ganz neue Probleme, z.B. neue Lebensformen, alternative Verhaltensweisen — daß der Zivilisierungsprozeß, der sich seit dem 16. Jahrhundert entwickelt hat, jetzt eine andere Richtung nehmen soll — aufs Tapet brachte. Nicht Reparatur, sondern eine Neuinterpretation der Zivilisierung war die Forderung.

Diese Neuinterpretation der Lebensformen wurde mit verschiedenen sogenannten „Revolutionen“ assoziiert, z.B. die sexuelle Revolution, die Revolutionierung des Erziehungswesens sowohl zu Hause wie in den Institutionen, Abbau des Obrigkeitsstaates etc. Diese Fragen gehörten von jetzt an zur Linken. Eine ähnliche Entwicklung nahm die rechte Seite. Probleme des Lebens, z.B. die Verteidigung des Lebens in der Abtreibungsfrage, traten im konservativen Milieu auf und bekamen eine interessante Funktion.

Der nächste Schritt war ein Zusammentreffen linker und rechter Themen. Leute fingen an, gemeinsam zu denken, zusammen zu demonstrieren, ohne überhaupt noch unterscheiden zu können ob diese Themen zur Linken oder zur Rechten gehörten, z.B. das Thema „Leben“ oder das Thema der Verteidigung der Umwelt. Das ist vielleicht in den USA spürbarer als in Europa. In den Vereinigten Staaten weiß man überhaupt nicht mehr, was zur Linken und was zur Rechten gehört. Heute gibt es z.B. eine Bewegung gegen die Pornographie. Wer weiß, ob sie eine linke oder rechte Bewegung ist? In der Rechten ist diese Bewegung an den Puritanismus, die Religion geknüpft, in der Linken gilt sie der Verteidigung der Frauen, ist mit der Frauenbewegung verknüpft. Wenn die Bewegung sich organisiert und Demonstrationen macht, dann sind alle dabei und niemand fragt, wo ihre Wurzeln sind. Es gibt noch immer einige typische linke und einige typische rechte Probleme, aber die Unterschiede sind nicht mehr so klar wie früher.

Noch eine Anmerkung zum Problem der Lebensweisen, zum Problem des Sozialismus: In Osteuropa gibt es sozialistische Parteien, aber diese Parteien, besonders in Un-

garn, sind Parteien, die für eine kapitalistische Entwicklung in Ungarn stehen. Die sozialistische Partei vertritt zusammen mit den liberalen Parteien eine Privatisierung und die Integration Ungarns in den Weltmarkt. In Ungarn sind typisch sozialistische Gedanken als Themen von der extremen Rechten aufgenommen worden. Der bekannteste Repräsentant der extremen Rechten in Ungarn, Djurka, ist ein Sozialist, und was er über den Kapitalismus schreibt, ist genau das, was wir in der linken Presse vor 10, 20 oder 30 Jahren gelesen haben. Sehr viele Kritiker von Dsurka in Ungarn haben gezeigt, daß alles was er sagt, von der extremen linken Presse schon mal gesagt wurde. Aber dieser Vergleich ist natürlich keine Diskreditierung, sondern beweist nur, daß einige Themen jetzt migrieren, z.B. das Thema des Egalitarismus, des Antiamerikanismus, des Antikapitalismus. In Ungarn migrierten diese Themen zur extremen Rechten. Sie würden auch zurückmigrieren.

Ich spreche über Migration — ich möchte das unterstreichen — in der Hinsicht, daß traditionelle linke Ideen von der Rechten aufgenommen werden und gewisse konservative Ideen von der Linken. Die Sozialdemokratie ist z.B. sehr konservativ geworden. Wenn man mich fragt, welches sind die Parteien, die etwas konservieren wollen, würde ich antworten: die sozialdemokratischen Parteien wollen etwas was jetzt existiert konservieren, das heißt in dem echten Sinn des Wortes, sie sind für das ancien régime. Das heißt wirklich Konservatismus und das ist auch eine Migration. Leczek Kolakowsky wurde einmal gefragt was er ist, und er sagte: Ich bin ein konservativ-liberaler Sozialist. Ich glaube, daß die Antwort gut war. Eigentlich ist er konservativ, er möchte auch Sozialist sein, die demokratischen Errungenschaften konservieren; er möchte auch die alte europäische Kultur konservieren; wie ich das auch tun würde. Wir sind liberal, wir sind für Menschenrechte und Toleranz. Ja, wir sind auch Sozialisten, wir glauben, daß man die soziale Frage auf die Tagesordnung stellen soll, da sonst in einer modernen Gesellschaft sehr viele Errungenschaften zugrundegehen würden. Man kann sagen, sie können konservativ, liberal und Sozialist sein, und keine Kombination klingt für die heutigen Ohren absurd. Nichts ist absurd.

Nur eine kurze Anmerkung: Antikapitalismus und Antiamerikanismus gab es schon immer bei der Rechten, bei der extremen Rechten ist das eigentlich ein klassisches Thema...

Heller: Ja, bei der Rechten in Deutschland, aber nicht in Ungarn. In Ungarn waren sie eher antisowjetisch als antiamerikanisch gestimmt.

Wie steht es heute mit Ihrer Unterscheidung in eine „westliche" und eine „östliche" Linke, die ja logisch war als es noch einen Westen und einen Osten, eine Welt in zwei Blöcken gab. Ich möchte Sie dazu nochmal an ihre Charakterisierung der westlichen Linken aus einer Schrift von 1986 erinnern: „Alle Faktoren drängen dem demokratischen und realistischen Teil der westlichen Linken die beklemmende aber leider richtige Erkenntnis auf, daß sie zwischen zwei Welten stehen, mit keiner derer sie sich identifizieren können — und auch ohne unmittelbare Aussicht, eine dritte alternative eigene Welt ins Leben rufen zu können." Das war das Dilemma der westlichen Linken. Die Frage ist nun: Wo steht die Linke nach dem Zusammenbruch einer dieser beiden Welten? Gibt es jetzt noch weiterhin eine Unterscheidung zwischen östlichen und westlichen Linken? Wie hat sich diese Unterscheidung transformiert?

Heller: Die Linke ist sehr desorientiert. Das war ein großes Geschenk vom Leben, daß die sowjetische Republik zusammenbrach. Aber eben weil es ein Geschenk war, ein ganz zufälliges Ereignis, konnten die Menschen mit dieser Eventualität überhaupt nicht rechnen. Es ist gestern passiert, wir hatten noch keine Zeit, darüber richtig nachzudenken. Praktisch haben wir darüber nachgedacht was unser nächster Schritt sein wird, aber wir haben nicht die theoretischen Konsequenzen aus diesem Zusammenbruch gezogen.

Ich glaube es wird eine Weile dauern bis die Linke wieder einen neuen Diskurs entwickelt, in dem man die Folgen dieser totalen Transformation des Lebens in Europa und nicht nur in Europa reflektieren kann und muß. Diese Diskussion der Taubstummen zwischen Linken der westlichen und östlichen Welt wird allerdings verschwinden. Sie fängt an zu verschwinden, denn die Probleme der linksorientierten Leute in den zentral-osteuropäischen Ländern stehen jetzt näher bei den Problemen der westeuropäischen Linken als früher. In der Opposition war die östliche Linke mit ihrem Nein-Sagen immer mit westlichen Linken konfrontiert. Für die östliche Linke war die westliche Demokratie und die Marktwirtschaft ein Ideal gewesen. Alles was ihre Gesellschaft, die dortigen Machtverhältnisse negierte, wurde als eine positive Alternative wahrgenommen. Dadurch, daß das sowjetische Regime verschwunden ist, daß in diesen Ländern ein hoffentlich liberal-demokratisches System entsteht und sich auch hoffentlich stabilisieren wird, hat diese Perspektive gewechselt. Die linksorientierte ungarische, tschechische und polnische Jugend wird nicht einen Kapitalismus, eine Demokratie ohne weiteres und ohne Unterschiede idealisieren. Bisher haben sie nicht gefragt: Was ist Demokratie? Was ist Kapitalismus? Sie wußten nur: das ist die positive Alternative! Aber jetzt, wo sie sich selbst diese Errungenschaften des Westens erkämpft haben oder sie als ein Geschenk von der Geschichte bekommen haben, jetzt müssen sie auch über diese Fragen reflektieren, was für eine Demokratie sie wollen, was für einen Kapitalismus sie wollen, wie man sich mit dem Weltmarkt und auch mit der Europäischen Gemeinschaft theoretisch und praktisch auseinandersetzen kann.

Eine Besonderheit existiert noch immer in Osteuropa: Weil es kein Mehrparteiensystem gab, gibt es organisierte Rechtsparteien, die neu sind und die viel mehr Furcht erregen als die Rechtsparteien hier im Westen. Sie erregen mehr Furcht wegen der Kriegssituation auf dem Balkan und weil die bisherige offizielle marxistische Terminologie nicht die öffentliche Erscheinung der faschistischen Sprache erlaubte. Jetzt erscheinen alle Sprachen frei und auch die faschistische Sprache erscheint frei. Das gibt der Linken und den Linksliberalen in Ungarn ein besonderes Problem auf: sie müssen die Sprache des Faschismus bekämpfen. Es ist das erste Mal, daß sie diese Sprache zu bekämpfen haben, während im Westen die Linke schon seit 50 Jahren dabei ist. Wir bekommen jetzt unseren Historikerstreit. (Bisher hatten wir noch keinen Historikerstreit, weil wir keine Möglichkeit dazu hatten.) Es gibt also einige Fragen in der Diskussion der Linken, die im Westen schon lange passé sind.

Die andere Frage ist der Kapitalismus und der Markt. Die Linken in Ungarn haben dazu eine andere Einstellung als die Linken im Westen. Für die Linken im Westen ist die Hauptfrage, wie man den Markt gesellschaftlich kontrollieren und limitieren kann. In den östlichen Ländern ist noch immer die wichtigste Frage, ob und vor allem wie man privatisieren kann. Wie kann man so privatisieren, daß nicht der Staat stark wird, sondern die zivile Gesellschaft mehr Macht bekommt, daß ein gutes Steuersystem zustandekommt, daß kleine Unternehmer mehr Möglichkeiten bekommen, daß das Kapital die ungarischen Arbeitnehmer in Arbeit setzt? Diese Fragen sind im Westen überhaupt nicht existent. Andererseits gibt es einige ganz neue linke Fragen, die sich im Osten zumindest nicht kontinuierlich gestellt hatten, z.B. Frauenfragen, Feminismus, Umweltschutz und weitere wichtige Themen sind ganz und gar neu, die im Westen schon seit Jahrzehnten aktuell sind.

Ich weiß aber nicht, ob man deswegen von einer Zurückgebliebenheit im Osten reden kann. Vielleicht ist es auch so, daß eine Bevölkerung, die spät zu einem Problem kommt, sich mit diesem in einer anderen Weise auseinandersetzt. Man kann nicht vorher wissen, ob neue Formen, Institutionen und Bewegungen, auch Lebensformen, von dieser späten Auseinandersetzung mit einigen im Westen schon längst behandelten Themen entstehen werden. Es gibt schon einige Parteiformationen, die ganz neu sind in Osteuropa. Es gibt keine wirklichen traditionellen Parteien, nur die alte sozialistische Partei ist traditionell. In Ungarn gibt es beispielsweise eine Partei der Jugend. Bis zum

heutigen Tag haben sie keine Leute aufgenommen, die älter als 35 Jahre sind, und wenn heute Wahlen stattfinden würden, würden sie die meisten Stimmen bekommen. Das ist ohne Beispiel in der ganzen modernen Welt, nicht nur in Europa. Auch der Liberalismus könnte im Osten eine Neuheit erleben. Liberale Parteien sind immer sehr klein gewesen, vielleicht weil Liberalismus keine Ideologie hat. Die liberale Partei in England ist eine kleine Partei, in Deutschland ebenso, der US-amerikanische Liberalismus, ein wenig anders als in Europa, ist eine Minderheitenbewegung. Ich glaube, daß in Mittel- und Osteuropa ein Wunder passieren kann, daß die liberale Partei die Mehrheit bekommt. Auch das wird ohne Beispiel sein.

Als wir vor einiger Zeit Oskar Negt zur Rolle der Linken befragten, hat er gesagt: man muß das Ganze neu denken. Das klingt eigentlich radikal neu, ist aber in meinen Augen eine sehr traditionelle linke, sozialistische oder gar marxistische Antwort, und zwar ganz in der Tradition der klassischen Unterscheidung zwischen linker und nichtlinker, zwischen marxistischer Theorie und bürgerlicher Ideologie, wie sie Georg Lukács formuliert hat. Der entscheidende Unterschied für Georg Lukács war, daß das marxistische Denken den Totalitätsbezug herstellt, d.h. bei jedem Thema den Zusammenhang zwischen den verschiedenen einzelnen gesellschaftlichen Phänomenen immer mitdenkt. Das wurde bei ihm zum Unterschied gegenüber konservativem, liberalem und bürgerlichem Denken schlechthin. Deswegen ist die Antwort „das Ganze neu denken" in diesem Sinne eine traditionelle linke Antwort.

Heller: Das ist ein Slogan gewesen, nie eine Realität. Ich glaube, daß in dem was Negt sagt, etwas Richtiges steckt, aber ich würde es nicht so formulieren. Ich würde nicht sagen, daß man das Ganze neu denken muß. Die alten Begriffe sind nicht mehr dazu in der Lage, die heutige Wirklichkeit zu beschreiben. Das heißt nicht, daß man keinen einzigen der alten Begriffe behalten kann, aber man muß sie alle neu interpretieren. Wir haben eben schon darüber gesprochen, als wir versuchten, Linke und Rechte, Sozialismus und Antisozialismus neu zu interpretieren. Wie kann man sich der Wirklichkeit mit diesen Konzepten nähern? Was ist die Aufgabe der Linken und der Rechten? Das ist eine alte Frage. Ich habe schon ein schlechtes Gefühl, wenn ich auf diese Frage antworte, außerdem glaube ich nicht, daß ein Intellektueller oder ein Philosoph dazu das Recht hat, über die Aufgabe der Linken zu sprechen. Das sind Abstraktionen.

Gut, aber man kann sich über diesen Anspruch, die Gesellschaft als Totalität zu denken, verständigen. Oder ist dieser traditionelle linke Anspruch obsolet geworden?

Heller: Das ist obsolet. Wenn man die moderne Welt mit neuen Kategorien beschreibt, wird man entdecken, daß diese Welt nicht in Begriffen der Totalität gedacht werden kann.

Das heißt, die Linke müßte insofern postmodern werden, als sich der Zusammenhang der Moderne, die Einheitlichkeit der Moderne auch real aufgelöst hat.

Heller: Ich sage ja nicht willentlich: die Linke, sondern ich sage, daß die Welt praktisch schon postmodern geworden ist. Das ist nicht eine Aufgabe, die ich der Welt stelle. Das ist etwas, was die Welt selbst macht. Das „package dealing" ist heute keine angemessene Annäherung mehr an die moderne Welt. In der vorigen Generation hat man immer einen package deal gehabt, d.h. Menschen sind in eine Gruppe eingetreten und haben alles, was diese Gruppe als heilig und absolut anerkannte, ebenso als heilig und absolut anerkannt. So haben sich Parteien, Gruppen, Bewegungen organisiert. Jetzt machen die Leute das nicht mehr. Sie nehmen das eine von der einen Gruppe, das andere von woanders. Die Leute gehören zur selben Zeit zu verschiedenen Gruppen, sind in einer Frage mit dieser Gruppe, in einer anderen mit einer anderen Gruppe einverstanden. So kommt es zu einer diffusen Komposition der gesellschaftlichen Bindungen und networks. Deswegen kritisierten wir den US-amerikanischen Kommunitarismus, denn dort muß man noch immer einen package deal machen, muß alle speziellen Doktrinen und Prinzipien einer Gruppe kaufen, um zu dieser Gruppe zu gehören.

Eine Kategorisierung von Ihnen zerteilt den modernen Westen, die Totalität des Okzidents, in drei voneinander unabhängige Logiken: die Industrialisierung, den Kapitalismus und die Demokratie. Davon ausgehend haben Sie für die östliche Linke analysiert, daß diese im Gegensatz zur westlichen den Kapitalismus nicht kritisiert, einfach deswegen, weil es ihn dort nicht gab. Sie lebten ja in einer nichtkapitalistischen Gesellschaft, und aus demselben Grund kritisierten sie auch nicht die Demokratie, sondern sehnten sie herbei. Den Industrialismus dagegen erlebten und kritisierten sie, da sie in einer nicht-kapitalistischen Form der Industriegesellschaft lebten. Es gab fast keine östlichen Linken, die pro-industriegesellschaftlich eingestellt waren. Trifft diese Kategorisierung des Westens und der östlichen Linken noch zu und was bleibt von den Kritiken der verschiedenen drei Logiken?

Heller: Die allgemeinen drei Logiken der Moderne sind die folgenden: Industrialisierung, funktionelle Arbeitsteilung und das Experimentieren mit neuen Staatsformen. Diese Logiken sind in der westlichen und in der östlichen Welt weitgehend identisch. In den östlichen Ländern erschien aber die funktionelle Arbeitsteilung als die Diktatur über die Bedürfnisse, die neue Staatsform wurde die totalitäre Staatsform und die Industrialisierung lief in einer zum Westen verschiedenen Weise ab. Das sind die gemeinsamen Züge. Von diesen zwei Wegen der Entwicklung der drei Logiken der Modernität war nur die westliche lebensfähig. Natürlich hätte die sowjetische Gesellschaft auch 20, 40, 50 Jahre mehr überleben können, aber es war doch eine Kombination der drei Logiken, die zur Selbstzerstörung führte. Diese widersprachen sich einander in einer Weise, daß der Widerspruch die gesellschaftlichen Strukturen explodieren ließ. Zum Beispiel hätte ein totalitärer Staat nie die Negation erlaubt und ohne Negation, ohne Nein zu sagen, kann sich die Industrie nicht entwickeln, ist eine natürliche industrielle Entwicklung nicht möglich. Die funktionale Arbeitsteilung im sowjetischen Regime hat in eine verkehrte Auswahl gemündet. Das war eine gesellschaftliche Selektion, eine darwinische Auswahl derer, die weniger fähig waren. Es war eine Degenerierung der gesellschaftlichen, spirituellen und intellektuellen Kapazität. So entwickelte sich ein Widerspruch innerhalb der drei Logiken, der früher oder später zu einem Zusammenbruch führen mußte. In der westlichen Modernität sind die drei Logiken auch widersprüchlich, aber diese Widersprüche können sich immer wieder lösen, neue Widersprüche produzieren in einer Weise, die Hegel in der Phänomenologie am Beispiel der Kategorie der Moralität beschrieben hat, wo das Böse durch die Negation in die moderne Gesellschaft eingebaut ist. Das kann die Sowjetgesellschaft nicht machen, das Böse plausibel zu nennen. Sie muß es ausstoßen, sie kann es nicht in die Gesellschaft einbauen und darum ist es selbstzerstörerisch. Die westliche Modernität ist im Prinzip nicht selbstzerstörerisch, aber sie kann sich auch zerstören. Sie haben natürlich recht, daß die Differenzierung in die drei Logiken auch eine Absage an den Totalitätsgedanken ist. Wenn man über drei Logiken spricht, die einander widersprechen, und wo man die Balance, das Gleichgewicht der Logiken, sehr schwer stabilisieren kann, dann kann man über die Totalität überhaupt nicht mehr reden.

Eine letzte Frage zur Linken: Ein Großteil Ihrer Arbeit ist ein produktives Zerstören der traditionellen linken Mythen, beispielsweise der Mythen der Revolution, der Dritten Welt, der antifaschistischen Allianz, der einheitlichen wissenschaftlichen Theorie und ähnlicher linker Mythen. Nun gibt es aber andere linke Mythen, zu denen ich auch mal gerne Ihre Meinung gehört hätte, wie zum Beispiel der libertären Gesellschaft, der Selbstverwaltung, der Utopie, der Solidarität oder der Basisdemokratie. Alles das sind auch Beispiele für linke Mythen.

Heller: Ja, das sind linke Mythen.

Sind die ähnlich zerstört oder total zu kritisieren wie die vorhin genannten?

Heller: Nein, ich glaube nicht. Es sind linke Mythen, falls man sie als gesellschaftskonstituierende Institutionen darstellt. Wenn man glaubt, daß eine selbsterhaltende Gesellschaft existiert, Selbstverwaltung, autonome Gesellschaft usw.: In dieser Hinsicht muß man sie zerstören. Aber man kann sich innerhalb einer Gesellschaft vorstellen, daß diese Ideen nicht als linke Mythen funktionieren und daß autonome, selbstkonstituierende, selbstverwaltete kleine Betriebe, menschliche Gemeinschaften, Kommunen, Kibuzzime existieren. Das kann man nicht in Frage stellen. Ich habe in meinem Buch über Gerechtigkeit einen Slogan von Nozick übernommen: die wirkliche Utopie ist eine Utopie, in der alle Utopien realisiert sind. Diese Utopie kann man realisieren, aber man muß sich das so vorstellen, daß innerhalb der Realisation andere Utopien realisiert werden. Es gibt Menschen für die es eine Utopie ist, immer allein zu leben, als Individuen zu leben. Wenn man diese Utopie nicht realisiert, realisiert man nicht alle Utopien. Diese Utopien, die Sie als linke Mythen beschrieben haben, sind nur dann Mythen, wenn man sie als die Konstitution der ganzen Gesellschaft vorstellt. So spricht Castoriadis zum Beispiel über autonome Gesellschaft und glaubt, daß es nur direkte Demokratie geben soll, daß die ganze mittelbare, repräsentative Demokratie überhaupt nichts wert ist und alle kleinen Institutionen auf direkter Demokratie aufgebaut sein müssen. Ich glaube, das ist eine schreckliche Idee, eine fürchterliche Utopie, eine Anti-Utopie. Aber das heißt nicht, daß es keine menschliche Gemeinschaften geben kann, in denen das der Fall ist.

Jetzt möchte ich auf die Verhältnisse in Ungarn zu sprechen kommen. Der Mitbegründer einer unabhängigen ungarischen Gewerkschaft Pal Forgasz hat die Stimmung im Volk derzeit in folgende Sätze gefaßt: Die Demokratie steht heute in Ungarn viel schlechter da als vor drei Jahren. Dann zitierte er einen Ausdruck aus dem Volk: Was ist noch schlechter als der Kommunismus? Antwort: Das, was danach kommt!

Heller: Das ist ungerecht. Ich denke überhaupt nicht, daß es um die Demokratie heute schlechter steht als vor drei Jahren. Vor drei Jahren hat man eine demokratische Periode in Ungarn eröffnet und wußte überhaupt nicht, was Demokratie heißt. Man hat an die Demokratie geglaubt, in der es nur anständige Linke und Zentristen und keine Rechten geben wird. Sie waren ganz erstaunt, als auch diejenigen frei sprechen konnten, die sie nicht hören wollten. Eine Illusion wurde zerstört. Aber die Menschen im Zentrum und auf der Linken haben doch die Kraft gehabt, diese neuen Tendenzen zu isolieren. Das heißt, daß die Demokratie in Ungarn heute besser dasteht, denn wir sind nicht mehr naiv, wir haben keine Illusionen mehr und wir haben schon unsere Kraft ausprobiert, eine aggressive Rechte zu isolieren, zu marginalisieren. Das ist jetzt beides gelungen. Ich glaube, daß die ungarische Demokratie diese Schwierigkeiten durchlebt und daß wirklich etwas im Kampf herauskommt. Demokratie bekommt man nicht als Geschenk. Man muß dafür etwas tun und wir haben schon etwas dafür getan. Das Lebensniveau ist natürlich schlechter als vor drei Jahren. Die Wirtschaftspolitik der Regierung ist schlecht und wir haben überhaupt keine Hilfe aus dem Westen bekommen, nicht die mindeste Unterstützung, die uns versprochen wurde. Wir müssen entsetzliche Zinssätze der Weltbank und anderen zurückzahlen. Hier sollte es zu neuen Verhandlungen kommen, da sich kleine Länder wie Ungarn mit solchen Schulden wirklich nicht auf die Füße stellen können. Das ist natürlich die Sünde der vorhergehenden Kadar-Regierung. Sie haben diese Schulden aufgenommen, und jetzt müssen wir sie nach der Wende zurückzahlen. Das ist eine wirklich sehr schwere Last auf den Schultern dieser neuen Gesellschaft, und darum ist jetzt die ökonomische Situation wirklich schlechter als vor drei Jahren. Aber das ist nicht mit der politischen Situation zu verwechseln.

Es häufen sich aber Stimmen gerade auch aus Osteuropa, die von der Gefahr der „Lateinamerikanisierung" sprechen. Andere ziehen Parallelen zu der sogenannten ursprünglichen Akkumulation des Kapitals...

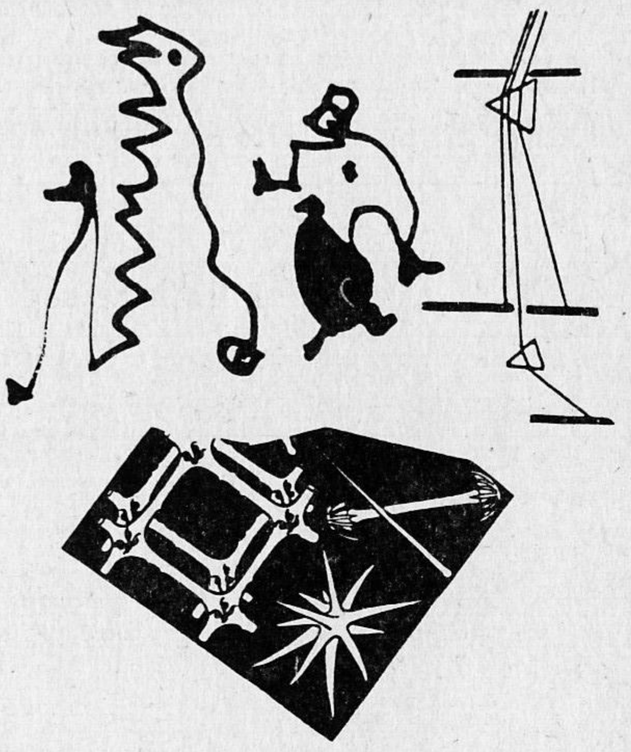
Heller: *Hier gibt es keine Akkumulation des Kapitals. Das Problem ist, daß überhaupt keine Akkumulation des Kapitals stattfindet, daß man die Fabriken und die Werke in Staatsbesitz überhaupt nicht verkaufen kann, daß man sie nicht privatisieren kann. 70 Prozent gehören noch immer dem Staat. Das heißt, wir haben Armut ohne Kapitalakkumulation. Das ist viel schwieriger als in der Zeit der ursprünglichen Akkumulation.*

Sie haben gesagt, es wäre zumindest gelungen, die Rechte zu isolieren, auszugrenzen im Sinne eines Fortschritts im Demokratisierungsprozeß. Nun liest man jetzt in der westlichen Presse fast täglich von dem Erstarken nationalistischer Ideologien in Ungarn, klerikalistischer Ideologien, insbesondere auch im Demokratischen Forum. Können nicht in den bestehenden neuen sozialen Kämpfen, beispielsweise dem ökonomischen Angriff auf die Position der Mittelschichten in Ungarn, mehr Potentiale für rechte Ideologien entstehen?

Heller: Momentan sieht es nicht so aus. Die Meinungsumfragen zum Beispiel zeigen das Gegenteil. Danach sind die Liberalen und die Sozialisten stärker geworden und die NDF, das Demokratische Forum, würde relativ wenig Stimmen bei einer Wahl bekommen. Das heißt, die Leute wollen keine Revolution, sind müde von der Revolution. Sie wollen ruhig leben und keinen Radikalismus, weder von links noch von rechts. Sie wollen die Mitte, sie sind zentristisch, das ist allgemeine Tendenz der Bevölkerung. Die Rechtsradikalen sind sehr laut, aber das heißt nicht viel. Sie kommen auf sehr wenig Stimmen bei Wahlen.

Was ist aus den ungarischen Dissidenten geworden, insbesondere aus den Dissidenten aus dem reichen Intellektuellen-Repertoire?

Heller: Ein Teil der ungarischen Dissidenten ist in die Politik gegangen. Ein kleiner Teil hat dies gut gemacht, ein großer Teil war nicht so sehr geschickt in der Politik wie zuvor in der Opposition. Sie werden von der Politik Abschied nehmen. Aber ein großer Teil der oppositionellen Intellektuellen ist im kulturellen Leben geblieben. Viele haben Positionen an den Universitäten, sie unterrichten die nächste Generation, sie entwickeln neue Zeitungen, besuchen Konferenzen, sie beleben das intellektuelle Leben. Ich habe noch nie erlebt, wie so viele Zeitungen, Zeitschriften etc. sich entwickelten, und alle werden gekauft und interessieren die Leute. Es gibt sogenannte „liberale Kreise" in verschiedenen Städten, in großen und in ganz kleinen Städten, wo Leute zusammenkommen, um politische und andere Probleme miteinander zu besprechen. Es gibt ein öffentliches Leben in Ungarn, nicht unbedingt im Parlament, aber in Gruppen, in Organisationen, in kleinen Gemeinschaften und in der Literatur. Die meisten Intellektuellen der Opposition sind dabei. Einige sind Veteranen und natürlich verbittert, weil sie dachten, daß eine neue Welt kommt, in der sie als Könige der Opposition gekrönt werden. Das ist ausgeblieben, das bleibt immer aus. Die Veteranen glauben, daß alles fehlgeschlagen ist. Das ist eine dumme Verhaltensweise, denn man lebt nicht für die Vergangenheit, man lebt in der Gegenwart. Die Vergangenheit wird immer vergessen. Wir müssen an der Gegenwart teilnehmen, ohne mit unseren großen Verdiensten der Vergangenheit zu kommen. Das gehört zur Geschichtsschreibung, das gehört nicht zu der Gegenwart.



ROLF GÖSSNER

Eine deutsche Juristen-Karriere:

Roland Freisler — Mörder im Dienste Hitlers

In diesem Jahr 1993 wäre der NS-Blutrichter Roland Freisler, die Inkarnation des furchtbaren Juristen, hundert Jahre alt geworden — ein makabres 'Jubiläum' als 'Aufhänger' für ein gleichwohl 'unzeitgemäßes' Buch, das dennoch zur 'rechten' Zeit erscheint: Denn gerade in einer Zeit des gesellschaftlichen und staatlichen Rechtsrucks, wie wir sie gegenwärtig erleben müssen, gerade in einer Zeit, in der wieder die Blindheit des rechten Auges der staatlichen Sicherheitsorgane 'fröhliche Urstände' feiert und in der Strafgesetze verschärft und Grundrechte eingeschränkt werden, gerade in einer solchen Zeit ist es so überaus wichtig, die jahrzehntelange Verdrängung deutscher Geschichte zu stören und an die braune Tradition deutscher Justiz und an ihre Nichtbewältigung in der Bundesrepublik zu erinnern.

Eine späte Publikation: Fast 50 Jahre nach dem Ende der NS-Diktatur wird die Lebensgeschichte einer zentralen Figur der nationalsozialistischen Justiz in einem lesenswerten Buch nachgezeichnet.

Helmut Ortner, Jahrgang 1950, von Beruf freier Journalist, wollte ein 'Buch gegen das Vergessen' schreiben, was ihm — zum Teil in atmosphärisch dichten Passagen — auch gelungen ist. Doch das Unterfangen, Geschichte entlang des Lebensweges einer historischen Gestalt plastisch werden zu lassen, ist nicht ohne Tücken. Die Problematik liegt generell in der Personalisierung von Geschichte, wie wir sie in der modernen Medienwelt allenthalben präsentiert bekommen; sie liegt hier im Herauskristallisieren einer bedeutenden Figur des nationalsozialistischen Justizsystems aus dem Gesamtzusammenhang der Entwicklung des NS-Staates und seiner Strukturen. Es lauert die Gefahr der personalen Dämonisierung Freislers und damit die Exculpation seiner Mittäter, eine Verharmlosung des NS-Systems und seines Justizregimes, die Freisler mitprägten und die von ihm geprägt wurden.

Doch Helmut Ortner hat diese Gefahren erkannt und weitgehend gebannt: Der Autor legt mehr als nur eine Biographie vor. Er schildert die Lebensgeschichte Freislers im historischen Kontext seiner Zeit vom Gymnasiasten aus kleinbürgerlich-konservativem Milieu, über den Rechtsanwalt und Publizisten, zum späteren Staatsbeamten und nationalsozialistischen Richter; er skizziert die Umgestaltung des Strafrechtssystems zum nationalsozialistischen Todeswerkzeug gegen die Opposition, die Umgestaltung der Justiz zu einem wesentlichen Bestandteil des damaligen Vernichtungsprogramms; er beschreibt das Zusammenwirken von Freislers ideologischer Entwicklung und der Entwicklung des NS-Rechts, beleuchtet die Rolle der Justiz und die Einbindung der Richter, Staatsanwälte und Rechtswissenschaftler, die alsbald in ihrer Mehrheit geschlossen hinter der NS-Führung standen. Im Mittelpunkt des Buches steht — exemplarisch — „eine besonders menschenverachtende NS-Institution, die es ohne die willfährige Unterstützung und Mitwirkung von Juristen nicht gegeben hätte — der Volksgerichtshof", dem Roland Freisler seit 1942 bis zum gewaltsamen Ende als Präsident vorstand. Es war die wohl grausamste Ära dieses Terror-Tribunals. Sein blutiger Auftrag: 'Schutz der Volksgemeinschaft' durch Ausmerzung ihrer Gegner.

Ortners Mischform einer erzählenden und dokumentarischen Sachbuch-Biographie hat viele Vorzüge: Sie ist zeitgeschichtlich informativ und facettenreich sowie anschaulich und spannend geschrieben; Geschichte wird auf diese Weise — entlang der Entwicklung einer Art durchgängiger 'Romanfigur' präsentiert — eingängiger und 'lesbarer', als wenn sie durch eine eher trockene geschichtswissenschaftliche Abhandlung dargeboten würde. Doch eine solche Form hat, wegen ihrer Konzentration auf eine Gestalt und eine Institution, notgedrungen auch einige Mankos: So kommt der historische 'Vorlauf', die Rolle der Justiz in der Weimarer Republik, ohne die die NS-Justiz nicht verständlich wird, bei Ortner ein wenig zu kurz; schon damals stellte die Justiz keine zuverlässige demokratische Kraft dar, sondern entpuppte sich letztlich als frühe Wegbereiterin des Faschismus. Ferner kommt durch die Schwerpunktbildung 'Volksgerichtshof' und 'Freisler' auch die Darstellung der unterschiedlichen NS-Gerichtsbarkeiten — Sondergerichte, Kriegsgerichte, Standgerichte, Nacht- und Nebel-Justiz usw. — zu kurz, denn der 'Volksgerichtshof' bildet lediglich einen — wenn auch besonderen — Ausschnitt der NS-Justiz: Immerhin ist für die Zeit von 1933 bis 1945 die Zahl der Todesurteile des „Volksgerichtshofs" mindestens zu verzehnfachen, um auf die Gesamtzahl der Todesurteile aller NS-Gerichte zu kommen, die auf 50 000 bis 80 000 geschätzt wird.

Ortners Buch handelt auch von den Opfern Freislers, von ihren Lebensgeschichten und erschütternden Schicksalen; einige von Freislers Urteilen „Im Namen des deutschen Volkes" wegen „Wehrkraftzersetzung" oder „Vorbereitung zum Hochverrat", wegen „Zersetzungspropaganda" oder „Defätismus" werden dokumentiert — Gesinnungsurteile einer gnadenlosen Justiz:

„...durch seine zersetzenden Bemerkungen hat der Angeklagte unsere Kraft zum Volleinsatz für den Sieg angenagt... Solcher

Verrat macht für immer ehrlos... Er mußte zum Tode verurteilt werden, damit die Siegesgewißheit und damit die Kampfkraft unserer Heimat unangetastet bleibt". „So blieb für den Volksgerichtshof nur übrig, sie ... für ihren Verrat mit dem Tode zu bestrafen. Denn eine andere Strafe kann um der Selbstachtung des Reiches, des Sauberkeitsbedürfnisses unseres Volkes und um des Schutzes von Reich und Volk willen nicht in Frage kommen". „Sie hat also unsere Wehrmacht zu zersetzen gewagt, ist damit für immer ehrlose Magd unserer Feinde geworden und wird dafür mit dem Tode bestraft". „Frau F. erfrechte sich zu der Behauptung. einige Jahre unter angelsächsischer Herrschaft seien besser als die 'gegenwärtige Gewaltherrschaft'... Dadurch ist sie für immer ehrlos geworden. Sie wird mit dem Tode bestraft... Wer so handelt, der ist die personifizierte Schande selbst... Wer so handelt, muß aus unserer Mitte verschwinden."

Ortner sprach mit vielen Zeitzeugen, mit überlebenden Opfern, aber auch mit NS-Tätern, die sich selbst gerne zu Opfern der damaligen Politik uminterpretierten und nichts als ihre „Pflicht" getan haben wollen. Ortners Verdikt über den fanatischen Eiferer Roland Freisler, der Tausende in den Tod schickte:

Er „war keineswegs ein Dämon, der aus der Hölle aufstieg, sondern er kam aus der Mitte des deutschen Volkes. Seine Karriere war eine 'deutsche Karriere'. Er war ein erbarmungsloser Vertreter einer erbarmungslosen Justiz. Ein konsequenter Komplize eines mörderischen Systems. Ein exemplarischer Mörder in Robe — und die Deutschen haben seine Taten, sein Wirken, seine Karriere möglich gemacht."

Das Urteil des Nürnberger Gerichtshofes nannte Freisler nach dem Krieg posthum „den düstersten, brutalsten und blutigsten Richter der gesamten deutschen Justizverwaltung". Helmut Ortner widerspricht dieser Beurteilung nicht, doch er wehrt sich gegen eine Einschätzung Freislers, die ihn nach 1945 „ebenso zum Sündenbock der deutschen Justiz (machte) wie zu ihrem Alibi": „Die überlebenden NS-Juristen benutzten die Dämoisierung Freislers, um ihre eigene Schuld auf dessen Rücken abzuladen." So konnten sich die Mit-Täter als „Verführte" und „Opfer" gerieren.

Am Ende des Buches findet sich ein tabellarischer Lebenslauf Freislers; wäre er nicht 1945 während eines Bombenangriffes in Berlin ums Leben gekommen, so hätte ihm diese Biographie mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Fortsetzung seiner juristischen Karriere in der Bundesrepublik beschert. Davon gingen auch jene Beamten des bayerischen Versorgungsamtes aus, die der Witwe Freislers eine sog. Schadensausgleichsrente gewährten mit der Begründung, es müsse unterstellt werden, daß Freisler — hätte er den Krieg überlebt — „als Rechtsanwalt oder Beamter des höheren Dienstes tätig geworden wäre". Eines seiner wenigen überlebenden Opfer hat für ihr erlittenes Martyrium ganze 920 DM erhalten — als einmaliges Schmerzensgeld.

Im Buch-Anhang findet sich darüber hinaus eine Auflistung der Urteile, der Berufsrichter und der Staatsanwälte am „Volksgerichtshof" (VGH). Daraus geht hervor, daß die Richter des VGH in der Zeit von 1934 bis 1945 von 16342 Angeklagten insgesamt 5243 zum Tode und 7768 zu zeitigen bzw. lebenslangen Freiheitsstrafen verurteilten; lediglich 1089 Angeklagte wurden freigesprochen. Mindestens 80 der VGH-Richter und -Staatsanwälte sind nach 1945 wieder im bundesdeutschen Justizdienst beschäftigt worden und richteten erneut über die gleichen Opfer — so etwa im Verlauf der Kommunistenverfolgung der 50er und 60er Jahre. Ein dunkles Kapitel dieser Justiz und dieser Gesellschaft, das fatale Auswirkungen zeitigte, denen sich das Buch ebenfalls widmet.

Der massenhafte Justizmord blieb straffrei — juristische Konstruktionen und der Kalte Krieg machtens möglich. Die bundesdeutsche Justiz ist jedenfalls mit Hunderten von NS-Tätern errichtet worden — eine ungeheuerliche Tatsache, die gegenüber dem juristischen Nachwuchs systematisch verdrängt und verklärt wurde: „Die stolze Geschichte der Richterschaft durchzogen stets die Treue zur Staatsführung und die Liebe, mit der man dem Staate diente". Diese peinliche Äußerung stammt von dem ehemaligen Landgerichtspräsident Hubert Schorn und ist nachzulesen in seinem Rechtfertigungswerk „Der Richter im Dritten Reich" (1959). Wahrlich eine stolze Geschichte der politischen Rechtslastigkeit, des faschistischen Justizterrorismus und der Selbstamnestierung. Mit den überschwenglich positiv besetzten Richtereigenschaften der „Treue zur Staatsführung" und der „Liebe" zum Staat hat Schorn allerdings das ungeheure Dilemma eines überwiegenden Teils der deutschen Richterschaft (in West wie Ost, insbesondere bei politischen Verfahren) ungewollt offenbart: die Staatsbezogenheit, ja Staatsfixiertheit, die die Freiheitsrechte der Bürger zwangsläufig in den Schatten stellen.

Die Wiedereingliederung von Nazis, von ehemaligen NS-Beamten in den staatlichen Verwaltungsapparat und der große „Friede mit den Tätern", also die tendenzielle Nichtverfolgung von NS-Verbrechern bzw. ihre Amnestierung, überhaupt die gigantische Nicht-Aufarbeitung respektive Verdrängung der NS-Zeit und ihrer Folgen — all das, was Ralph Giordano als „zweite Schuld" bezeichnet, offenbart in eindrucksvoller Weise, wie wenig die Westdeutschen, wie wenig die Juristen in ihrer Mehrzahl aus der deutschen Geschichte gelernt haben. Mit fatalen Auswirkungen: Denn diese Nachkriegs-Entwicklung vermag auch zu erklären, weshalb hierzulande der „Linksextremismus/-terrorismus" derart überzogen wahrgenommen und überdimensional verfolgt wird, während der „Rechtsextremismus/-terrorismus", den es schließlich in erheblichem Maße gibt und der seine Wurzeln im Nationalsozialismus findet, immer noch eher zurückhaltend geahndet wird.

Helmut Ortners Buch leistet einen wertvollen Beitrag, diese Traditionen deutscher Justiz der Verdrängung zu entreißen und das justitielle Handeln der bundesdeutschen Justiz besser „verstehen" zu lernen. ●

Helmut Ortner:
„Der Hinrichter. Roland Freisler — Mörder im Dienste Hitlers"
Zolnay Verlag Wien, Rastatt, 350 S., 42 DM

Lokale Gruppen und Kontaktadressen des SB

Berlin: Manfred Ohm, Elßholzstr. 15, 10781 Berlin 30, Tel. 030/2166652
Berlin (Ost): SB c/o Bündnis 2000, Haus der Demokratie, Zimmer 211, Friedrichstr. 165, 12205 Berlin
Bochum: Dieter Schweitzer, Robert-Koch-Str. 7, 44801 Bochum, Tel. 0234/703739
Bielefeld: Frederick Groeger, Weststr. 88, 33615 Bielefeld, Tel. 0521/888308
Dortmund: SB Dortmund, c/o ‚Langer August', Braunschweiger Str. 22, 44145 Dortmund, Tel. 0231/124949
Frankfurt-Offenbach: Sozialistisches Büro, Bleichstr. 5/7, 63065 Offenbach, Tel. 069/885006
Göttingen: Norbert Engelhardt, Hermann-Föge-Weg 14, 37073 Göttingen, Tel. 0551/7703659
Hamburg: SB Hamburg, Altonaer Str. 28, 20357 Hamburg 6
Hannover: Ursel Fischer, Bredenbecker Str. 4, 30449 Hannover 91, Tel. 0511/441553
Kiel: Volker Röhrich, Steinstr. 15, 24118 Kiel, Tel. 0431/804430
Köln: Günter Steppkes, Tel. 0221/2401655 *und* Klaus Küpper, Tel. 0221/245516, beide Engelbertstr. 55, 50674 Köln 1
Lübeck: Bernd Möller, Paul-Gerhardt-Str. 2, 23554 Lübeck, Tel. 0451/491698
München: Hans G. Mittermüller, Buchenauerstr. 31, 82256 Fürstenfeldbruck, Tel. 08141/27493
Münster: Jan Spurk, Von-der-Tinnen-Str. 30, 48145 Münster 1, Tel. 0251/375714
Oberbergischer Kreis: Klaus W. Kowol, Postfach 1312, 51702 Bergneustadt
Ulm: Gerd Mack, Yorckstr. 29, 89077 Ulm, Tel. 0731/30281 *und* Manfred Lang, Tel. 0731/32769

JOACHIM PERELS

Christian Riechers (1936 - 1993)

Ein Vermittler des italienischen Marxismus

Der frühe Tod von Christian Riechers hat uns sehr getroffen, obwohl wir wußten, wie krank er war. Wir telefonierten öfter miteinander. Im Gespräch, das er eigentlich nie beenden wollte, lebte er auf, mobilisierte sein unendlich reiches Erinnerungsvermögen, genoß die Formen abwägender Gemeinsamkeit. Ich selber habe mich daran geklammert, daß er dem Tode, dem letzten Feind, wie es bei Paulus heißt, würde widerstehen können. Jetzt bleibt uns, immerhin, wenn auch wenig genug, die Erinnerung an diesen besonderen Menschen.

Er war ein ungewöhnlicher Wissenschaftler, wirkte eher wie ein — von unbändiger Leselust bestimmter — Privatgelehrter, dem es nicht wesentlich war, im überkommenen Sinne Karriere zu machen. Als er 1971 eine Akademische Ratsstelle am Seminar für Wissenschaft von der Politik übernahm, war er glücklich über die gewonnene Freiheit zu forschender und lehrender Arbeit. Das genügte ihm.

Als Riechers zu studieren begann, war es nicht opportun sich mit Marx und Engels zu beschäftigen. ,,Die Grundpositionen des historischen Materialismus", schrieb er später, ,,(waren) im 'Unterwegs' durch die konterrevolutionären Zeiten abhanden gekommen." In den Zeiten der Restauration, in denen das Marxsche Denken verfemt war und das im Stalinismus nur in einer furchtbaren Karikatur existierte, wandte sich Riechers gerade diesem seit 1933 verdrängten Denken zu. Er wurde Mitglied des Berliner SDS. Ohne materialistisches Denken zu einer unfehlbaren Lehre zu versteinern, hat er sich die Frage- und Blickrichtung von Marx angeeignet. Aus dem Impuls einer lebendigen Theorie der Arbeiterbewegung speiste sich seine bahnbrechende Edition eines großen Auswahlbandes von Gramsci, der 1967 erschien.

Der Band dokumentierte den ,,Prozeß der Loslösung von den Theoremen des Stalinschen Diamat-Lehrgebäudes", wie es Riechers in seiner Einleitung formulierte. Für die Ausbildung eines undogmatischen Marxismusverständnisses, das in der zweiten Hälfte der 60er Jahre an den Universitäten mehr als nur punktuell Fuß zu fassen begann, wurde Riechers Edition bedeutsam. Sie lenkte die Aufmerksamkeit auf die, in seinen Worten ,,hervorragende Rolle der revolutionären Praxis..., die aktivierende Funktion des Überbaus" in den Schriften von Gramsci. Riechers leistete einen wichtigen Beitrag zur Wiederbelebung eines Marxismus, der sich von der Reproduktion starrer Lehrsätze unterschied und die widerspruchsreiche Totalität der realen Lebensverhältnisse zum Ausgangspunkt theoretischer wie praktischer Arbeit machte. Obwohl Gramsci dem Begriff des Intellektuellen zunächst eine volkspädagogische Bestimmung gab, bei der die Ungebildeten wie schon bei Kautsky und Lenin lediglich von oben aufgeklärt werden, entwickelte er doch ein von dieser Perspektive grundlegend unterschiedenes Bild des Intellektuellen. Gramsci sprach davon, daß ,,alle Menschen Intellektuelle (sind)... Das Problem, eine neue Intellektuellenschicht zu schaffen, besteht deshalb darin, die in jedem Menschen bis zu einem gewissen Grad vorhandene intellektuelle Tätigkeit kritisch auszubilden." Die enthierarchisierende Verallgemeinerung der Rolle des Intellektuellen wurde denn auch zum Bezugspunkt der wissenschaftlichen und politischen Arbeit von Riechers, der mit Funktionären der Arbeiterbewegung nicht von oben herab umging.

Im Gegenwind eines von den Konservativen bis ins Lager der Grünen propagierten blinden Anti-Marxismus, den vielfach diejenigen unterstützen, die einst eine verdinglichte Version des Marxismus vertreten hatten, lohnt es sich, Fragestellungen einer unabgegoltenen Tradition historisch-materialistischen Denkens wieder aufzunehmen. Nicht zuletzt die Steigerung sozialer Spannungen im vereinten Deutschland und eine fehlende egalitäre Lösungsperspektive nötigen dazu. Eine Überwindung der konservativ-liberalen Interpretationsherrschaft über den ökonomischen Standort Deutschland, der in einer fast manchesterkapitalistischen Begriffswelt bis in die Reihen der SPD hinein interpretiert wird, findet bei Gramsci theoretische Instrumente vor — wie das der kulturellen Hegemonie, die gegenüber dem gesellschaftlichen Gegner erst noch zu erringen ist. Riechers Gramsci-Auswahl hat hierfür bis heute Grundlagen gelegt.

Die Edition von 1967 fungierte als Vorarbeit für Riechers' Gramsci Buch von 1970, das nicht zuletzt der Wiederentdeckung des Linkskommunisten Bordiga diente, für Riechers wohl die wichtigste Orientierungsfigur in der italienischen Arbeiterbewegung. Es war Hans Mayer, der nachdrücklich auf die Bedeutung von Riechers als Gramsci-Forscher hinwies.

Riechers folgte keiner einäugigen Parteilichkeit, Wissenschaft und Marxismus gehörten für ihn untrennbar zusammen. Vor allem die Fakten waren ihm heilig. Als wir einmal ein Seminar über Lebenserinnerungen führender Vertreter der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik machten, legte er bei der Behandlung Gustav Noskes den größten Wert darauf, daß dessen in sich durchdachte konterrevolutionäre Position exakt und ohne moralische Obertöne dargestellt würde. Mit diesem Insistieren auf der Genauigkeit der Anschauung prägte er auch das seit 20 Jahren existierende Projekt zur Erforschung der Arbeiterbewegung in Hannover.

Eine Formel, die er in einem im Dezember vergangenen Jahres abgeschlossenen Vorwort zur italienischen Ausgabe seines Gramsci-Buches verwendet, charakterisierte ihn auch selbst. Er sprach von der Notwendigkeit eines historisch-konkreten ,,Alltagsmarxismus", der die gegensätzlichen sozialen Kräfte unter dem Gesichtspunkt ihrer möglichen Aufhebung analysiert. Dabei blieb er, auch wenn der Zeitgeist in eine andere Richtung, eine neue Verewigung der bürgerlichen Gesellschaft, drängte.

Riechers besaß eine besondere Form der Freundlichkeit im Umgang mit anderen. Diese Freundlichkeit, die auch Wolfgang Abendroth so an ihm schätzte, hatte damit zu tun, daß Riechers — anders als viele von uns — auf eine bemerkenswerte Weise Zeit hatte. Sie war für ihn Quelle für Kommunikation. Er zog aus ihr den gleichen Erkenntnisgewinn wie aus der Lektüre.

Brecht hatte davon gesprochen, daß er den ,,Boden bereiten wollte für Freundlichkeit". Christian Riechers besaß von einer humaneren Gesellschaft, die er erstrebte, selber bereits ein Stück. Er fehlt uns. ●

Der Text beruht auf der Rede, die auf der Trauerfeier für Christian Riechers in Hannover gehalten wurde.

„Make critics not stories!“

Eine Antwort zur mißglückten *links*-Komprimierung eines Buches

In einer Rezension unseres Buches (Der freie Westen, der vernünftige Krieg, seine linken Liebhaber und ihr okzidentaler Rassismus) über die bundesdeutsche Linke und ihres Engagements im zweiten Golfkrieg (*links* Nr. 280/September '93) bemängeln Uwe Fahr/ Christoph Pilgrim, daß mit dem von uns für das Buch als bündelnder Arbeitsbegriff eingeführten „Kriegstreiberdiskurs“ ein Subjekt stilisiert wird, das „die Individuen dieses und jenes tun läßt“, wir jedoch damit „die psychische Dynamik“ des damit einhergehenden Prozesses nicht zu erfassen vermögen.

Diesem grundlegenden Einwand ist zu entgegnen, daß dieses gar nicht unsere Absicht war. Wie wir in den Ausführungen zum 'linken' Antisemitismus in dem Buch ausführlich begründet haben, führen derlei sozialpsychologisierende Analysen oft zu jener Beliebigkeit einer denunziatorischen Kritik, mit der sich in der Bundesrepublik gegenwärtig fast jedes politisch-linke Ansinnen als Verdrängung von irgendetwas (insbesondere der NS-Vergangenheit) desavouieren läßt. Wir haben daher versucht, von solchen Argumentationen so wenig wie möglich Gebrauch zu machen.

Dort, wo wir uns folglich um methodische Stringenz bemühen, sehen die Rezensenten den schwerwiegendsten Fehler. In dem Buch wird dieses Vorgehen an vielen Stellen explizit wie implizit begründet. Eine Kritik müßte in der Logik der Rezensenten damit einsetzen, daß wir diese Methode meiden, weil wir sie für zu spekulativ halten.

Zudem ist es mit den von uns gewählten diskurstheoretischen Methoden nicht weiters verwunderlich, daß wir — wie bemängelt — nicht zu den „eigentlichen Beweggründen der Subjekte“ vorgestoßen sind. Insbesondere läßt sich mit der Diskursanalyse natürlich nicht hinreichend erklären, warum der Kriegstreiberdiskurs unter den GolfkriegsgegnerInnen „Massenwirksamkeit“ entfalten konnte. Vorrangig und grundlegend war für uns deswegen das Geschäft der Ideologiekritik und die Resonanz auf unsere Arbeit hat gerade gezeigt, wie notwendig das derzeit ist. Dies schlichtweg als Entlarvungsstrategie zu denunzieren und dem die Forderung nach mehr 'Tiefenpsychologie' ('Massenwirksamkeit') entgegenzustellen, mutet schon ein wenig seltsam an.

Wenn die beiden dann selbst die Frage nach der 'Massenwirksamkeit' stellen und nur die „beinahe zwangsläufigen Folgen“ einer verdrängten NS-Vergangenheit in Rechnung stellen, führen sie genau jene Argumentation vor, die wir im Buch im Zusammenhang mit dem Antisemitismusvorwurf an die Linke als dürftig und verkürzt kritisiert haben. Hätten unsere beiden Sozialpsychologen das von ihnen kritisierte Buch etwas genauer gelesen, dann wären sie auf den Hinweis gestoßen, daß nicht wenige Probleme der bundesdeutschen Antikriegsbewegung auch im internationalen Maßstab in Ländern ohne diese NS-Vergangenheit zu beobachten gewesen sind. Daher muß leider angemerkt werden, daß auch bei Fahr/Pilgrim jene spezifisch deutsche Nabelschau konstatierbar ist, die stets nach einem Wesen fragt und die tendenziell immer in das Gegenteil von Aufklärung umschlagen kann.

Apropos 'Massenwirksamkeit' wäre noch anzufügen, daß wir durchaus zugeben, nicht erklären zu können, wie Biermann, Enzensberger, Brumlik und Diner zu den von uns kritisierten Gedanken kamen. Da die Individualpsychologie immer noch nachhaltigere Ergebnisse bereitstellt als die 'Massenpsychologie', stellen wir es der *links*-Redaktion gerne anheim, sich quasi zuhause und auf methodisch viel gesicherterem Terrain hierüber zu äußern.

Fahr/Pilgrim behaupten außerdem, daß wir die Rolle der Wiedervereinigung im Zusammenhang mit dem Kriegstreiberdiskurs „mit keinem Wort erwähnen“. Da wir nicht wissen, wo die beiden die Lektüre eingestellt haben, möchten wir potentiellen LeserInnen versichern, daß sich das letzte Kapitel fast ausschließlich um die Wiedervereinigung dreht. Wir haben dort Argumente gegen einen irreführenden Negativen Nationalismus linker Provenienz zusammengetragen, der paradoxerweise auch dazu beiträgt, nationalistisches und völkisches Denken zu verdoppeln.

Ein besonderes Bonmot stellt allerdings die uns attestierte Verwunderung und 'kritische Resignation' am Ende der Besprechung dar. Wer selbst in der gleichen *links*-Ausgabe vierzig Seiten vorher schreibt: „Es sieht nicht so aus, als könnte es so schnell wieder zu einer handlungsfähigen Linken kommen. Was bleibt mehr als die Hoffnung, daß nicht alles noch einmal so schlimm kommt?“ (Uwe Fahr: 'Pleiten, Pech und Pannen', S.4), dem müssen wir — zugegebenermaßen psychologisierend — bescheinigen, daß hier wohl die ureigenen Projektionen mit dem Gaul durchgegangen sind und damit genau verkannt wird, weshalb und wogegen wir dieses Buch geschrieben haben. Auf dem Weg zu einer 'handlungsfähigen Linken' geht es uns zunächst um die Wiedererlangung eines kritischen Blicks auf reale und nicht um die Austreibung projizierten Verhältnisse — seitens welcher Couleur auch immer. ●

KLAUS SCHÖNBERGER
CLAUS KÖSTLER

Zimbabwe-Netzwerk

Podiumsdiskussion: Wem nützt der Elfenbeinboykott? Internationale Interessen gegen Zimbabwes nationalen Entwicklungsweg
Termin: 6. Nov '93, 15-17 Uhr
Ort: Bonn, Haus Annaberg, Annaberger Str. 400.

Seminar: Nachhaltige Hilfe? Entwicklungszusammenarbeit mit Zimbabwe
Termin: 26.-28. Nov. '93
Ort: Bonn, Anmeldung: Zimbabwe Netzwerk, Gänsheidestr. 43, 70184 Stuttgart

initiative sozialistisches forum

Die falsche Leiche bestattet, Karl Marx, der Untergang des „realen Sozialismus' und die Neue Linke
Die eigentliche Frage, die die Epochenwende von 1989 aufgeworfen hat, ist nämlich gar nicht die, welche jetzt in alle Munde ist: warum 'der' Sozialismus gescheitert ist. Die Frage müßte vielmehr lauten: warum mehrere Generationen von Kommunisten und linken Intellektuellen des 'Staatssozialismus' der rückständigen Regionen als Fortschritt und höhere Zivilisationsstufe begreifen konnten. Wie war es möglich, daß ein System, dessen vorherrschende Charakteristika Zentralverwaltungswirtschaft, Einparteienherrschaft, Allmacht der Sicherheitsapparate und Zensur waren, überhaupt solange mit 'Sozialismus' verwechselt werden konnte? — Es spricht Michael Schneider, der im letzten Jahr das Buch „Das Ende eines Jahrhundertmythos. Eine Bilanz des Sozialismus“ (Kiepenheuer & Witsch) veröffentlicht hat. In Zusammenarbeit mit der Buchhandlung 'Jos Fritz'.
Termin: 23. Nov. '93, 20.00 Uhr
Ort: Freiburg, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

Was geht uns Jugoslawien an?
Ein halbes Jahrhundert lang gefiel sich der 'freie Westen' in der Behauptung, Krieg und Völkermord seien Privatangelegenheiten der 'Dritten Welt'. Das 'Ende der Geschichte', das der Untergang der UdSSR einzuleiten versprach, sollte eine Epoche des globalen Friedens eröffnen. Aber jetzt rücken die Massaker näher, und die Urlaubszentren von gestern sind die Schlachtfelder von heute geworden. Der 'freie Westen' verliert langsam die Contenance, und die pazifistische Opposition ruft zunehmend nach der bewaffneten Intervention. Der Vortrag soll einige Hintergründe, zum Krieg in und gegen Bosnien-Herzegowina vermitteln, nicht zuletzt in kritischer Auseinandersetzung mit den Positionen der Ex-Anti-Nato-Gruppe. — Es spricht Tobias Wernle-Matic (Basel), Pressereferent der Schweizer Vereinigung für humanitäre Hilfe an Bosnien und Herzegowina.
Termin: 7. Dez. '93, 20.00 Uhr
Ort: Freiburg, Jos Fritz-Café, Wilhelmstr. 15

„Bewußte Täuschung“

Zum KoZ-AStA-Konflikt

Mit Verwunderung mußte ich in der letzten *links* (Nr. 281) eine Stellungnahme des AStA-Vorsitzenden der Frankfurter Uni, Jürgen Bast, in Form eines 'Leserbriefes' zur Kenntnis nehmen. Ohne Bast unnötig aufwerten zu wollen, erscheint es mir dennoch notwendig, diesen 'Artikel' wenigstens an einigen Punkten nicht unkommentiert zu lassen. Der 'Leserbrief' geht an der von Bast und Co. selbst verschuldeten politischen Problematik vorbei. Bast suggeriert in seinem 'Leserbrief', daß sich besagte Auseinandersetzung auf einen Konflikt um das KoZ bezieht. Dies ist falsch. Richtig ist vielmehr, daß es sich hierbei um einen Konflikt um das Politikverständnis eines 'linken' AStA handelt. Die Kontroverse wurde lediglich durch die KoZ-Besetzung ausgelöst.

Man mag es der Bastschen Selbstherrlichkeit (Selbstüberschätzung) zuschreiben, wenn er die Verteidigung bürgerlich demokratischer Grundrechte gegen 'Neue Rechte' und Neo-Konservative mit seiner Verleumdung (z.B. korrupt) und Kriminalisierung (Strafanzeigen wg. Sachbeschädigung u.a. der Verdächtigung der Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 StGB) politischer Konkurrenz verwechselt. Dies auch noch in Zusammenhang mit Kritischer Theorie (Neumann/Kirchheimer) zu bringen ist nicht nur frech, sondern auch und besonders theoretisch ärgerlich.

Weiter täuscht Bast bewußt und vorsätzlich, wenn er suggeriert, es wurden keine Strafanzeigen innerhalb der Auseinandersetzung AStA-KoZ-BesetzerInnen gestellt. Nach einem 'Gegenbesuch' der BesetzerInnen in den Räumen des AStA, bei dem sich für die Entwendung der Produktionsmittel (Kaffeemaschine) revanchiert werden sollte, wurden namentliche Strafanzeigen gegen angeblich Beteiligte gestellt. Doch Täuschungsmanöver gehören wohl zum Repertoire des politischen Jungmanagers Jürgen Bast. So taucht in der Stellungnahme der 'Grünen an der Uni' (Titel: 'Grüne (sic!) zum KOZ') mit schöner Regelmäßigkeit das Adjektiv demokratisch auf. Was verstehen die selbsternannten neulinken „Nachfahren“ von F. Neumann und O. Kirchheimer unter demokratisch? „Die einzige studentische Instanz, die von sich beanspruchen kann, demokratisch von Studenten und Studentinnen legitimiert zu sein, ist der AStA“ (o.g. Flugblatt). Und damit Jürgen Bast selber. Ihr Demokratiebewußtsein hat aber so seine Schattenseiten. Denn leider wird dabei unterschlagen, daß Bast und Co. selber jahrelang mit ihrer Gruppierung „Radikal Demokraten“ mehr als erfolglos bei den Wahlen zum StudentInnenparlament antraten. Erst mit der Auflösung der Grünen gelang es dieser Splittergruppe unter falscher Fahne ('Grüne an der UNI') in den AStA zu segeln. Dieses Demokratieverständnis war auf Seiten der 'Linken' so bisher wohl nur bei der DKP etc. vertreten.

Bei dieser Ansammlung von Täuschungen und Halbwahrheiten stellt sich für den/die LeserIn die Frage, wie solch ein 'Leserbrief' an so exponierter Stelle in der *links* erscheinen konnte. Sowohl Länge als auch Form des 'Leserbriefes' haben den Charakter eines eigenständigen politischen Artikels. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß hier mittels einer Auseinandersetzung über die Politik des AStA redaktionsinterne politische Positionskämpfe geführt werden. Von einer Zeitschrift mit theoretischem Anspruch (so zumindest die Eigenwerbung) erwarte ich mehr Sorgfalt, auch bei der Präsentation ihrer Leserbriefe. Selbst Zeitschriften wie die AZ oder Zeitgeistmagazine wie das Journal Frankfurt haben erkannt, daß nicht nur die Politik des AStA (zumindest in diesem Fall), sondern auch Bast selber, dessen Vorsitzender und 'Anheizer' im KoZ-Konflikt, 'mega out' sind. Guten Morgen *links*...

MICHAEL NINGELGEN

Erklärung von AStA und KoZ-Kollektiv

Im zu Ende des letzten Sommers und in den Semesterferien eskalierten Streit zwischen dem AStA der JWG-Universität und dem KoZ-Kollektiv um das Kommunikationszentrum im StudentInnenhaus (KoZ) ist es zu einer Vereinbarung gekommen. In dieser Auseinandersetzung ging es um das Verständnis des KoZ als Ort kritischer Öffentlichkeit auf dem Campus sowie um die Art und Weise seiner institutionellen Angebundenheit an die StudentInnenschaft und damit an den AStA. Darüber hinaus waren diverse Fragen der Durchführung des Café-Betriebes und des Arbeitsverhältnisses strittig.

Ohne die nach wie vor unterschiedliche Bewertung der einzelnen Aktionen und Reaktionen der Konfliktbeteiligten unter den Tisch kehren zu wollen (der politische Streit darüber wird weiter zu führen sein) haben AStA und KoZ-Kollektiv zu einer Vereinbarung gefunden.

Ausgangspunkt für die Verhandlungen war die auf öffentlichen Druck erfolgte Verzichtserklärung auf Vollstreckung der einstweiligen Verfügung gegen das KoZ durch den AStA. In streckenweise schwierigen Verhandlungen, die unter Moderation eines Vertreters des StudentInnenhauses e.V. stattfanden, waren beide Seiten zu Kompromissen gezwungen. Die Einigung umfaßt Regelungen für die bisher strittigen Punkte wie auch den Wortlaut der Arbeitsverträge. Die Vereinbarungen über das Verhältnis von AStA und KoZ-Kollektiv sollen gerade auch zukünftige Konflikte regeln helfen.

Festzuhalten ist grundsätzlich, daß das KoZ ein AStA-Betrieb mit relativer Autonomie und Selbstverwaltung durch die Leute, die dort arbeiten ist. Als zentraler Ort — nicht nur — studentischer kritischer Öffentlichkeit an der Universität wird das KoZ — selbstverständlich — dem AStA sowie allen Fachschaften für Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Darüber hinaus ist das KoZ grundsätzlich für alle politischen und kulturellen Gruppen als Veranstaltungsort offen, sofern diese Veranstaltungen nicht einen sexistischen, rassistischen, nationalistischen oder militaristischen Charakter haben würden. Über die entsprechenden Grenzen der im KoZ möglichen Pluralität von Öffentlichkeit entscheiden AStA und KoZ-Kollektiv gemeinsam und öffentlich. Was den Umgang mit den diversen Publikationen, Plakaten, Flugblättern, Zeitungen etc. angeht, haben sich AStA und KoZ-Kollektiv darauf verständigt, daß Plakate im KoZ aufgehängt werden können, sofern sie nicht den o.g. Charakter haben; für das Auslegen von Flugblättern oder Zeitungen gilt ähnliches. Wahlkampfplakate werden im KoZ nicht aufgehängt; darüber hinaus entscheidet allein das KoZ-Kollektiv über die Plazierung von Publikationen auf und hinter der Theke. Veranstaltungen können sowohl im AStA-Büro als auch an der KoZ-Theke angemeldet werden. Um die durch das Nebeneinander von StudentInnenwohnheim und öffentlichem Teil strukturell angelegten Konflikte zu minimieren, wird für Abendveranstaltungen eine verbindliche Vereinbarung mit dem Wohnheimrat gesucht.

Was die konkrete Umsetzung des Café-Betriebes angeht, sind in strittigen Punkten detaillierte Verfahrensweisen festgelegt. (...)

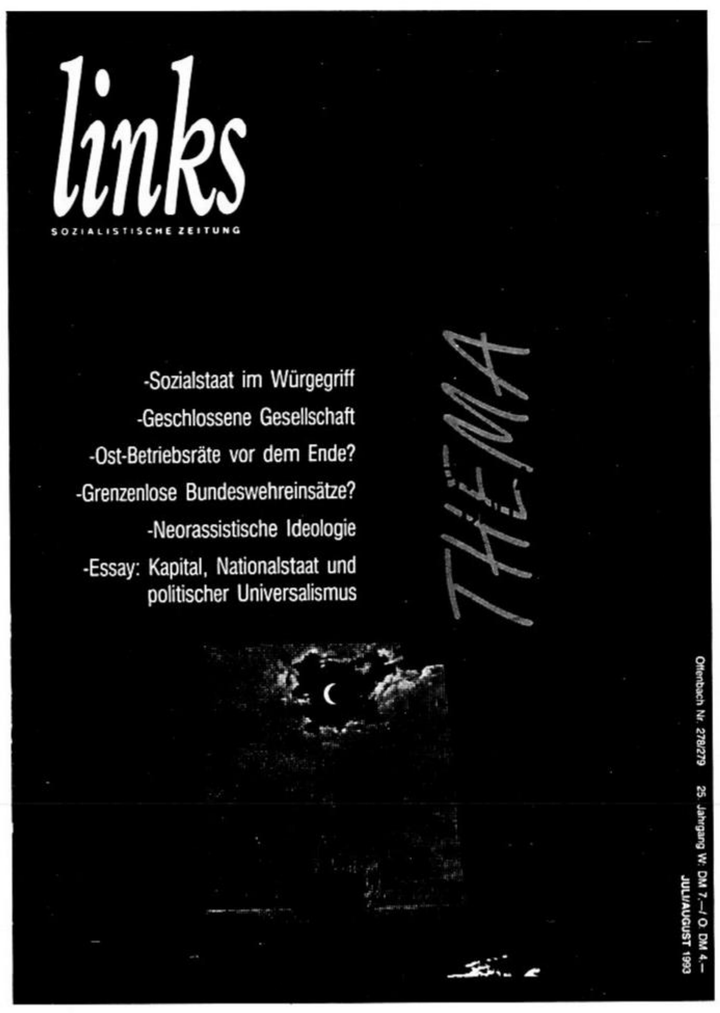
Die grundsätzlichen Differenzen im Politikverständnis und in der Bewertung der Vergangenheit des Konfliktes zwischen AStA und KoZ-Kollektiv bestehen auch trotz dieser von beiden Seiten bestätigten, d.h. gemeinsam getragenen Vereinbarung weiter fort. Für die Zukunft wird eine transparentere und inhaltsbezogenere Auseinandersetzung der Interessen, Standpunkte und Konzeptionen angestrebt. Amen?!

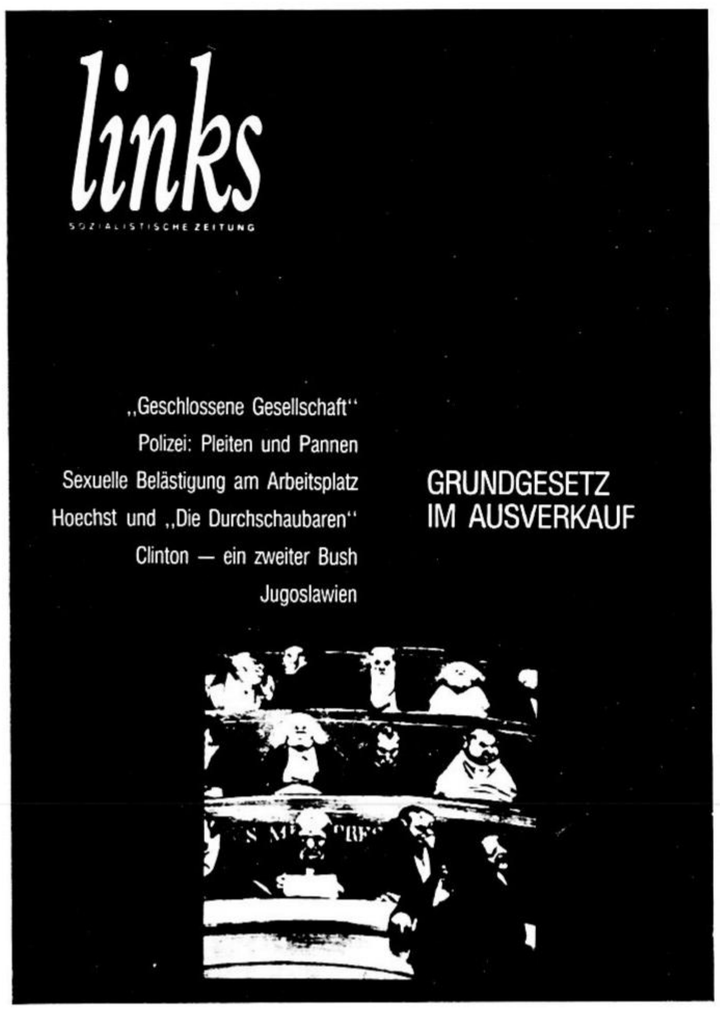
Frankfurt, den 25.10.1993

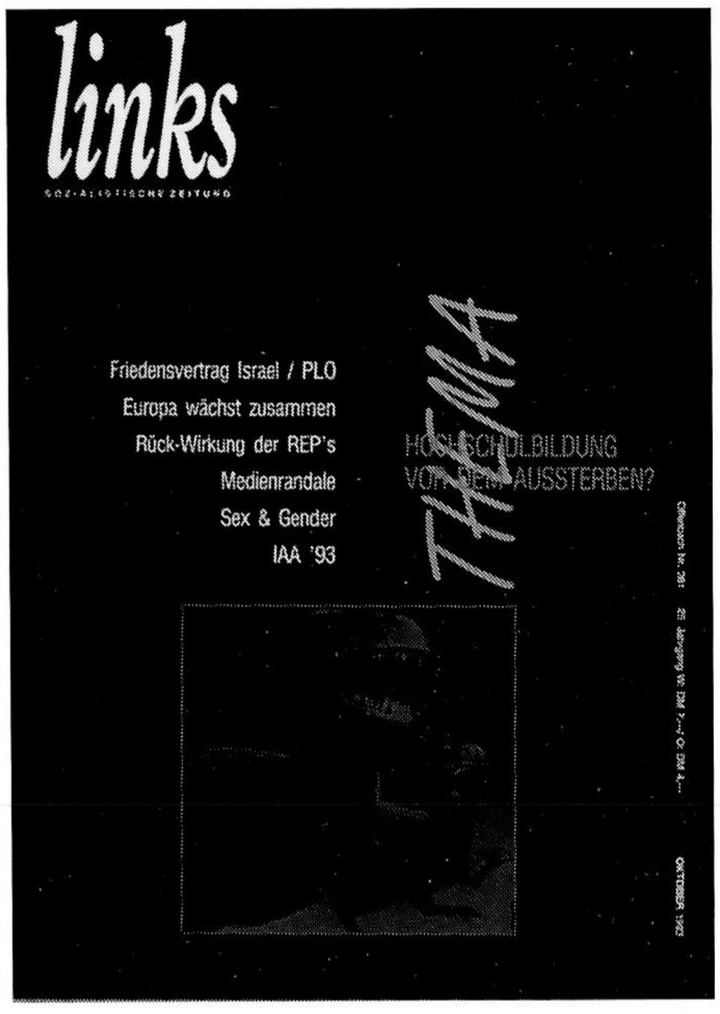
Der Text der Vereinbarung und des Arbeitsvertrages können im AStA-Büro und im KoZ eingesehen werden!

Politische Kritik mit theoretischem Anspruch

Die letzten drei *links*-Ausgaben mit den Schwerpunkten: Der Tag X und danach? ● Grundgesetz im Ausverkauf ● Hochschule vor dem Aussterben ● Weitere Themen: Bundeswehreinsätze? — Europa wächst zusammen — Sex & Gender — Israel/PLO — Ex-Jugoslawien.
Kostenlose Probeexemplare älterer Ausgaben senden wir auf Anforderung InteressentInnen gerne zu.







Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Wer eine/n neue/n *links*-AbonnentIn wirbt, erhält als Anerkennung das Buch:

Befreiung denken —
Ein politischer Imperativ
Ein Materialienband zu H. Marcuse
2. Auflage 1990

zugesandt.

Ich bin *links*-AbonnentIn

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

Straße

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 31.10. (frühestens 1994) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 68,—/ O: DM 40,—, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

Bankleitzahl Konto-Nr.

Name der Bank

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die links soll

☐ 1/2 Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfeempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 49,— DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,— im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,— im Jahr).

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 4 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,— DM, O: 15,— DM bestellen.

(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

Vor- und Zuname

Straße

PLZ Wohnort

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach 1
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Poppinga, Onno

Hochzeitstr. 5
D 34376 Immenhausen

Helmut Gollwitzer (1908 - 1993)

Gollwitzer in Mutlangen, 1.9.85, bei der Festnahme durch die Polizei

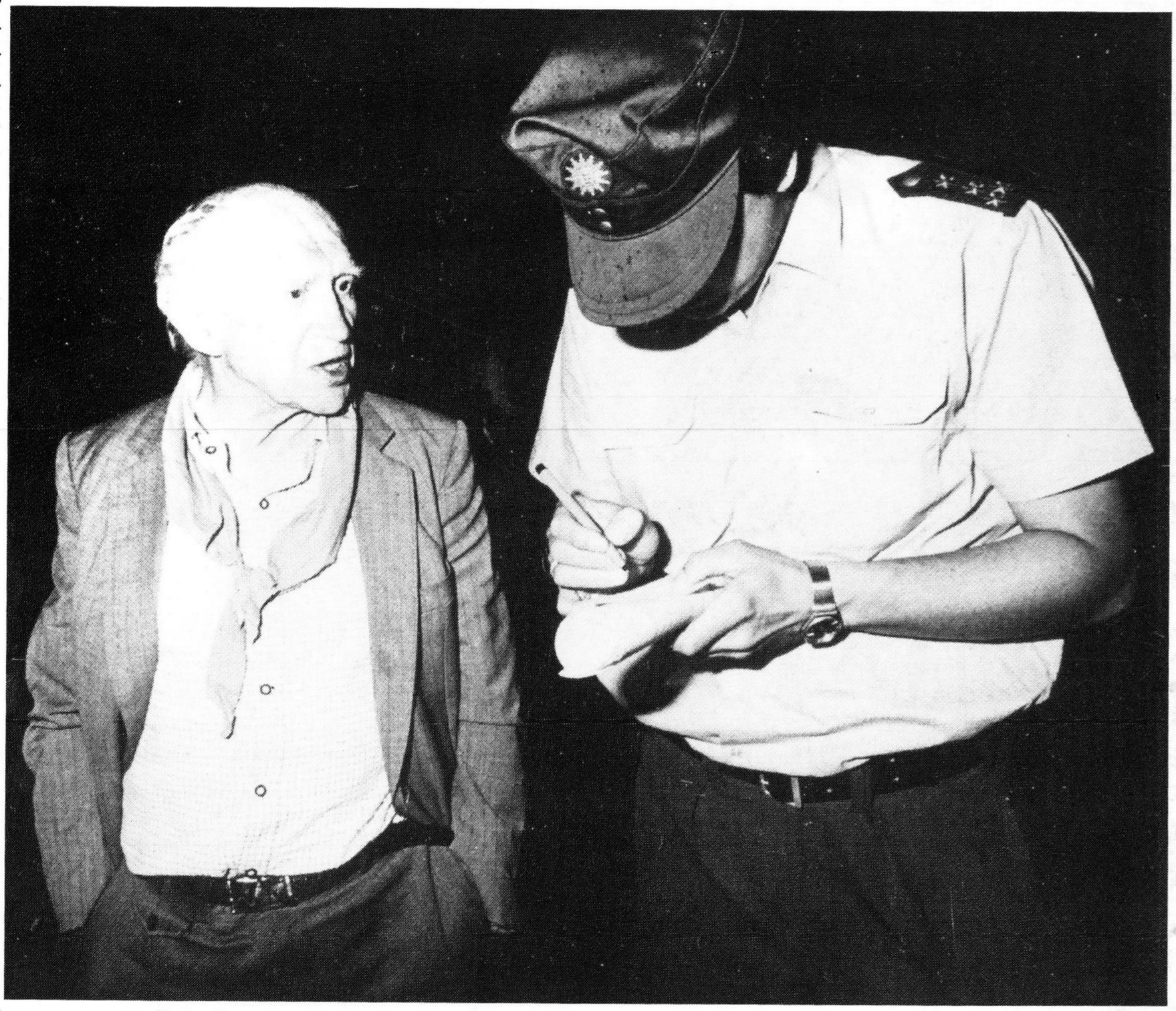


Foto: Gerd Pflaum

„Ich war bis 1933, ganz von rechts kommend durch mein eigenes Elternhaus und einen rechten Bund für Jugendbewegung, dann ungefähr beim Sozialismus angekommen, und hatte ein bißchen Marxismus-Kenntnis. Das alles war noch sehr vage. Dann hat die Gegnerschaft zum Nationalsozialismus im Bündnis von Linken, ordentlichen Rechten und ordentlichen Konservativen diese Frage zurückgedrängt. Danach kamen für mich fünf Jahre sowjetische Gefangenschaft. Ich kam zurück und hatte die Schnauze voll von Sozialismus und hielt für das Höchste in diesem irdischen Jammertal mit seinen begrenzten Möglichkeiten einen Kapitalismus mit menschlichem Antlitz, einen reformierten Kapitalismus. Meine Entwicklung zum Sozialisten war dann begründet in einer schrittweisen Erkenntnis, daß es diese Vermenschlichung des Kapitalismus nicht geben kann. Dazu trugen bestimmte Beobachtungen bei. Mir rückten Probleme der Dritten Welt, vor allem auch durch die christliche Ökumene, sehr viel näher, und es entsetzte mich, was dort der gleiche Kapitalismus anrichtet, dem wir hier solche „sozialen Errungenschaften" zu verdanken haben. Das führte zu der Frage, ob das überwindbare Pannen sind oder ob das System notwendig solche Folgen zeitigt. Mein Fazit für die kapitalistische Gesellschaftsordnung wurde negativ. In der gleichen Zeit, durch dieses Negativwerden, entstand das Interesse für eine positive Alternative. Da in diesen Jahren selbst nonkonformistische Positionen, von sozialistischen ganz zu schweigen, sehr isoliert waren, konzentrierte sich mein aktives Engagement auf die außerparlamentarischen Oppositionsbewegungen der 60er Jahre, also Ostermarsch, Kampagne gegen die Notstandsgesetze, Studenten- und Protestbewegung. Erst die Protestbewegung hat die Frage nach der sozialistischen Alternative in diesem Lande und damit für viele von uns wieder auf die Tagesordnung gebracht. Aber diese Protestbewegung konnte zwar viele Impulse geben für uns alle, aber angesichts der Kräfteverhältnisse konnte sie nicht die Alternative selbst sein.

Wenn ich heute beschreiben soll, was eine sozialistische Gesellschaft ist, dann fallen mir ersteinmal nur negative Antworten ein, nämlich eine Gesellschaft, die nicht die und die Eigenart hat usw.. Schwerer zu beantworten ist, wie die positive Konstruktion einer solchen Gesellschaft aussieht. Das ist eine Schwierigkeit, in der wir, glaube ich, alle stehen. Denn die Antwort, der entscheidende Schritt werde die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln sein, hat sich als nicht genügend herausgestellt, weil Folge dieses Aufhebens des Privateigentums an den Produktionsmitteln auch eine andere Gesellschaft sein kann als die, die wir als sozialistische meinen. Das ist also ein notwendiger Schritt, aber es ist noch nicht der Schritt auf dem sozialistischen Weg selbst, sondern eine notwendige Vorbedingungen für den sozialistischen Weg, bei dem man aufpassen muß, daß er nicht Vorbedingung für einen anderen, dem Sozialismus konträren Weg wird. (...)

Wir haben zwar nicht gerade tolle äußere Erfolgserlebnisse, aber wir haben innere Auftriebserlebnisse immer wieder im Zusammensein mit Genossen, im Angreifen einer Arbeit usw., so daß wir in der Stunde der Anfechtung, wo uns die Frage kommt: Mensch, sollst du nicht alles liegen lassen und ins Privatleben abgehen, dort hast du es viel ruhiger?', uns selbst aus dieser Erfahrungen sagen: 'Nein, anders möchte ich eigentlich nicht leben, dieses Leben, bei allem, was es kostet, lohnt sich mehr für mich selbst als ein äußerliches, materiell egoistisches Leben.' Von da aus, selbst wenn es wirklich später wäre als wir denken, selbst wenn die Alternative Sozialismus oder Barbarei nicht mehr vor uns stünde, sondern zugunsten der Barbarei schon unabwendbar entschieden wäre, würde genau all das gelten, was wir jetzt aufgezählt haben. In der Zeit zunehmender Not der Menschheit finden wir unser eigenes Menschsein offenbar nur darin, daß wir, mag auch das Ganze abwärts gehen, für das Bessere arbeiten, und zwar nicht nur im karitativen im persönlichen Bereich, sondern auch politisch, kollektiv und allgemein."

Passagen aus einen links-Interview mit Helmut Gollwitzer in: links Nr. 107, Feb. 1979